



Zukunftsstrategie

Digitales Brandenburg

Beschluss der Landesregierung vom 11.12.2018

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Zusammenfassung	6
Zukunftsthesen des brandenburgischen Digitalbeirats	8
I Digitalpolitik ist Zukunftspolitik	12
a. Besonderheiten und Stärken Brandenburgs	12
b. Digitalisierung: Epochenphänomen und Modernisierungschance	14
c. Der Strategieprozess	15
II Digitale Agenda – Handlungsfelder und Maßnahmen für Brandenburg	18
a. Digitale Teilhabe durch hochleistungsfähige Infrastrukturen sichern	19
b. Lernen und Digitalkompetenz für Brandenburgs Zukunft	23
c. Digitalen Wandel in Wirtschaft und Arbeit unterstützen	26
d. Attraktives Leben in Brandenburg	32
e. Öffentliche Verwaltung modernisieren / Digitale Justiz	39
f. Verbraucherschutz und Datensicherheit auf höchstem Niveau	43
g. Demokratie stärken – Medien und Ehrenamt	45
III. Der Weg in die digitale Zukunft	48
a. Steuerung und Koordination	48
b. Kommunikation und Dialog	49
c. Weiterer Prozess	50
IV. Maßnahmenkatalog zu den Handlungsfeldern	51

Vorwort

Smartphone am See: Brandenburgs Weg in die digitale Zukunft

Die übergroße Mehrzahl der Brandenburgerinnen und Brandenburger benutzt heute Smartphones. Wir haben uns daran gewöhnt, Mails auf dem Telefon zu checken, mit der App den nächsten Zug zu suchen, per Internet Nachrichten und Fotos zu verschicken oder mit dem Navi unseren Urlaubsort zu finden. Das Smartphone hat unser Leben verändert – und vereinfacht – wie kaum eine technische Innovation zuvor. Dabei ist das Smartphone gerade mal zehn Jahre alt.



Das „kluge Telefon“ ist dabei nur ein kleiner Ausschnitt dessen, was Digitalisierung heute und vor allem in Zukunft vermag. Digitalisierung wird die Art und Weise, wie wir leben, lernen, arbeiten und wohnen weiter fundamental verändern. Dass wir diese Veränderungen aktiv gestalten und nicht von ihnen überrollt werden – diesem Ziel dient unsere Digitalisierungsstrategie, die wir in den vergangenen zwei Jahren entwickelt haben. Um was geht es also?

Erst einmal geht es um den Aufbau einer guten digitalen Infrastruktur. Wir in Brandenburg sind zwar Spitzenreiter in Ostdeutschland, aber noch lange nicht zufrieden. Allein das Land stellt in den kommenden Jahren etwa 200 Millionen Euro bereit, damit das schnelle Internet in alle Ecken kommt. Vielerorts laufen bereits die Bauarbeiten, anderswo werden sie in Kürze beginnen. Unser Ziel ist, dass Anfang der 2020er Jahre eine umfassende Gigabit-Infrastruktur im ganzen Land zur Verfügung steht. Bereits 2019 werden wir etwa 1.200 kostenlose WLAN-Hotspots in Brandenburg einrichten.

Was ist nun das Brandenburgische an der Digitalisierung? Wie sieht unsere Vision vom digitalen Brandenburg aus?

Zunächst bedeutet Digitalisierung, dass in unserem Flächenland die Distanzen schrumpfen. Wege aufs Amt können in Zukunft wegfallen, wenn sich Behördenvorgänge online erledigen lassen. Wenn Busse und Bahnen vernetzt fahren oder gar autonom, werden wir mobiler – auch auf dem Land. Wenn Ärzte online mit ihren Patienten und untereinander kommunizieren, spart das manchen Weg und manche Wartezeit – und führt zu besserer Gesundheitsversorgung.

Vor allem werden wir Digitalisierung und ländlichen Raum miteinander verknüpfen – ein Thema, das in Deutschland bisher eher vernachlässigt wurde. Wir wollen, dass die Distanzen zwischen Stadt und Land kleiner werden, dass der ländliche Raum mittels Digitalisierung (noch) lebenswerter und attraktiver wird. Dabei können wir in Deutschland vorbildlich werden. Schon jetzt entstehen Co-Working-Spaces gerade auch im ländlichen Raum – weil sie gute Infrastruktur optimal mit gutem Leben und gutem Arbeiten verbinden können. Mit selbstständig fahrenden Bussen oder Autos wird sich öffentlicher Verkehr ganz anders organisieren lassen. Gerade für die Mobilität im ländlichen Raum besteht da eine große Chance. Heute mag es zwar noch wie Zukunftsmusik klingen, doch die Digitalisierung kann und wird unsere ländlichen Räume weiter beleben, attraktiver und anziehender machen.

Gleichzeitig profitieren wir in Brandenburg enorm von Berlin in unserer Mitte. Wir wollen uns enger mit Berlin abstimmen und Win-win-Situationen erzeugen – wenn es beispielsweise um die Vernetzung der Startup-Szene geht, wenn es darauf ankommt, clevere Ideen schneller in gute Produkte und Dienstleistungen zu übersetzen. Gemeinsam können wir eine große digitale Innovationsregion im Herzen Europas werden.

Auch auf Bildung und Gesundheit werden wir in Brandenburg besonders achten. Deshalb wollen wir in die digitale Infrastruktur unserer Schulen, Hochschulen und Krankenhäuser investieren. Wir werden eine Schulcloud für

alle Schulen etablieren, um so die Vorteile des Netzes in die verschiedenen Fächer zu tragen. Damit wollen wir Vorreiter in Deutschland sein. Und wir wollen zusammen mit der Wirtschaft zusätzliche Digitalprofessuren etablieren, um Chancen und Nutzen der Digitalisierung weiter voranzutreiben.

Unsere Digitalisierungsstrategie soll helfen, ressort- und fachübergreifend nach neuen Lösungen dafür zu suchen, wie wir das Leben in Brandenburg einfacher und besser machen können. Das ist die zentrale Herausforderung von Digitalisierung. Gerade auch in der Verwaltung sollen Prozesse vor allem einfacher werden. Das geht sicherlich nicht in einem Schritt – entscheidend ist, dass wir mit dem Umzudenken beginnen. In den kommenden Jahren werden wir deshalb im Land mindestens 450 Millionen Euro in die Digitalisierung investieren.

Dabei ist uns bewusst, dass sich die Welt weiterdreht. Beim Thema Digitalisierung ist die Entwicklungsgeschwindigkeit enorm. Neue Themen – wie etwa künstliche Intelligenz – werden uns beschäftigen. Deshalb werden wir unsere Digitalisierungsstrategie kontinuierlich fortschreiben, um immer auf der Höhe der Zeit zu sein. Mit Ihnen. Seien Sie dabei! Denn gemeinsam leitet uns die Vision vom Leben mit dem Smartphone am See.

Thomas Kralinski

Staatssekretär und Digital Koordinator der Landesregierung

Zusammenfassung

Die Landesregierung von Brandenburg versteht die voranschreitende Digitalisierung als Gestaltungsaufgabe und Modernisierungschance. Für die Landesregierung ist die Digitalisierung kein Selbstzweck. Erstens: Der Mensch steht im Mittelpunkt unseres Handelns. Die Digitalisierung verändert so gut wie alles zuvor Bestehende auf eine fundamentale Art. Diese Veränderungen sollen dazu führen, dass das Leben der Menschen in Brandenburg besser und einfacher wird. Zweitens: Tradition und Tablet können und sollen sich in Brandenburg hervorragend ergänzen. Die Landesregierung will Antwort geben auf die Frage, wie sich das Bestehende auf produktive, positive und menschengerechte Weise mit dem Neuen verbinden lässt.

Das vorliegende Strategiepapier ist nach dem Statusbericht vom Sommer 2017 ein weiterer Meilenstein auf dem Weg in ein digitales Brandenburg des 21. Jahrhunderts. Der Landtag Brandenburg hatte die Landesregierung mit Beschluss vom 9. November 2016 (Drucksache 6/5185-B) aufgefordert, eine „Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg“ zu entwickeln.

Landesregierung und Landesverwaltung haben im Zuge der Entwicklung dieser Digitalisierungsstrategie in den vergangenen zwei Jahren in allen Politikfeldern ihre Digitalisierungsanstrengungen deutlich intensiviert. Insofern ist schon der umfassend geführte Strategieprozess mit allen Dialogformaten, Workshops, politischen und organisatorischen Veränderungen Teil des Erfolgs einer Digitalisierungsstrategie. Das ressortübergreifende Themenfeld Digitalisierung wurde nachhaltig in der Landespolitik verankert.

Das vorliegende Strategiepapier enthält eine digitalpolitische „Vision“ des Digitalbeirats für die digitale Zukunft des Landes, eine „Digitale Agenda“ der Landesregierung mit sieben Handlungsfeldern und politischen Zielstellungen, eine Skizze für den weiteren Weg der Digitalpolitik sowie rund 200 Maßnahmen aus allen Ressortbereichen.

Die Digitalisierungsstrategie stellt erstmals einen Zusammenhang zwischen allen digitalpolitischen Aktivitäten der Landesregierung her und richtet somit die Landespolitik auf eine digitale Zukunft aus. Als spezifisch brandenburgische Digitalisierungsstrategie setzt sie auf den Stärken und Herausforderungen des Landes auf. Brandenburg strebt in vielen Bereichen, insbesondere aber in den Feldern Bildung, Gesundheit und Land- und Forstwirtschaft eine digitalpolitische Vorreiterrolle an, die beispielgebend für Länder mit ähnlichen Strukturen sein soll.

Als Kern der brandenburgischen Digitalpolitik lässt sich zusammenfassen:

1. Bei allen Digitalisierungsansätzen steht der Mensch im Mittelpunkt. Digitalisierung soll durch vernetzte, individualisierte und vereinfachte Abläufe den Faktor Mensch in der brandenburgischen Gesellschaft der Zukunft stärken.
2. Digitalisierung kann in einem Flächenland wie Brandenburg dazu beitragen, Distanzen in vielerlei Hinsicht zu überwinden.
3. Brandenburgische Tradition und digitale Moderne sind kein Widerspruch, sondern können sich hervorragend ergänzen.

Grundlage aller Digitalpolitik ist die angemessene Verfügbarkeit von digitalen Infrastrukturen wie Breitband und Mobilfunk. Dank des Landesprogramms „Brandenburg Glasfaser 2020“ sowie des Breitbandförderprogramms des Bundes ist Brandenburg solide aufgestellt und wird in den kommenden Jahren starke Versorgungszuwächse erfahren. Die Landesregierung strebt jedoch eine klare politische Weiterentwicklung der Daseinsvorsorge und Teilhabe in der digitalen Welt an. Dazu gehört u. a. der maximale Ausbau der Mobilfunkversorgung und Schließung der letzten „weißen Flecken“ im Land.

Digitale Bildung und Medienkompetenz sind unabdingbare Voraussetzungen für den Umgang mit digitalen Anwendungen im Berufs- und Alltagsleben. Die Landesregierung will mit diversen Maßnahmen die Digitalkompetenz in allen Generationen stärken und „digitale Souveränität“ schaffen. Alle Bildungseinrichtungen stellen

sich auf den digitalen Wandel ein, auch die Aus-, Fort- und Weiterbildung wird auf lebenslanges digitales Lernen ausgerichtet.

Im Bereich der digitalen Wirtschaft will die Landesregierung die digitale Transformation branchenspezifisch und zum Vorteil für die Metropolregion Berlin-Brandenburg nutzen. Hierzu gehört auch der Ausbau von Branchen, die in Brandenburg besonders stark oder zukunftssträftig sind, wie z. B. die digitale Gesundheits- oder Forst- und Landwirtschaft. Gleichzeitig muss auch die Transformation der digitalen Arbeitswelt im Sinne „Guter Arbeit“ begleitet werden. Nur so können Fachkräfte in allen Teilen des Landes gewonnen und gehalten werden.

Die Digitalisierung soll genutzt werden, um die Attraktivität des Landes weiter zu steigern. Sowohl die Städte als auch der ländliche Raum können von der Digitalisierung profitieren. Neue Arbeits-, Lebens- und Wohnformen sowie Mobilitätsangebote und Dienstleistungen können Distanzen insbesondere im stark ländlich geprägten Raum schrumpfen lassen, eine digitale medizinische Versorgung und Pflege kann gerade älteren Menschen im ganzen Land zugutekommen. Auch die kulturelle Vielfalt Brandenburgs soll mit den Mitteln der Digitalisierung neu erschlossen und zugänglich gemacht werden und so ebenfalls zur Stärkung regionaler Identität beitragen.

Die öffentliche Verwaltung soll digitaler und bürgerfreundlicher werden. Prozessoptimierung und digitale Vernetzung kommen sowohl den Menschen im Land als auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern¹ zugute. Auch das Justizwesen wird umfassend digitalisiert und effizienter.

In allen Digitalisierungsbereichen werden Verbraucher- und Datenschutz immer mit in den Blick genommen werden. Nur mit einem Höchstmaß an Vertrauen und Sicherheit in der digitalen Welt können digitale Produkte und Dienstleistungen sowie neue Anwendungen langfristig Erfolg haben.

Digitalisierung berührt auch die gesellschaftliche Ordnung und das demokratische Zusammenleben in besonderer Weise. Daher sollen Qualität und Vielfalt im Journalismus gestärkt, das Ehrenamt und eine starke Zivilgesellschaft auch in der digitalen Welt ausgebaut werden.

Die Landesregierung wird die Diskussion um die Digitalisierung in Brandenburg auch in den kommenden Jahren weiter vorantreiben.

¹ Im vorliegenden Dokument werden sowohl geschlechtsneutrale als auch männliche und weibliche Bezeichnungen zugleich verwendet. Wo im Ausnahmefall aus Gründen der leichteren Lesbarkeit nur die männliche Sprachform verwendet wird, impliziert dies ausdrücklich keine Benachteiligung des weiblichen Geschlechts, sondern soll im Sinne der sprachlichen Vereinfachung als geschlechtsneutral zu verstehen sein.

Zukunftsthesen des brandenburgischen Digitalbeirats

Im April 2018 hat das Kabinett einen neunköpfigen Digitalbeirat berufen, in dem Fachexpertinnen und -experten des Landes vertreten sind, um den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg zu beraten. Dem Digitalbeirat gehören gleichberechtigt an:

- Prof. Dr. Ulrich Berger, Lehrstuhl für Automatisierungstechnik und Leiter des Innovationszentrums Moderne Industrie (IMI), BTU Cottbus-Senftenberg
- Caroline Gorski, Rolls-Royce Group Director of R² Data Labs
- Prof. Dr. Ines Härtel, Lehrstuhl Öffentliches Recht, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), zugl. Richterin im Nebenamt am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
- Jürgen Heese, Vorstandsvorsitzender in der Telemed-Initiative Brandenburg e. V. und Initiative Gesundheitswirtschaft Brandenburg e. V.
- Laura-Kristine Krause, Vorstand „D64-Zentrum für digitalen Fortschritt“ und Leiterin des Programmbereichs Zukunft der Demokratie im „Progressiven Zentrum“
- Prof. Dr. Christoph Meinel, Institutsdirektor und CEO der HPI gGmbH
- Sven Slazenger, Geschäftsführer der Interlake System GmbH, Potsdam
- Susanne Stumpfenhusen, Landesbezirksleiterin Berlin-Brandenburg der Gewerkschaft ver.di
- Prof. Dr.-Ing. Cornelia Weltzien, Lehrstuhl „Agromechatronik – Sensorbasierte Prozessführung in der Landwirtschaft“, Leibniz-Institut für Agrartechnik und Bioökonomie e. V. (ATB) Potsdam.

Der Digitalbeirat hatte die Aufgabe, eine abstrakte „Vision“ für ein digitales Brandenburg der Zukunft zu entwickeln, die der Digitalisierungsstrategie als Wegweiser vorangestellt werden sollte. Die hieraus entstandenen zehn Zukunftsthesen beschreiben den „Blick in die Glaskugel“ und zeichnen ein Brandenburg, in dem die Digitalisierung bereits zu größtmöglichem Nutzen für das Land eingesetzt wurde. Diese Thesen wurden im Oktober 2018 in einer Onlinekonsultation der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt und im November 2018 an den Ministerpräsidenten übergeben.

Der nachfolgende Text wird von den Mitgliedern des Digitalbeirats verantwortet und spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Landesregierung wider.

Thesen für die digitale Zukunft Brandenburgs

Der Digitalbeirat des Landes Brandenburg stellt fest, dass die Digitalisierung in Brandenburg auf vielen Gebieten bereits weiter vorangeschritten ist, als es manchen Bürgerinnen und Bürgern bewusst sein mag. Auf anderen Feldern besteht Nachholbedarf, der aber zugleich neue Gestaltungsmöglichkeiten mit erheblichen Innovations- und Wachstumschancen für unser Land bedeutet. Der Digitalbeirat möchte die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs motivieren, die Digitalisierung als Entwicklungschance für ihr Land zu verstehen.

Den Weg zum digitalen Brandenburg können die Menschen, die Politik und die Wirtschaft aktiv mitgestalten. Dazu ermutigen wir als Mitglieder des Digitalbeirats alle Akteure ausdrücklich. Wir raten dem Land Brandenburg, sich als Experimentierraum für den digitalen Fortschritt im ländlichen Raum zu sehen und auf diesem spannenden Gebiet Erkenntnisse für die gesamte Republik zu gewinnen. Die Digitalisierung birgt enorme Chancen für das Land, das betrifft vor allem die Bereiche Bildung, Land- und Forstwirtschaft sowie digitale Gesundheit. Der Digitalbeirat empfiehlt, auf den schon jetzt vorhandenen exzellenten Vorarbeiten aufzusetzen, Stärken auszubauen und hier weitere Pionierarbeit zu leisten.

Unstreitig ist, dass die Grundlage aller Digitalisierung eine Versorgung mit digitalen Infrastrukturen ist. Diese muss Festnetz und Mobilfunk umfassen, flächendeckend, hochleistungsfähig und bezahlbar sein sowie permanent aktualisiert werden. Die Versorgung mit digitalen Infrastrukturen besitzt daher aus Sicht des Digitalbeirats für

Staat und Unternehmen höchste Priorität. Diese sind kein Ziel von Digitalisierung, sondern deren Voraussetzung. Gleiches gilt für weitere fundamentale Voraussetzungen: die Wahrung und Durchsetzung der bereits bestehenden Rechtsordnung in allen digitalen Themenfeldern, ein höchstmögliches Niveau der Daten- und IT-Sicherheit sowie die frühzeitige Auseinandersetzung mit den ethischen Implikationen des digitalen Fortschritts.

Der Digitalbeirat hat mit den nachfolgenden zehn Thesen den Blick in die digitale Zukunft gewagt. Die Thesen beschreiben, wie das Land Brandenburg in einigen Jahren unter den Vorzeichen einer positiven Digitalisierung aussehen kann.

Die Thesen:

1. Digitalisierung wird das menschliche Miteinander fördern.
2. Das ländliche Brandenburg wird zum noch attraktiveren Lebens- und Arbeitsort, geografische Entfernungen verlieren an Bedeutung.
3. Bildungsangebote werden umfassend verfügbar und frei zugänglich sein.
4. Ökonomie, Ökologie und soziale Rückwirkungen werden sektorenübergreifend gedacht.
5. Brandenburgerinnen und Brandenburger werden im Alltags- und Berufsleben von Routinetätigkeiten befreit sein und ein besseres Leben führen.
6. Die Demokratie in Brandenburg wird lebendiger, transparenter und partizipativer.
7. Brandenburg wird seine Stärken stärken und Räume für Innovationen schaffen.
8. Digitalisierung wird den sozialen Fortschritt fördern.
9. Kommunen werden als Ansprechpartner vor Ort an Bedeutung gewinnen.
10. Daten werden nachhaltig genutzt.

Erläuterungen zu den Thesen

1. Digitalisierung wird das menschliche Miteinander fördern.

Die Digitalisierung ist kein Selbstzweck, vielmehr müssen im Zentrum aller Digitalisierungsprozesse die Bedürfnisse von Menschen stehen. Digitalisierung birgt das Potenzial, das Leben aller Brandenburgerinnen und Brandenburger zu vereinfachen – flächendeckend und generationenübergreifend. Digitalisierung wird als sektorenübergreifende gesellschaftliche Querschnittsaufgabe mit sozialen, ethischen, ökologischen und ökonomischen Auswirkungen verstanden.

2. Das ländliche Brandenburg wird zum noch attraktiveren Lebens- und Arbeitsort, geografische Entfernungen verlieren an Bedeutung.

Die Digitalisierung bringt Stadt und Land einander näher. Sie schafft bessere Bedingungen für besseres gegenseitiges Verständnis und wachsendes Interesse an regional erzeugten Nahrungs- und Lebensmitteln, lokalen Freizeit- und Kulturangeboten. Die Digitalisierung im Gesundheitssektor ist so weit fortgeschritten, dass technische Innovationen die Patientenversorgung regelmäßig unterstützen. Telemedizin und elektronische Patientenakten sind alltäglich, wobei ein Höchstmaß an Daten- und Patientensouveränität gewahrt ist. Die Erwerbsarbeit kann stärker denn je auf individuelle Bedürfnisse abgestimmt werden (Home Office, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, flexible Teilzeit, Barrierefreiheit etc.). Dank digitalisierter Umwelt können Behördenkontakte, Einkäufe, Bildungsangebote und medizinische Konsultationen größtenteils von zu Hause aus wahrgenommen werden.

Wo doch noch Strecken überwunden werden müssen, machen es intelligente und vernetzte Mobilitätskonzepte möglich, Mittel- und Oberzentren vom ländlichen Raum aus schnell zu erreichen.

3. Bildungsangebote werden umfassend verfügbar und frei zugänglich sein.

Neue Formen des digitalen Lernens, Forschens und des Wissenstransfers setzen sich durch. Kompetenzen aller Art werden individueller eingesetzt und gestärkt. Defizite werden mit den Mitteln der neuen Technik leichter kompensiert. Wissen vermehrt sich viel schneller als heute und ist allen zugänglich. Lebenslanges Lernen und Weiterbildung in allen Berufsfeldern ist unkompliziert, alltäglich und selbstverständlich. Durch geeignete Kombination von kognitiver und sozialer Intelligenz (Mensch-Maschine-Mensch Lernzyklen) ist es normal, sich Kompetenzen und Wissen gemeinsam mit oder mit Hilfe von Maschinen anzueignen.

4. Ökonomie, Ökologie und soziale Rückwirkungen werden sektorenübergreifend gedacht.

Die „digitale Aufklärung“ hat zu einer neuen Form des sektorenübergreifenden vernetzten Denkens geführt. Negativeffekte lassen sich mit den Mitteln der Digitalisierung bestimmen und in Entscheidungsprozesse einbeziehen. Digitalisierung wird genutzt, um Probleme wie Klimawandel und Flächenverlust ressourcensparend und umweltschonend entgegenzutreten. Smarte Landwirtschaft ermöglicht es, mit nachhaltigem und regionalem Anbau die Biodiversität zu fördern sowie individuelle Ernährungsformen bei kurzen Logistikketten zu unterstützen.

5. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger werden im Alltags- und Berufsleben von Routinetätigkeiten befreit sein und ein besseres Leben führen.

In der digitalen Zukunft haben sich viele Berufsfelder verändert, neue Arbeits- und Geschäftsfelder sind entstanden. Dank neuer individueller Fortbildungsmöglichkeiten für alle Alters- und Gesellschaftsgruppen und aufgrund echter Vereinfachungen im Alltag haben sich die Brandenburgerinnen und Brandenburger an die digitalen Lebenswelten gewöhnt. Weil gleichförmige Arbeitsschritte Maschinen überlassen bleiben, können sich die Menschen stärker auf soziale oder geistige Tätigkeiten konzentrieren. Digitale Dienste stärken die Verfügbarkeit sozialer Angebote.

Automatisierung hilft, den Fachkräftemangel auszugleichen. Gleichzeitig treibt sie die Entwicklung neuer Berufsfelder voran. Die Möglichkeiten der beruflichen Aus- und Weiterbildung werden konsequent genutzt, weshalb Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus sich im Wandel befindenden Berufsfeldern am Arbeitsmarkt anschlussfähig bleiben und gering qualifizierte Menschen zunehmend neuen Anschluss finden.

6. Die Demokratie in Brandenburg wird lebendiger, transparenter und partizipativer.

Dank digitaler Instrumente engagieren sich mehr Menschen ehrenamtlich oder politisch und nehmen so unabhängig von ihrer Mobilität aktiv an der Gestaltung ihrer Lebenswelt teil. Brandenburgs Kommunen und öffentliche Einrichtungen sind dank E-Government auch ohne Behördenbesuche erreichbar. Gremienkommunikation wird über räumliche Distanzen hinweg mittels Video und Software zur Datenauswertung erleichtert. E-Partizipation stärkt zusätzlich zu den etablierten demokratischen Prozessen die Demokratie in Brandenburg.

7. Brandenburg wird seine Stärken stärken und Räume für Innovationen schaffen.

Brandenburg wird Vorreiter und Beispiel für andere Flächenländer sein. Es wird neue Ideen, Wirtschaftskonzepte und Produktionssysteme erforschen, erproben, verwirklichen und exportieren. Brandenburg schafft digitale Voraussetzungen für Innovationen sowie für die Förderung vorhandener und neuer Industrien.

Unser Land nutzt sein spezielles „digitales Ökosystem“ mit überproportional vielen Kleinunternehmen als produktives Klima für die Initiierung von neuen Projekten und Wirtschaftszweigen.

Brandenburgs kleinteilige, aber kompakte und flexible Wirtschaftsstruktur, der große Gestaltungswille der Akteure sowie die kurzen Wege zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft tragen zum Erfolg der Region bei. Das Land profitiert dabei auch von seiner Nähe zu Berlin, vor allem aufgrund der Zusammenarbeit in Gesundheits-, Energie- und Medienwirtschaft sowie in Wissenschaft und Forschung. Brandenburgs Freiräume und unsere hohe Lebensqualität leisten unverzichtbare Beiträge zum Aufblühen der Hauptstadtregion.

Die besonderen digitalen Stärken Brandenburgs werden erfolgreich genutzt, um nachhaltige Zukunftsbranchen zu etablieren. Die Digitalisierung trägt maßgeblich zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburger Wirtschaft bei.

8. Digitalisierung wird den sozialen Fortschritt fördern.

Die Digitalisierung hat beträchtliche soziale Fortschritte möglich gemacht. Neue Konzepte des lebenslangen Lernens, der Fortbildung sowie der betrieblichen Mitbestimmung haben dafür gesorgt, dass die Menschen im Land den digitalen Wandel als Chance verstehen. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger haben bessere, sicherere und individuellere Arbeitsplätze als zuvor in der analogen Welt, da auf veränderte Bedürfnisse schnell und flexibel reagiert werden kann. Umfassende digitale Bildungsmöglichkeiten befördern sozialen Zugang und Aufstieg. Mehr Verteilungsgerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe vermindern gesellschaftliche Konflikte und stärken die soziale Zufriedenheit in unserem Land.

9. Die Kommunen werden als Ansprechpartner vor Ort an Bedeutung gewinnen.

Die Kommunen sind gerade in einer Distanzen überwindenden digitalen Welt ein wichtiger Partner. Mittels digitaler Kompetenz vor Ort gelingt es, Menschen von der analogen in die digitale Welt zu begleiten. Regionale Digitalstrategien, Pilotprojekte und spezialisierte Digital-Hubs der Kommunen bringen „Digitalisierung zum Anfassen“ zu den Bürgerinnen und Bürgern.

10. Daten werden nachhaltig genutzt.

Die Potenziale digitaler Daten kommen in allen Wirtschafts- und Gesellschaftsbereichen zur Geltung. Bei Datenerfassung, Informationsgewinnung und Entscheidungsfindung (künstliche Intelligenz) werden digitale Daten eingesetzt. Hohe Sicherheitsstandards, strikte Sanktionen bei Missbrauch sowie maximale Datenautonomie der Nutzerinnen und Nutzer schaffen die Bedingungen dafür, dass die positiven Effekte der Datenökonomie in Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig genutzt werden können.

I Digitalpolitik ist Zukunftspolitik

a. Besonderheiten und Stärken Brandenburgs

Brandenburg weist einzigartige Besonderheiten auf, die Ansatzpunkt für die Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie sein müssen. Die Digitalisierung macht es möglich, diese Besonderheiten als Chance zu nutzen.

Flächenland und Hauptstadtregion

Außergewöhnlich ist beispielsweise die Raumstruktur Brandenburgs: Das Flächenland Brandenburg ist ausgesprochen heterogen besiedelt. Während im Berliner Umland und entlang der Pendlerachsen eine recht hohe Einwohnerdichte vorherrscht, ist der ländliche Raum überwiegend dünn besiedelt. Mit einer Bevölkerungsdichte von ca. 84 Einwohnern/km² ist Brandenburg nach Mecklenburg-Vorpommern das am dünnsten besiedelte Bundesland. Zudem wohnt die eine Hälfte der Bevölkerung auf etwa 85 Prozent der Landesfläche, während sich die andere Hälfte auf 15 Prozent der Fläche rund um Berlin konzentriert. Gleichzeitig gibt es mit Potsdam und Cottbus/Chósebusz zwei Städte mit über 100.000 Einwohnern sowie eine große Zahl an Kleinstädten.

Diese heterogene Struktur hat auch Auswirkungen auf die Versorgung mit privaten und öffentlichen Gütern sowie Dienstleistungen. So sind die urbanen Regionen, insbesondere im direkten Umfeld Berlins, von einem umfangreichen Angebot gekennzeichnet, wohingegen die Bereitstellung von Breitbandinternet, Mobilität, Bildungsangeboten, medizinischen Leistungen und Verwaltungsdiensten besonders im dünn besiedelten ländlichen Raum eine Herausforderung darstellt. Eng damit verknüpft sind der demografische Wandel und seine Folgen. Auch wenn sich in den vergangenen Jahren eine Stabilisierung der Klein- und Mittelstädte (insbesondere mit Pendleranbindung an Berlin) sowie ein Geburtenanstieg feststellen lassen, ist die Frage der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum von höchster Bedeutung.

Die Digitalisierung bietet Möglichkeiten, diesen Herausforderungen effektiv zu begegnen: Mithilfe digitaler Anwendungen kann der ländliche Raum in allen Bereichen der Daseinsvorsorge – von der Mobilität über die Bildung bis hin zur Gesundheit – gestärkt werden und an Attraktivität gewinnen. Mit den passenden infrastrukturellen Voraussetzungen können die dünn besiedelten Gegenden Brandenburgs in besonderer Weise von der Digitalisierung profitieren. Chancen entstehen vor allem für die Kleinstädte und Mittelzentren, die sich schon jetzt zunehmend in Richtung „digitaler Städte“ entwickeln und Versorgungsfunktionen für ihr Umland wahrnehmen.

Die Nachbarschaft zu Berlin ist ein großer Vorteil für Brandenburg, denn beide Länder können Synergien für die eigene Wertschöpfung gewinnen. Das Startup-Zentrum Berlin kann von den klein- und mittelständischen Unternehmen Brandenburgs profitieren. Durch eine gute Vernetzung und das Ausschöpfen der bestehenden Potenziale können gemeinsam neue digitale Anwendungen und Prozesse entwickelt werden. Auch die kurzen Transportwege zum großen Absatzmarkt der Hauptstadt – etwa im Nahrungsmittelgewerbe – sind ein großer Vorteil. Digitale Plattformen für Produzierende aus Brandenburg einerseits und Berliner Konsumenten andererseits könnten hier künftig nachhaltigere Handelsformen und verbesserte Verbraucherinformationen schaffen.

Der bestehende Handlungsdruck, u. a. verursacht durch Herausforderungen wie dem demografischen Wandel, kann dabei als Digitalisierungskatalysator dienen. Brandenburg hat die Möglichkeit, in vielen Themenfeldern Vorreiter beim Einsatz digitaler Lösungen zu sein und mit kreativer Digitalkompetenz zu punkten. So können z. B. telemedizinische Anwendungen ein wichtiger Baustein sein, um die Digitalisierung im ländlichen Raum voranzutreiben und gleichzeitig für deren Akzeptanz zu werben. Auch die Sensortechnik kann neue Impulse setzen und Standortvorteile generieren, z. B. in der Land- und Forstwirtschaft oder im Gartenbau.

Lebendiger Wirtschafts- und Innovationsstandort

Die besondere Wirtschaftsstruktur Brandenburgs kann sich bei der Digitalisierung und beim Aufbau eines spezifisch brandenburgisch-digitalen „Ökosystems“ positiv auswirken. Sie ist vorwiegend mittelständisch und von einer Vielzahl von Klein- und Kleinunternehmen geprägt. Insbesondere das Handwerk ist lokal verwurzelt. Angesichts einer im Internet überregionalen Konkurrenz besteht auch im Handwerk hoher Anpassungsdruck. Der vielfach anstehende Generationenwechsel in den Betriebsleitungen wird eine Chance sein, einen ganzen Wirtschaftszweig moderner, effizienter und lukrativer zu machen.

Rund ein Fünftel der Bruttowertschöpfung im Land Brandenburg wird vom produzierenden Gewerbe (ohne Bauwirtschaft) erbracht. Für die Industrieunternehmen ergeben sich unter dem Stichwort Industrie 4.0 besondere Entwicklungsmöglichkeiten, aber auch Herausforderungen.

Über 70 Prozent der Bruttowertschöpfung entfällt auf die Dienstleistungsbereiche. Auch hier existieren vielfältige Berührungspunkte zum Thema Digitalisierung beispielsweise in Handel und Tourismus. Innovationspotenzial liegt in der Schaffung und Verknüpfung von digitalen Schnittstellen zwischen den realen Prozessstufen.

Von besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung sind die fünf gemeinsamen Cluster von Berlin und Brandenburg und die vier Brandenburg spezifischen Cluster. In den Clustern werden Wirtschaftsbereiche branchenspezifisch gebündelt und vernetzt. Auch hier spielt die Digitalisierung eine besondere Rolle. Speziell in den Clustern „Gesundheitswirtschaft“, „IKT, Medien und Kreativwirtschaft“, „Verkehr, Mobilität und Logistik“, „Optik und Photonik“ und „Energietechnik“ ergeben sich wichtige Synergieeffekte auch im Zusammenspiel mit Unternehmen in Berlin. Die seit vielen Jahren betriebene regionale Cluster-Politik hat zudem zu erfolgreichen Innovations- und Transferprozessen, etwa zwischen Wirtschaft und Forschung beigetragen und belastbare Vernetzungs- und Kommunikationsstrukturen geschaffen. Hierbei haben die regionalen Wachstumskerne eine besondere Bedeutung als Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung. Brandenburg ist bereit für den digitalen Wandel.

Die Veränderungsprozesse nach der Deutschen Einheit haben bereits zu hohen Produktivitätsverdichtungen und Effizienzsteigerungen geführt, die andere Bundesländer u. U. noch vor sich haben. Neuen Herausforderungen, wie dem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials, kann u. a. mithilfe der Digitalisierung gezielt begegnet werden. Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Synergie von Fachkräfteentwicklung und Digitalisierung gesetzt werden. Mit digitalen Technologien kann das Berufsbildungssystem attraktiver gestaltet werden. Die Bildung und Gewinnung von jungen Fachkräften wird für alle Brandenburgischen Regionen, aber auch und insbesondere für die Lausitz, zu einem der wesentlichen Erfolgsfaktoren im Rahmen der Standortsicherung.

Hinzu kommt das Hochschul- und Forschungsnetzwerk in Berlin und Brandenburg, das in seiner Dichte besonders attraktiv ist und eine hohe Anziehungskraft auf Unternehmen ausübt, insbesondere auf hier ansässige digitale Unternehmen, die wachsen wollen. Die Brandenburger Forschungs- und Hochschullandschaft ist maßgeblich an der Entwicklung und Gestaltung von Innovationen beteiligt. Zahlreiche Fachbereiche der Hochschulen sowie Forschungsinstitute sind auf digitale Aspekte und Technologien spezialisiert und treiben in Kooperation mit der Wirtschaft Innovationen und Unternehmensgründungen voran.

Energie- und Naturland Brandenburg

Die Digitalisierung wirkt sich auch auf Brandenburg als Energie- und Rohstoffland aus: Mehr als ein Zehntel des Energiebedarfs in Deutschland wird durch Brandenburg gedeckt, wobei der Anteil aus erneuerbaren Quellen, wie Wind- und Sonnenenergie, stetig zunimmt – hier sind „Smart Grids“ („intelligente Netze“) zur Laststeuerung und Verteilung der dezentral erzeugten Energie erforderlich. Daneben prägen Land- und Forstwirtschaft die Landschaft. Unternehmen und Bewirtschaftungsformen sind zum Teil bereits heute zu einem hohen Grad digitalisiert. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe berücksichtigen neben ökonomischen Aspekten ganz selbstverständlich auch Belange der Nachhaltigkeit und Ökologie. Dies wird mit den Instrumenten der Digitalisierung umso einfacher und effizienter.

Attraktive Städte, Familienfreundlichkeit und das umfangreiche Kulturangebot tragen wesentlich zur Lebensqualität in Brandenburg bei. Begünstigt wird dies auch durch die Nähe zur Natur und den zahlreichen Wasserflächen. Auch außerhalb der Landesgrenzen spricht sich dies herum: Jährlich kommen mehr Touristen, zudem zieht es auch immer mehr Menschen dauerhaft nach Brandenburg. Die hohe Lebensqualität in Brandenburg kann mit Hilfe der Digitalisierung im Standortwettbewerb gesichert und als Ansiedlungsargument für Fachkräfte und Familien eingebracht werden.

Digitalpioniere

Nicht zuletzt baut Brandenburg auch auf eine bereits bestehende und entwickelte Innovationslandschaft auf, die es zu stärken gilt. Viele Akteure haben den Weg in die digitale Zeit bereits eingeschlagen – ob Krankenhäuser, Hochschulen, Kommunalverwaltungen – und es gibt eine Reihe von einzigartigen Digitalpionieren in Brandenburg – z. B. das europäische Waldforschungsprojekt „STReESS“ des Thünen-Instituts mit seiner twitternden Kiefer bei Eberswalde oder die Digitalpastorin der Evangelischen Kirche (EKBO). Diese Pioniere gilt es zu ermuntern, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen, als Multiplikatoren zu handeln und sich mit neuen Ideengebern zu vernetzen, um so zu einem sich entwickelnden digitalen Ökosystem Brandenburg nachhaltig beizutragen.

b. Digitalisierung: Epochenphänomen und Modernisierungschance

Die Digitalisierung ist ein Epochenphänomen, dessen Ausmaß und Umriss sich bislang nur unscharf abzeichnen. Wie beim Buchdruck, der Dampfmaschine oder der Elektrifizierung in früheren Jahrhunderten beobachten wir eine durch technologische Neuerung ausgelöste Gesellschaftsveränderung. Verstand man vor einigen Jahren „digital“ noch als rein technischen Gegensatz zu „analog“, so ist heute klar, dass sich mit der Digitalisierung auch soziale Prozesse in nahezu allen Lebensbereichen verändern. Die umfassende Vernetzung von Daten und Informationen sowie eine extreme Beschleunigung von Prozessen werden gesellschaftsverändernde Innovationen möglich machen und können dabei helfen, wichtige gesellschaftliche Probleme zu lösen. Gleichzeitig werden wiederum neue Entwicklungsfragen aufgeworfen.

Aufgaben und Möglichkeiten der Landesregierung

Der Einfluss der brandenburgischen Landesregierung ist selbstredend begrenzt. Global agierende Unternehmen und Wirtschaftsgrößen bestimmen heute zu einem wichtigen Teil den Takt der Digitalisierung. Wettbewerb und Verbraucherakzeptanz entscheiden über die Durchsetzung von Neuerungen. Dennoch muss politischer Einfluss und Steuerung geltend gemacht werden, insbesondere dann, wenn soziale oder verbraucherpolitische Auswirkungen zu beobachten sind. So kann die Landesregierung – entweder in der eigenen politischen Verantwortung oder im Zusammenspiel mit anderen politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren auf Bundes- oder europäischer Ebene – Positionen vertreten, die einen spezifisch brandenburgischen Zugang zur Digitalisierung deutlich machen. Dabei geht es auch darum, Antworten im Interesse der Brandenburgerinnen und Brandenburger auf teilweise völlig neue Fragen zu finden bzw. alte Antworten immer wieder kritisch zu hinterfragen und zu aktualisieren: Welche Entwicklungen wollen wir fördern? Wo gilt es, Leitplanken einzuziehen? Gleichzeitig müssen auch organisatorische und kommunikative Vorkehrungen getroffen werden, um die immer schneller auftretenden Grundsatzfragen der Digitalisierung politisch beantworten zu können.

Auch wenn viele Maßnahmen, Diskussionen und neue Entwicklungen noch weit entfernt von abschließenden Antworten oder Lösungen stehen, ist Digitalisierung seit langem kein Neuland mehr. Die digitalpolitischen Diskussionen zu einzelnen Themenfeldern werden seit Jahren und auf allen Ebenen geführt. So bestimmte die „Netzpolitik“ schon vor einer Dekade die Debatte und diverse Expertenkommissionen, darunter z. B. die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestags, die umfangreiche Berichte und

Handlungsempfehlungen vorgelegt haben. Auch andere Bundesländer haben inzwischen eigene Digitalisierungsstrategien erarbeitet, teilweise bereits in aktualisierter Fassung. Insofern ordnet sich diese Brandenburgische Digitalisierungsstrategie als landesspezifischer Beitrag und Zwischenstand in eine bereits breit geführte und weiterzuführende Debatte ein. Brandenburg kann und muss nicht das „digitale Rad“ insgesamt neu erfinden, sondern sieht seinen Vorreiteranspruch vor allem darin, mit seinen besonderen lokalen Begebenheiten beispielgebend für Länder mit ähnlichen Strukturen zu sein.

Aus Sicht der Landesregierung bietet die Digitalisierung immense Zukunfts- und Modernisierungschancen für das Land Brandenburg. Die in Teil II folgenden Handlungsfelder verweisen auf die Themen, die es anzupacken gilt.

Gesellschaft im Wandel – Sorgen und Verunsicherung

Gerade die immer schneller auftretenden Veränderungen in vielen Lebens- und Politikbereichen verunsichern viele Menschen. Die Landesregierung nimmt diese Sorgen sehr ernst. Mit ihrem gesellschaftspolitischen Vorgehen, aber auch mit einer fundierten Digitalpolitik, die den größtmöglichen Nutzen der Digitalisierung für alle Bürgerinnen und Bürger des Landes sicherstellen soll, wirkt sie der Verunsicherung entgegen. Die gesellschaftlichen Chancen, die sich für Brandenburg aus technologischen Neuerungen ergeben – sei es in der Telemedizin, durch neue Mobilitäts- und Arbeitsformen, in der Bildung, im Umweltschutz, in Forst- und Landwirtschaft – sollten mit voller Kraft genutzt werden. Gleichzeitig muss negativen Begleiterscheinungen wie sozialen Verwerfungen, Ungleichheiten und Benachteiligungen entschieden entgegengetreten werden.

Die Landesregierung versteht Digitalisierung als Chance, sich wirksamer mit ganz realen – auch analogen – Herausforderungen der Landesentwicklung zu befassen. Digitalisierung wirkt in positiver wie auch negativer Hinsicht oft als Verstärker für bestehende Entwicklungstendenzen in verschiedenen Themenbereichen. Es kommt darauf an, neue Entwicklungsmöglichkeiten gezielt zu nutzen und gleichzeitig den mit der Digitalisierung verbundenen Risiken vorzubeugen.

Die Spannweite der gesellschaftlichen Themen, in denen die Digitalisierung ganz neue Fragen, teils auch Ängste und Verunsicherungen aufwirft, ist groß: Automatisierung und Rationalisierung von Arbeitsplätzen, Beeinflussung durch Algorithmen oder Künstliche Intelligenz, Wahlbeeinflussung und gelenkte Demokratie, soziale Vereinzelung und mediale „Echokammern“ u. v. m. Auch die eher positiv wahrgenommenen Entwicklungen wie z. B. Blockchain, Augmented/Virtual Reality werfen grundsätzliche, ethische und gesellschaftliche Folgefragen auf. Die Landesregierung wird diesen Themen an geeigneter Stelle vertieft nachgehen.

Die vorgelegte Digitalisierungsstrategie bietet keine abschließenden Antworten auf all diese Herausforderungen, sondern kann nur, auf Basis des Wissensstandes Ende 2018, einen Weg in eine gute digitale Zukunft Brandenburgs weisen. Dazu brauchen wir eine breite politische und zivilgesellschaftliche Debatte über neue Herausforderungen durch die Digitalisierung. Diese wollen wir führen.

c. Der Strategieprozess

Die Landesregierung legt mit dieser Strategie ein „Navigationssystem“ für den digitalen Wandel vor. Ausgangspunkt des Strategieprozesses ist der Beschluss des Landtages Brandenburg vom 9. November 2016 (Drucksache 6/5185-B), in dem die Landesregierung aufgefordert wurde, eine „Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg“ zu entwickeln.

Mit dem Bericht „Distanzen überwinden. Statusbericht zur Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg“ (Drucksache 6/7320) legte die Landesregierung im August 2017 eine umfassende Bestandsaufnahme über den Stand der Digitalisierung in Brandenburg vor. Dieser Statusbericht war ein zentraler Schritt zur Digitalisierungsstrategie. Die „Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg“ verzichtet auf Wiederholungen und konzentriert sich auf einen konkreten Fahrplan für die digitale Zukunft.

Nach Auffassung der Landesregierung ist Digitalisierung die zentrale Zukunftsaufgabe aller Ministerien in ihrer jeweiligen fachpolitischen Verantwortung. Die Staatskanzlei koordiniert den umfassenden Strategieprozess und führt die fachpolitischen Ansätze der Ressorts zusammen. Insoweit ist die Digitalisierungsstrategie des Landes Brandenburg als politikfeldübergreifende Dachstrategie angelegt. Sie wird durch ressortspezifische Digitalstrategien bzw. -agenden einzelner Ministerien, die jeweils stärker auf fachpolitische Erwägungen eingehen können, Schritt für Schritt weiter ausgeführt und konkretisiert.

Damit verfolgt Brandenburg bewusst einen integrativen Ansatz. Das hat einen intensiven internen Veränderungs- und Diskussionsprozess ausgelöst, der im Sinne einer digitalpolitischen Neuausrichtung einer gesamten Regierung sinnvoll und notwendig war. Diese umfassende Transformation ist wichtiger Bestandteil des Strategieprozesses. Die Landesregierung setzt nunmehr ihren Schwerpunkt auf die Realisierbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen.

Am 24. April 2018 tagte das erste „Digitalkabinett“ der Landesregierung, das sich mit wichtigen digitalpolitischen Themen und Beschlüssen befasst hat, so zum Beispiel mit dem Entwurf eines brandenburgischen E-Government-Gesetzes, mit der Berufung des neunköpfigen Digitalbeirats oder mit der Gründung einer Digitalagentur. Darüber hinaus setzt sich die Konferenz der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre regelmäßig mit digitalpolitischen Themen auseinander.

Auch in der internen und übergreifenden Koordination der Ressorts wurden neue Arbeitsformen etabliert: So verfügen seit Ende 2017 alle Ressorts über eigene digitalpolitische Koordinatorinnen und Koordinatoren, die im Rahmen einer interministeriellen Arbeitsgruppe im monatlichen Austausch miteinander stehen. Mit Hilfe von diversen ressortspezifischen und -übergreifenden Workshops und Veranstaltungen, neugeschaffenen Stellen und externer Fachbegleitung konnte ein hohes Maß an digitalpolitischer Kompetenz in der Landesregierung verankert werden.

Seit Juni 2018 berät ein „Digitalbeirat“, bestehend aus neun ausgewiesenen Fachexpertinnen und -experten, die Landesregierung in digitalpolitischen Fragen. Teil der Aufgaben des Digitalbeirats ist es, konkrete Zukunftsvorstellungen für ein digitales Brandenburg der Zukunft zu entwickeln und den Digitalisierungsprozess zu begleiten. Am 7. November 2018 hat der Digitalbeirat seine Thesen dem Ministerpräsidenten übergeben, die Bestandteil dieser Digitalstrategie sind.

Die vorliegende Digitalisierungsstrategie wurde unter Einbeziehung zahlreicher Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft erstellt. Es haben viele Einzelgespräche und mehrere digitalpolitische Informationsreisen stattgefunden, so dass sowohl Entwicklungen in anderen Bundesländern als auch im Ausland einbezogen und auf ihre Praxistauglichkeit in Brandenburg hin überprüft wurden.

Eine Reihe von öffentlichen digitalpolitischen Veranstaltungen unterschiedlicher Ressorts bot in den Jahren 2017 und 2018 Gelegenheit zum Dialog mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Diverse Hinweise und fachliche Anregungen wurden aufgegriffen und sind in das vorliegende Strategiepapier eingeflossen.

Vom 18.10. bis 2.11.2018 hat die Landesregierung eine Onlineumfrage geschaltet. Diese gab der interessierten Öffentlichkeit die Möglichkeit, sich zu den Thesen des Digitalbeirats und zu den Handlungsfeldern der Digitalisierungsstrategie zu verhalten, indem jeder These / jedem Themenfeld eine Bewertung nach Wichtigkeit / Relevanz gegeben werden konnte. Insgesamt haben 797 Personen teilgenommen, wobei kein Anspruch auf Repräsentativität erhoben wird und vereinzelt Doppelteilnahmen nicht ausgeschlossen werden können. Die Landesregierung betrachtet die Onlineumfrage als wichtigen Fingerzeig. Das vorläufige Ergebnis bestätigt, dass insbesondere die Themen digitale Infrastruktur, Bildung und attraktiver ländlicher Raum im Zentrum des Interesses stehen. Auch die Reihung der Themenfelder, wie sie im vorliegenden Strategiepapier in der Digitalen Agenda (Teil II) vorgenommen wurde, folgt größtenteils der Gewichtung, wie sie in der Onlineumfrage abgebildet wurde. Die Teilergebnisse der Onlineumfrage sind unter www.digitalesbb.de hinterlegt.

Die Landesregierung versteht die Digitalisierung als Zukunftsgestaltungsaufgabe. Daher ist zwar der konkrete Auftrag des Landtags mit der Vorlage dieses Dokuments abgeschlossen, nicht jedoch die Begleitung und Steuerung der resultierenden Maßnahmen bzw. die Diskussion um die Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf die brandenburgische Gesellschaft.

II Digitale Agenda – Handlungsfelder und Maßnahmen für Brandenburg

Digitalisierung ist eine Gestaltungsaufgabe für alle Ministerien der brandenburgischen Landesregierung. Nachfolgend werden Handlungsfelder und entsprechende Maßnahmen der Ressorts skizziert, die den Weg in die digitale Zukunft Brandenburgs weisen.

Einzelne Aufgabenstellungen betreffen dabei häufig mehrere Ressorts gleichzeitig. Die nachfolgenden Handlungsfelder führen daher digitalpolitische Themenschwerpunkte zusammen und tragen somit einem Vernetzungsgedanken Rechnung, der Wesenskern der Digitalisierung ist.

Die Handlungsfelder beschreiben die digitalpolitischen Hauptaktivitäten und Zielvorstellungen der Landesregierung. Dem Charakter einer Dachstrategie entsprechend wurde die Darstellung bewusst konzentriert gehalten.

Die Landesregierung hat eine Vielzahl von Maßnahmen entwickelt, um ihre digitalpolitischen Zielsetzungen zu erreichen (Kapitel IV). Diese Maßnahmen sind unterschiedlichster Art und reflektieren einen sehr unterschiedlichen Planungs- und Umsetzungsgrad. Wo möglich, wurden die Maßnahmen bereits ohne Verzug und vor Veröffentlichung der Strategie begonnen. Andere Maßnahmen bedürfen noch der weiteren finanziellen und personellen Untersetzung und sind somit eher als Handlungsansätze für die mittelfristige Planung zu verstehen. Die Vielfalt der Maßnahmen verdeutlicht, dass die Landesregierung umfassende Ideen für ein konkretes Vorgehen in die digitale Zukunft des Landes hat.

a. Digitale Teilhabe durch hochleistungsfähige Infrastrukturen sichern

Ziele der Landesregierung:

- Neudefinition der Daseinsvorsorge und Teilhabe in der digitalen Welt,
- Schließung „weißer Flecken“ mit hochleistungsfähiger und nachhaltiger Breitbandinfrastruktur und maximalem Ausbau der Mobilfunkversorgung,
- Erfolgreiche Bewerbung beim Bund als eine der 5G Modellregionen,
- Schaffung von kostenfreien, öffentlichen WLAN-Zugängen,
- Transformation und Sicherstellung der Energieinfrastrukturen,
- Weiterer Ausbau der Geodateninfrastruktur,
- Transformation der IT-Infrastrukturen der Landes- und Kommunalverwaltung,
- Schaffung weiterer Voraussetzungen für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes durch die kostenlose Bereitstellung von IT-Basiskomponenten.

Das Handlungsfeld:

Neue digitale Daseinsvorsorge

Die Landesregierung verfolgt das Ziel, den Menschen im Land Brandenburg gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu bieten, unabhängig davon, ob sie im dicht besiedelten oder ländlichen Raum leben. Gerade im digitalen Zeitalter bestimmt die Verfügbarkeit von entsprechenden Infrastrukturen über Zugänge, die Teilhabe und Fortschrittbarkeit ganzer Landstriche. Die grundgesetzlichen Rahmenbedingungen weisen den Bundesländern nur begrenzte eigene Möglichkeiten bei der Schaffung z. B. von Telekommunikationsinfrastrukturen zu. Umso wichtiger ist es, alle darüber hinaus verfügbaren Instrumente zu nutzen, um gemeinsam mit allen Akteuren zu einer umfassenden und hochqualitativen Versorgung in Brandenburg zu kommen. Die Frage der digitalen Teilhabe ist auch eine Frage nach einem neuen Verständnis der Daseinsvorsorge im politischen Sinne. Für die Landesregierung steht außer Frage, dass hochleistungsfähige und weitgehend flächendeckend verfügbare Infrastrukturen die Vorbedingung für alle Digitalisierungsaktivitäten sind.

Digitale Grundlageninfrastrukturen sind vielfältig und gehen weit über Breitbandversorgung und Mobilfunkabdeckung hinaus. Die Landesregierung denkt gerade mit Blick auf die digitale Zukunft die Versorgungsnetze sektorübergreifend: Von den klassischen digitalen Infrastrukturen hin zu Energie- und Verwaltungsnetzen.

Mit den neuen Digitalisierungsanwendungen entstehen neue Ansprüche an Datenmengen, Latenzzeiten, Verfügbarkeit und Netzauslastung u. v. m. Gleichzeitig werden die Anwendungen nicht mehr nur in den Haushalten oder Arbeitsplätzen genutzt, sondern auch auf den Verkehrswegen, Feldern, Seen und in Wäldern. Mehr und mehr kommunizieren auch Objekte fernab von Haushalten miteinander, z. B. in der Land- und Forstwirtschaft oder der Umweltforschung.

Breitband und Mobilfunk

Um diesen Ansprüchen der Zukunft gerecht werden zu können, verfolgt die Landesregierung eine abgestimmte Technologiemischung aus leitungsgebundenen und drahtlosen Infrastrukturen. Die Landesregierung ist sich bewusst, dass die Leistungsfähigkeit der digitalen Infrastrukturen ständig aktualisiert werden muss und damit eine Daueraufgabe ist. Technologische Standards wechseln schnell, deshalb geht es der Landesregierung darum, technologieunabhängig die jeweils aktuell bestmögliche Versorgung für das Land Brandenburg vor allem auch in den ländlichen Regionen zu erzielen.

Brandenburg wird weiterhin den Breitbandausbau aus Bundesmitteln zur Schließung der Gesamtfinanzierung mit Landesmitteln bezuschussen. Hierbei wird auf Bundesebene darauf hinzuwirken sein, dass die anteilige Förderung den Landeshaushalt vertretbar belastet.

Mobile Datennutzung ist unzweifelhaft das Thema der Zukunft. Hochleistungsfähiger Mobilfunk der jeweils neuesten Generation kann absehbar nur in relativ kleinen Funkzellen stattfinden, bei denen die Funkstationen mit Glasfaser ertüchtigt werden müssen. Hierfür ist nicht nur eine kluge Frequenzvergabepolitik, sondern auch eine abgestimmte Raumplanung nötig. Waren bislang die Ausbaukonzepte im Bereich der digitalen Infrastrukturen stark haushalteorientiert, so wird nun eine Verkehrswege- und Flächenorientierung wichtiger denn je.

In den kommenden Jahren werden für die Mobilfunkunternehmen hohe Versorgungsauflagen im Bereich der vierten Mobilfunkgeneration (4G/LTE) greifen, so dass von einer sukzessiven Schließung der noch bestehenden „weißen Flecken“ auszugehen ist. Um die Zielstellung der Landespolitik zur Verbesserung der mobilen Kommunikation auch in den dünn besiedelten Regionen zu erreichen, wurde im Mai 2018 zwischen dem Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg, dem Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg und den drei großen Mobilfunkanbietern Telekom Deutschland GmbH, Telefónica Germany GmbH & Co. OHG und Vodafone GmbH eine Mobilfunkvereinbarung geschlossen. Darin erklären die unterzeichnenden Mobilfunkunternehmen, dass sie unter Einsatz neuester Technik und technologieneutral ihren Beitrag für eine möglichst flächendeckende Mobilfunkversorgung im Land Brandenburg leisten werden, unabhängig von den Versorgungsauflagen der Frequenzversteigerungen. Hierzu wurden die folgenden Schritte vereinbart:

Das Land Brandenburg wird in den kommenden Jahren an bis zu 32 mit den Telekommunikationsunternehmen abgestimmten Standorten neue Funkmasten für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) des Landes errichten. Diese Funkmasten werden den Mobilfunkunternehmen aufgrund der in bevölkerungsarmen Regionen besonderen betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen mietzinsfrei zur Mitnutzung zur Verfügung gestellt. Die anfallenden Einrichtungs- und Betriebskosten sind von den Mobilfunkunternehmen zu tragen. Das Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg verpflichtet sich, eine Clearing-Stelle einzurichten, um die Interessen der Mobilfunkunternehmen, des BOS-Digitalfunks und der betroffenen Kommunen zu koordinieren.

Für die digitale Teilhabe im öffentlichen Raum der Kommunen und Landesliegenschaften wird zudem die Versorgung mit kostenfreiem, öffentlich zugänglichem WLAN ausgebaut.

Mit Blick auf die nähere Zukunft der Mobilfunkversorgung steht für die Landesregierung die Einführung der nächsten Mobilfunkgeneration 5G im Mittelpunkt. Sie setzt sich dafür ein, in Brandenburg eine der ersten deutschen Modellregionen bei der Einführung und Nutzung der 5G-Technologie zu schaffen und stellt sich den technischen und finanziellen Anforderungen, die eine entsprechende 5G-Erschließung mit sich bringt.

Energie

Auch in der Energieversorgung ist die Digitalisierung in den letzten Jahren zu einem wichtigem Zukunftsthema geworden. Die Landesregierung bekennt sich zu den europäischen und nationalen klimapolitischen Zielsetzungen, einem sozialverträglichen Umbau der Energieversorgung und strebt eine klimaschonende Energiegewinnung an. Diese Zielsetzungen und insbesondere die damit verbundenen Änderungen im Energiemix und der Energieversorgung erfordern eine reibungslose Kommunikation in Echtzeit. Die Energieversorgungsunternehmen und der wachsende europäische Strommarkt sind auf zunehmende Digitalisierung angewiesen, um die Energieversorgung effizient zu gestalten und um Kapazitätsengpässen vorzubeugen. Brandenburg ist ein historisch gewachsenes Energieland und leistet wichtige Beiträge zur Versorgungssicherheit in Deutschland. Als Flächenland wird Brandenburg im Rahmen der Energiewende wichtiges Energieland bleiben. Jedoch führt der zunehmende Anteil von erneuerbaren Energien zu einer stark wachsenden Dezentralisierung in der Stromerzeugung. Hinzu kommt die fluktuierende Einspeisung – vor allem von Wind- und Solarenergie – die eine zunehmende Steuerung

des Gesamtsystems und den Ausbau intelligenter Stromnetze und -sensorik notwendig macht, um die Erzeugung und den Verbrauch besser in Einklang zu bringen und um damit zur Versorgungssicherheit beizutragen.

Durch die europäischen und auch bundesdeutschen Rahmenseetzungen (z. B. Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende) sind die rechtlichen Voraussetzungen für eine zunehmende Digitalisierung bei den Energieversorgungsunternehmen und Verbrauchern geschaffen worden. Auf Landesebene stehen in Brandenburg die Entwicklung von energieeffizienten Lösungen für die Produktion, Verteilung und Nutzung von Energie im Fokus. Die Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg adressiert diese Themen entsprechend und wird hierzu wichtige Beiträge leisten. Auch die Bürgerinnen und Bürger werden zunehmend mit neuen Konzepten zu „Smart Buildings“ und „Smart Home“ in diese Entwicklung eingebunden.

Im neuen Masterplan des Clusters Energietechnik Berlin-Brandenburg von 2017 ist die Digitalisierung explizit mit dem Ziel verankert, entsprechende Geschäftsmodelle frühzeitig zu fördern. Schnittstellen bestehen darüber hinaus zum Mobilitätssektor und zu den anderen Industrieclustern, insbesondere zur Metallbranche und der kunststoffverarbeitenden und chemischen Industrie mit ihren energieintensiven Prozessen. Im Mobilitätsbereich bestehen Digitalisierungspotenziale dabei nicht nur in der fortschreitenden Umsetzung der Elektromobilität (z. B. intelligente Ladetechnologien), sondern auch über alternative nachhaltige Kraftstoffe (Sektorenkopplung) sowie innovative Verkehrskonzepte.

Geodaten

Ein Teil der Informationsinfrastruktur für digitale Anwendungen sind zuverlässige Geodaten. Aus der Vernetzung raumbezogener Positionsdaten können spezielle Karten, grafische Darstellungen und Dienstleistungen entwickelt werden. Die Landesregierung sieht hierin großes Modernisierungspotenzial. Geodaten werden an vielen Stellen der Landesverwaltung erzeugt, verarbeitet und bereitgestellt, z. B. im Umweltbereich (Gewässerkarten), zur Veranschaulichung der Bodennutzung oder in der Gebäudeverwaltung. Im Digitalisierungsprozess wird eine weitere Bündelung von technischen, administrativen und weiteren Leistungen erforderlich sein. Die LGB (Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg) soll beim Aufbau und der Wahrnehmung zentraler und ressortübergreifender GIS-Aufgaben (Geografisches Informationssystem) unterstützen. Der weitere Ausbau der Geodateninfrastruktur soll insbesondere über den Aktionsplan „Geodateninfrastruktur Brandenburg“ (Aktionsplan GDI-BB) unterstützt werden. Dieser berücksichtigt auch die Zielstellungen der Nationalen Geoinformations-Strategie (NGIS), die bundesweit die Entwicklung einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Geoinformationspolitik zum Ziel hat.

Die Bereitstellung der zentralen technischen Komponenten der GDI-BB (Geoportal Brandenburg, Sammlungs- und Bereitstellungskomponente für Metadaten (GeoMIS), Erfassungs- und Prüfkomponekte für Metadaten (PromIS-Online)) ist dabei von grundlegender Bedeutung.

In diesem Zusammenhang wird das „Geoportal Brandenburg“ als zentrale Komponente der Geodateninfrastruktur Brandenburgs überarbeitet. Ziel ist es, einen noch einfacheren und direkteren Zugang zu den räumlich-digitalen Datenbeständen des Landes zu ermöglichen. Das Geoportal stellt die Geodaten auch als standardisierte Online-Schnittstellen im Internet zur Verfügung, so dass alle Verwaltungsprozesse (z. B. Bauantrag, Schutzgebietsausweisung, Förderantragstellung, Krisenmanagement etc.) die erforderlichen Geodaten einfach, digital und ohne Verzögerung in ihre zu digitalisierenden Abläufe integrieren können.

Zeitgemäße Zugänge für Verwaltung und Justiz

Infrastruktur als Grundlage für Digitalisierung berührt auch die Verwaltungsebenen. Auch aufseiten der Landesregierung, der Landeseinrichtungen sowie der Kommunen bedarf es einer modernisierten und ausgebauten IT-Infrastruktur als Grundlage für alle digitalen Verwaltungsanwendungen. Damit verbunden sind hohe Anforderungen an Verfügbarkeit, Funktionsumfang und Datensicherheit.

Die Dienststellen der Landesverwaltung Brandenburg sind bereits über ein hochverfügbares und sicheres Netz miteinander verbunden. Es bildet das Rückgrat zur landesweiten und flächendeckenden elektronischen Kommunikation. Über dieses Netz werden der elektronische Datenaustausch und der Betrieb elektronischer Anwendungen und (Online)-Verfahren realisiert. Das Landesverwaltungsnetz (LVN) gewährleistet gleichzeitig einen sicheren – BSI-zertifizierten – Übergang zum Netz des Bundes-Verbindungsnetz, das die IT-Netze von Bund, Ländern und Kommunen miteinander verbindet. Das LVN wird auch allen Kommunen des Landes für ihren elektronischen Geschäftsverkehr zur Verfügung gestellt (LVN Fachnetz Kommunen). Die standardisierte und sichere Anbindung über das LVN Fachnetz Kommunen ermöglicht den angeschlossenen Kommunen den Zugriff auf die Dienste und Anwendungen des Landes und des Bundes.

Im Zentrum dieser Aufgabe steht die systematische, flächendeckende, schnittstellenorientierte und vor allem bedarfsgerechte Aufrüstung von IT-Kapazitäten. Gleichzeitig sind verfassungsrechtliche Vorgaben zur Gewaltenteilung zu beachten. Daher wird im zunehmend digitalisierten Justizwesen eine eigene IT-Infrastruktur aufgebaut, die höchsten Ansprüchen genügen muss. An den Hochschulen wird den oben genannten Anforderungen durch Zusammenarbeit im Bereich der Weiterentwicklung der Verwaltungs-IT begegnet. So können auch dort die hohen Qualitätsanforderungen erfüllt und gleichzeitig an sämtlichen Hochschulen das gesamte Portfolio an Verwaltungs-IT-Diensten genutzt werden.

Die kommunale Ebene spielt im Digitalisierungsprozess eine wichtige und besondere Rolle. Das Land Brandenburg stellt den Landes- und Kommunalbehörden kostenlose, einheitliche und sichere zentrale technische Komponenten zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) bereit. Auch das angebotene elektronische Identitätsmanagement (eID-Service), die elektronische Vergabeplattform des Landes Brandenburg oder ein Landes-serviceportal mit Servicekonten können im erweiterten Sinne als zukünftige Grundlageninfrastruktur verstanden werden.

Ausgewählte Maßnahmen der Landesregierung:

- 1) Bereitsstellung von Landesmitteln zur Schließung der Gesamtfinanzierung zur Bundesbreitbandförderung sowie Begleitung der Gebietskörperschaften bei der Umsetzung (Maßnahme 002).
- 2) Errichtung von bis zu 32 zusätzlichen Funkmasten für den Digitalfunk BOS, die von den Mobilfunkunternehmen mitgenutzt werden können. Darüber hinaus werden brandenburgische Bewerber beim Wettbewerb des Bundes im Rahmen der 5x5G-Strategie unterstützt.
- 3) Ausstattung von öffentlichen Standorten, Landesliegenschaften und kommunalen Liegenschaften sowie kommunalen sowie touristisch relevanten, öffentlichen Standorten mit insgesamt rund 1.200 WLAN-Hotspots, die ab Mitte 2019 sukzessiv in Betrieb gehen und deren finanzielle Absicherung für einen fünfjährigen Betrieb gewährleistet wird (Maßnahme 004).
- 4) Bereitstellung kostenloser, einheitlicher und sicherer zentraler technischer Komponenten zur Umsetzung des OZG für die Landes- und Kommunalbehörden (Maßnahme 005).

b. Lernen und Digitalkompetenz für Brandenburgs Zukunft

Ziele der Landesregierung:

- Digitalkompetenz stärken und digitale Souveränität schaffen,
- Kinder und Jugendliche rechtzeitig für die digitale Lebenswelt fitmachen,
- Bildungserfolge mithilfe digitaler Lehr- und Lernformate und innovativer Pädagogik verstärken,
- Medienkompetenz als Basis für den beruflichen Werdegang und den privaten Alltag fördern,
- alle Bildungseinrichtungen auf den digitalen Wandel einstellen,
- Open Access an Bildungsinstitutionen verankern,
- Weiterbildung und lebenslanges Lernen stärken,
- Digitale Medien in der Aus-, Fort- und Weiterbildung nutzen.

Das Handlungsfeld:

Digitalkompetenz

Digitalkompetenzen sind der Schlüssel dafür, sich souverän in einer digitalisierten Welt bewegen zu können. Hiermit ist weit mehr als die rein technische Kompetenz zur Bedienung von Endgeräten gemeint. Klassische Kulturtechniken des (lebenslangen) Wissenserwerbs, der kritischen Informationsbewertung, der Wissenssicherung und -vermittlung müssen in die digitale Zeit überführt werden. Dies stellt die tradierten Bildungssysteme vor gewaltige Herausforderungen.

Der schnelle technologische Wandel und kurze Innovationszyklen in der digitalen Welt machen lebenslanges Lernen für jede Bürgerin und jeden Bürger aller Altersgruppen unabdingbar. Das Ziel der Landesregierung ist es, alle Bildungseinrichtungen – ob Schule, Hochschule, in der Jugendarbeit, Bibliothek, Berufsschule und überbetriebliche Ausbildungsstätten der Kammern, Volkshochschule, Museum, Bildungsträger – auf die Themenfelder der Digitalisierung einzustellen, um so die Bürgerinnen und Bürger des Landes zu digitaler Souveränität zu führen. Digitalisierung muss in allen Bildungsbereichen – von der Kindertagesstätte bis zu Weiterbildungsangeboten – mitgedacht und umgesetzt werden. Für den schulischen Bereich ist die Qualifizierung der Lehrkräfte von zentraler Bedeutung. Hier ist die intelligente Kombination von realer und virtueller Qualifizierung (Blended Learning) ein richtungsweisender Ansatz. Hinzu kommen neuartige Konzepte zur Länderzusammenarbeit im Kontext der Umsetzung der KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“. Parallel dazu muss die praktische Umsetzung im Unterricht erfolgen, um die Schülerinnen und Schüler auf die aktuellen Anforderungen vorzubereiten.

Digitale Bildung / Bildung in der digitalen Welt

Die Debatte um digitale Bildung im Bereich der allgemeinbildenden Schulen wird noch zu oft auf technische Ausstattung beschränkt. Dabei macht z. B. eine interaktive Tafel alleine noch keinen guten Unterricht. Vielmehr können die Instrumente der Digitalisierung dazu beitragen, Pädagogik zeitgemäßer und individueller zu gestalten. Klar ist: Der Mensch steht in der digitalen Bildung im Mittelpunkt und die technische Ausstattung wird stets auf der Grundlage pädagogischer Gesichtspunkte als Hilfsmittel ausgewählt.

Die Bildungsakteure stehen vor der Herausforderung, dass die Bildungsinhalte unübersichtlicher werden. Das Wissen der Welt wächst exponentiell, Techniken und Anwendungen durchlaufen extrem kurze Innovationszyklen. Andererseits war es auch nie einfacher, individueller und intuitiver, Zugänge zu Bildungsinhalten zu bekommen. Fast alles lässt sich heute in Bruchteilen von Sekunden mit einem Smartphone von überall her abrufen. Die Landesregierung versteht dies als Chance, mit den richtigen Kompetenzen schließlich Bildung und Wissen zu demokratisieren. So wird mit digitaler Bildung eine umfassende Teilhabe und Orientierung in der digitalen Welt ermöglicht.

Die Landesregierung setzt auf diverse Instrumente für die Bildung der Zukunft: Digitale Medien, Bildungsplattformen wie die Schul-Cloud und Online-Kurse sind Hilfsmittel, die barrierefreie Bildungszugänge sowie das gemeinsame Lernen mit unterschiedlichen Bildungszielen im Sinne eines inklusiven ganzheitlichen und gleichzeitig individuell-bedarfsgerechten Bildungssystems voranbringen können. Die Beteiligung brandenburgischer Schulen am Pilotprojekt des Hasso-Plattner-Instituts zur Schul-Cloud ist hier richtungsweisend.

Digitale Bildung ist für alle Altersstufen relevant. Kinder und Jugendliche kommen immer früher mit digitalen Anwendungen in Kontakt und müssen umso früher digitale Kompetenzen entwickeln. Digitale Instrumente können (mit entsprechender pädagogischer Begleitung) helfen, altersspezifische Entwicklungsaufgaben und die notwendige Identitätsarbeit der jungen Generationen zu unterstützen.

Im Bereich der außerschulischen Jugendbildung wird Jugendlichen Teilhabe an und Orientierung in der digitalen Welt ermöglicht. Neue mediengestützte Kommunikationsformen und Mediatisierung prägen ihre Lebenswelten und verändern den Rahmen, in dem Jugendliche ihre altersspezifischen Entwicklungsaufgaben und ihre Identitätsarbeit vollziehen. Der Förderung der technischen Ausstattung von Jugendfreizeiteinrichtungen und den Jugendinformations- und Medienzentren (JIM) kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Die digitale Bildung der nachwachsenden Generationen kann nur mit entsprechend ausgebildetem Fachpersonal gelingen. Hier legt die Landesregierung in Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Schulbildung und den ausbildenden Hochschulen höchsten Wert auf die Qualifizierung der Lehr- und Fachkräfte. Nur so können Kinder und Jugendliche frühzeitig auf die Anforderungen der Berufswelt vorbereitet werden und bereits mit Besuch der ersten Bildungseinrichtung eine umfassende Medien- und Digitalkompetenz erwerben. Darüber hinaus bedeutet der Einsatz digitaler Lehr- und Lernformen in der schulischen Bildung, stärker auf individuelle Lernwege und Geschwindigkeiten eingehen zu können und die Teilhabe an der Informationsgewinnung sicherzustellen.

Lebenslanges Lernen Erwachsener ermöglicht eine stetige Fortsetzung der digitalen Bildung. Die Digitalisierung fordert von den Bürgerinnen und Bürgern kontinuierlich neue Kompetenzen und Aktualisierung des bestehenden Wissens ein. Angebote zur digitalen Bildung in der Weiterbildung leisten hier einen entscheidenden Beitrag. Für Menschen, die die Schule bereits lange verlassen haben, legt Weiterbildung auch die Grundlagen der digitalen Bildung. Insbesondere in einem Flächenland ist die Erprobung und Nutzung digitaler Medien und Formate in der Aus-, Fort- und Weiterbildung sinnvoll (wie zum Beispiel Blended Learning oder Webinare).

Digitale Berufsbildung

Im Zuge der digitalen Transformation verändern sich die Anforderungen an die notwendigen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse von Fachkräften. Diese Entwicklung muss sich bereits in der Ausbildung niederschlagen, damit die angehenden Fachkräfte in die Lage versetzt werden, aktuelle und zukünftige berufliche Situationen erfolgreich zu bewältigen. Die Lehrkräfte an den Lernorten Ausbildungsbetrieb und „Überbetriebliche Ausbildungsstätte“ (ÜBA) sowie bei Bildungsträgern nehmen dabei für die Wissens- und Kompetenzvermittlung eine Schlüsselrolle ein, damit Lernen auch unternehmensspezifisch und in realen betrieblichen Arbeits- und Produktionsprozessen möglich wird. Das Ausbildungspersonal ist gefragt, wenn es darum geht, mögliche Folgen der Digitalisierung zu erkennen und den dazu notwendigen Qualifizierungsbedarf zu identifizieren. Es muss den Lernprozess im Betrieb begleiten und fördern, ganz besonders unter Berücksichtigung von neuen Anforderungen und digitalen Kompetenzen. Entsprechende digitale Lern- und Lehrmethoden sind an den verschiedenen Lernorten (Berufsschule, Ausbildungsstätte, Ausbildungsbetrieb) zu entwickeln und einzusetzen sowie das (betriebliche) Lehrpersonal entsprechend zu qualifizieren. Mithilfe von Zusatzqualifizierungen können kurzfristig wichtige digitale Kompetenzen in der dualen Ausbildung vermittelt werden und Auszubildende in den verschiedenen Berufsbildern fit für die digitale Arbeitswelt machen.

Digitale Hochschulen

Das Thema digitale Transformation ist auch in den Hochschulen längst zu einer Schlüsselfrage geworden. Die beteiligten Akteure widmen sich bereits seit geraumer Zeit mit entsprechenden Methoden und Konzepten der digitalen Zukunft. Die Landesregierung ist der Auffassung, dass durch eine didaktisch zielgerichtete Ausweitung des Einsatzes digitaler Lehr- und Lernformate neuen Zielgruppen der Zugang zu akademischer Bildung ermöglicht wird. Die Lehre kann auf individuelle Lernbedingungen und -geschwindigkeiten abgestimmt werden und es eröffnen sich neue Möglichkeiten der Kompetenzvermittlung für eine digitalisierte Lebens- und Arbeitswelt. Digitale Lehr- und Lernformen intensivieren darüber hinaus den Austausch und die Vernetzung untereinander, so dass die Kooperations- und Innovationskultur der Studierenden frühzeitig geweckt oder gestärkt wird.

Auch in der Forschung wird mit den Mitteln der Digitalisierung die Leistungsfähigkeit der Brandenburgischen Hochschulen erhöht und ihnen zudem zu einer größeren Sichtbarkeit verholfen. Mit der Erarbeitung einer Open-Access-Strategie wird eine landesweite Basis zur Förderung von Open-Access-Publikationen geschaffen. Dies ermöglicht einen ortsunabhängigen – globalen – Zugang zu digitalen Forschungsergebnissen und Publikationen.

Brandenburgs Landesregierung wird zusammen mit der Bildungs- und Lehrlandschaft konkrete Modelle und Plattformen schaffen, die der digitalen Bildung im Gesamtzusammenhang gerecht werden. Neben der digitalen Aus-, Fort- und Weiterbildung wird es miteinander verzahnte Bildungsplattformen geben, die dafür sorgen, dass Bildung und Kompetenzerwerb höchsten Standards der digitalen Welt genügen kann.

Ausgewählte Maßnahmen der Landesregierung:

- 1) Schaffung einer „Digitalen Bildungsplattform Schul-Cloud“, um mit einer offenen digitalen Bildungsmedieninfrastruktur Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler beim Lehren und Lernen zu unterstützen (Maßnahme 022).
- 2) Fächerübergreifende Integration von Medienbildung in den Unterricht. Mit den Mitteln aus dem „medienfit“-Programm soll die Qualität des Unterrichts nachhaltig gesteigert werden (Maßnahme 021).
- 3) Förderung der Prozessbegleitung Duale Ausbildung digital. Mit den Mitteln sollen Bildungsträger und das Ausbildungspersonal für die betrieblichen Digitalisierungsanforderungen qualifiziert werden, um die berufliche Ausbildungsqualität zu sichern (Maßnahme 094).
- 4) Vermittlung von digitalen Kompetenzen durch Zusatzqualifizierung in der dualen Berufsausbildung im Rahmen der Richtlinie qualifizierten Ausbildung im Verbundsystem (Maßnahme 093).
- 5) Förderung der Brandenburger Hochschulen als Innovationsmotoren und Ausbilder von digitalen Pionieren in neuen Studiengängen wie Digital Health, Data Engineering, Cyber Security oder eBusiness. (Maßnahme 070)
- 6) Unterstützung von E-Learning-Konzepten an den Hochschulen sowie Open-Access-Literatur (Maßnahme 039).

c. Digitalen Wandel in Wirtschaft und Arbeit unterstützen

Ziele der Landesregierung:

- Transformation der Wirtschaft branchenspezifisch und zum Vorteil für die Metropolregion Brandenburg nutzen,
- Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft intensivieren,
- Vorreiterrolle in der digitalen Forst- und Landwirtschaft ausbauen,
- Digitale Gesundheitswirtschaft ausbauen,
- Transformation der digitalen Arbeitswelt im Sinne „Guter Arbeit“ ausgestalten,
- Fachkräfte bilden, halten und gewinnen und auf die Anforderungen in einer digitalen Arbeitswelt vorbereiten,
- Berufliche Weiterbildung stärken,
- Verbesserung der digitalen Kompetenzen der Beschäftigten der Landesverwaltung.

Das Handlungsfeld:

Wirtschaft 4.0

Die Wirtschaft entwickelt sich unaufhaltsam und in allen Teilbereichen zur Wirtschaft 4.0. Vernetzte Daten, Produktions- und Vertriebswege berühren inzwischen auch den kleinsten Einzelhandels- oder Handwerksbetrieb. Die digitale Transformation führt im Ergebnis sowohl zu evolutionären als auch disruptiven Veränderungen in den Märkten und bringt gleichzeitig neue Leistungen, Produkte und Geschäftsmodelle hervor. Bestehende Wertschöpfungsstrukturen werden aufgebrochen und neue geschaffen. Sowohl in Prozessveränderungen als auch in der Produktvielfalt zeigt sich deutlich die Innovationskraft der Digitalisierung. Gleichzeitig besteht sehr hoher Anpassungsdruck, mit den Entwicklungen der Zeit schritthalten zu müssen, um nicht vom Markt verdrängt zu werden.

Die Landesregierung sieht in der Summe in diesen Entwicklungen herausragende Wachstums- und Modernisierungschancen für das Land. Sie wird die brandenburgische Wirtschaft beim Übergang in die Wirtschaft 4.0 aktiv unterstützen. Insbesondere die kleinteiligen Strukturen der Brandenburgischen Wirtschaft erfordern koordinierte und gemeinschaftliche Anstrengungen. Gleichzeitig kann eine sehr dezentrale kleinteilige Struktur von Vorteil sein, wenn es darum geht, Innovationen auszuprobieren und schnell Veränderungen umzusetzen. Gleichzeitig fehlt kleinen (und stark ausgelasteten) Wirtschaftseinheiten oft die Kapazität, sich strukturiert mit Veränderungsprozessen auseinanderzusetzen. Hier ist gute externe Beratung nötig, die schon seit Jahren von unterschiedlichen Akteuren geleistet wird und die in den kommenden Jahren weiter ausgebaut und konsolidiert werden muss. Die Landesregierung unterstützt moderne Formen der innovativen Zusammenarbeit von Unternehmen, wie z. B. in Coworking Spaces, im Rahmen des Bund-Länderprogramms „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW).

Die Landesregierung setzt in der digitalen Wirtschaftspolitik stark auf die Metropolregion Berlin-Brandenburg als regionales Innovationsökosystem und wird spezifisch brandenburgische Akzente einbringen. Für die Zukunft strebt die Landesregierung prozessstützende Beschlüsse für die Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Berlin an. Sie wird die interministerielle Zusammenarbeit sowie in die Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsfördergesellschaften als Träger der Clustermanagements intensivieren. Dieser Prozess ist partizipativ unter Beteiligung von Unternehmen, Netzwerken, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Sozialpartnern (Kammern, Gewerkschaften und Unternehmensverbänden) angelegt.

Innovationskultur

Eine gute digitale Zukunft in der Wirtschaftspolitik ist nur durch eine wachsende Innovationskultur im Land Brandenburg möglich. Hierfür wird die Landesregierung in die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft intensivieren. Alle Hochschulen in Brandenburg und diverse außeruniversitäre Forschungseinrichtungen verfügen über herausragende Fachexpertise zu unterschiedlichen Aspekten der Digitalisierung. Diese Expertise wird bestmöglich und bedarfsgerecht mit den brandenburgischen Unternehmen verknüpft, um in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation zu anderen deutschen Regionen aufzuholen. Dieser strukturierte Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wird auch in der Zusammenarbeit mit Berlin eine große Rolle spielen.

Insbesondere das Berliner Erfolgsmodell des „Einstein Center Digital Future“ zur Bündelung von Kompetenzen und Schaffung neuer Digitalisierungsprofessuren in nennenswerter Zahl soll hierbei als Muster dienen. Analog zu diesem Modell sollen Anreize geschaffen werden, um Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sowie private Unternehmen zur gemeinsamen Förderung von Forschung zusammen zu bringen, bereits bestehende Kompetenzen zu vernetzen und die Forschungsergebnisse in einer Weise aufzubereiten, dass sie in die Breite der Brandenburger Wirtschaft übertragen werden können. Die Themenfelder dieser Forschungsförderung werden den zunehmend interdisziplinären Bedarf aufgreifen. Somit soll die Basis geschaffen werden, um Brandenburgs Wirtschaft beispielsweise in den Themenfeldern Smart Cities, Smart Mobility, Digitale Diagnostik oder Künstliche Intelligenz bestmöglich zu unterstützen.

Es ist klar, dass auch sehr bewährte Strukturen vor dem Hintergrund des digitalen Wandels immer wieder hinterfragt und angepasst werden müssen. Die Landesregierung wird daher mögliche Cross-Cluster-Potenziale zwischen den Branchen identifizieren, um die Entstehung von Zukunftsmärkten und Innovationen zu fördern. Dies geschieht unter Beteiligung der Clusterakteure, aber auch gemeinsam mit den Transferstellen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie den Kompetenzzentren für Digitalisierung. Dabei wird die Landesregierung stets den Markt und aktuelle Trends im Blick behalten, Transparenz zwischen den verschiedenen Kompetenzen schaffen und in einem aktiven Beteiligungsprozess die Unternehmen einbeziehen.

Die Digitalisierung betrifft die Wirtschaftsbereiche auf unterschiedliche Weise. Gleichwohl lassen sich weder globale Entwicklungen noch Fortschritt aufhalten. Die Landesregierung nimmt aber die Sorgen der einzelnen Branchen sehr ernst und wird, wo nötig, spezifische Hilfen für den digitalen Strukturwandel bereitstellen. Gleichzeitig sollen starke Akteure gestärkt und Digitalpionieren zu überregionaler Strahlkraft verholfen werden.

Startups / Gründungen

Die Landesregierung unterstützt Gründungen und das Wachstum der Startup-Unternehmen durch die Bereitstellung von Wagnis- und Beteiligungskapital. Die eingerichteten Finanzierungsinstrumente begleiten junge innovative Unternehmen durch die Stärkung der Eigenkapitalbasis. In der Startup-Phase und bei der ersten Anschlussfinanzierung können Darlehen ohne Sicherheiten bis zu 25.000 Euro über den Mikrokredit bereitgestellt werden. Mit dem Frühphasenfonds zielt die Landesregierung auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Startup-Unternehmen mit einer innovativen oder technologischen Ausrichtung durch Stärkung und Sicherung der Eigenkapitalausstattung. Je nach Kapitalbedarf und Liquiditätssituation der jungen Unternehmen erfolgen offene Beteiligungen in Kombination mit Nachrangdarlehen bis zu 1,2 Millionen Euro. Eine Beteiligung privater Koinvestoren ist in dieser ersten Unternehmensphase nicht erforderlich. In der Wachstums- und Erweiterungsphase mit höherem Kapitalbedarf werden insbesondere Investitionen in Technologie- und Produktentwicklung sowie in das Wachstum von Unternehmen über offene Beteiligungen und beteiligungsähnliche Investitionen (u. a. Nachrangdarlehen) bis zu 3,9 Millionen Euro finanziert. Insbesondere bei Digitalen Startups ist „time to the market“ der kritische Erfolgsfaktor. Zur schnellen Skalierung des Geschäftsmodells bestehen regelmäßige höhere Kapitalbedarfe, die derzeit durch Fremdkapital mitfinanzierender Banken und/oder über die Bereitstellung von privatem Wagniskapital nicht befriedigt werden.

Die durch die Landesregierung eingerichteten Finanzierungsinstrumente bei der ILB zielen daher darauf ab, junge innovative Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase durch die Bereitstellung eines staatlichen Finanzierungsinstrumentariums zu unterstützen und zu begleiten. Die bestehenden Angebotslücken am Kapitalmarkt werden durch diese Finanzierungsinstrumente gezielt durch Bereitstellung von öffentlichem Wagnis- und Beteiligungskapital adressiert. In der Wachstumsphase hebeln die öffentlichen Fördermittel zudem regelmäßig Kapital privater Investoren.

In der Medienwirtschaft, traditionell ein starker Innovationstreiber, kommen Start-ups eine wichtige Rolle bei der digitalen Transformation zu, weshalb auf der Entwicklung innovativer Geschäftsideen, deren Betreuung und Finanzierung in Brandenburg ein besonderer Fokus liegt (siehe z. B. „MediaTech Lab“). Insbesondere im Zentrum der Brandenburger Medienwirtschaft, der Medienstadt Babelsberg, sind zudem weitere Initiativen zur Stärkung der Ansiedlungsaktivitäten sowie die Verwendung bestehender und neu entstehender Büroflächen für Coworking-Zwecke geplant.

Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

Die Landesregierung sieht besonders großes Potenzial in der bereits stark innovativen und digitalisierten Land- und Forstwirtschaft, die mit ökologischer Verantwortung nicht nur ökonomische Stärke, sondern auch kulturelles Kapital des Landes darstellt. Gerade deshalb ist die Weiterentwicklung und laufende Modernisierung dieser Wirtschaftszweige ein wichtiges Anliegen der Landesregierung. Darin einbezogen werden auch digital integrierte Wertschöpfungsketten, insbesondere in der Agrar- und Ernährungswirtschaft, die eine weiterhin positive Entwicklung der verbundenen Betriebe erwarten lässt. Sie wird die Unternehmen beim Aufbau von digitalen Anwendungen für die betriebliche Optimierung und ressourcenschonenderen Bewirtschaftung sowie zum Schutz der natürlichen Umwelt unterstützen. Der Einsatz neuester Drohnen-, Mess- und Sensortechnik zur Verbesserung der Erträge, zum Schutz von Natur und Umwelt, zur Einhaltung von Standards und Umweltauflagen sowie zur Abwehr von Gefahren (Waldbrände, Schädlinge) muss bedarfsgerecht ausgeweitet werden. Auch wasserwirtschaftliche Daten werden derzeit bereits in einem fachübergreifenden Informationssystem dargestellt. Im Bereich des Gewässerschutzes und Hochwasserschutzes wird die Erfassung und Darstellung relevanter Daten verbessert. Hierdurch erhält die interessierte Öffentlichkeit die Möglichkeit, sich umfassend und unkompliziert über wasserwirtschaftliche Gegebenheiten zu informieren. Die Bereitstellung der Daten für Zulassungsbehörden wird die Verfahren vereinfachen und beschleunigen.

Brandenburg hat nicht zuletzt auch aufgrund der Vernetzung mit einer starken Forschungslandschaft die realistische Chance, in der digitalen Forst- und Landwirtschaft überregionalen und internationalen Vorbildstatus zu erlangen. Hierfür muss jedoch auch Sorge getragen werden, dass innovative Entwicklungen schnell flächendeckend bekannt gemacht und genutzt werden können. Dazu beitragen kann eine verbesserte Kompatibilität von Arbeitsmaschinen und Anbaugeräten unterschiedlicher Hersteller.

Der Wandel der land- und forstwirtschaftlichen Berufsbilder ist bereits weit vorangeschritten und zeigt, dass Tradition und Innovation kein Widerspruch sind. Dennoch sind auch weiterhin Anstrengungen notwendig, die Qualifikationen und Weiterbildungen zu ermöglichen und insbesondere die Datenverarbeitungskompetenzen zu stärken.

Weitere Branchen

Auch in weiteren Branchen sollen Digitalisierungsprozesse unterstützt werden:

- Die Gesundheitswirtschaft in Brandenburg ist ein Jobmotor im Land, wie das ungebremsste Wachstum der Beschäftigtenzahlen nachdrücklich belegt. Sie zeichnet sich durch eine starke Versorgungslandschaft sowie ein breites Spektrum unterschiedlicher Produktions- und Dienstleistungsprozesse aus. Digital unterstützte Gesundheitsdienstleistungen werden von der Landesregierung in Kooperation mit dem Cluster Gesundheitswirtschaft intensiv zum Wohle aller Brandenburger Patientinnen und Patienten und Nutzen der Unternehmen vorangetrieben. Die Landesregierung setzt daher in diesem Bereich auf Innovationen. Es werden neue Wertschöpfungs- und Versorgungsketten identifiziert, deren Umsetzung im Land erprobt und die Rahmenbedingungen für deren Realisierung aufgezeigt.
- Für die Bauwirtschaft wird die Vereinfachung und Beschleunigung von Verfahren sowie von digitalen Planungs- und Bauprozessen angestrebt, um eine ressourcenschonende und effiziente Abwicklung von Bauvorhaben zu ermöglichen.
- Brandenburg will weiterhin überregional als Medienstandort präsent sein und die interdisziplinäre Vernetzung verschiedener Fachbereiche in der Medienwirtschaft vorantreiben. Potsdam wurde bereits 2017 beim „Digital Hub“-Wettbewerb des Bundeswirtschaftsministeriums als „MediaTech Hub Potsdam“ ausgezeichnet und ist damit unter den zwölf bundesweiten Digital Hubs der einzige Standort mit dem Schwerpunkt Medientechnologien. Auf Basis der am Standort gewachsenen Bewegtbild- und IT-Kompetenz werden neue digitale Verfahren der Datenverarbeitung, -verwertung und Medienproduktion entwickelt und umgesetzt. Der MediaTech Hub Potsdam bündelt dazu Innovationen von Digital Media und Digital Engineering und erschließt mit diesen Innovationen auch neue Kundensegmente über die Grenzen der Medienwirtschaft hinaus, z. B. im Industriebereich. Daneben verstehen sich das Innovationscluster „Volumetric Capture Studio Babelsberg“ und das vom Bundesforschungsministerium geförderte Forschungsprojekt „dwerft2“ als Teil des MediaTech Hub Potsdam und spiegeln damit die Breite der Aktivitäten in Potsdam wider. Zukünftige Aktivitäten setzen den Schwerpunkt vermehrt auf die Entwicklung, Betreuung und Finanzierung von Jungunternehmen mit medientechnologischer Ausrichtung.
- Zur Stärkung der brandenburgischen Tourismuswirtschaft ist die Landesregierung bestrebt, die digitale Kompetenz der beteiligten Akteure zu festigen, die inhaltliche und technologische Qualität der digitalen Kommunikation weiterzuentwickeln und relevante Gästeinformationen über digitale Zugangspunkte und Medien verfügbar zu machen. Digitale Technologien vermögen Innovationsprozesse zwischen dem Tourismus und anderen Branchen zu erzeugen, z. B. als Grundlage für intermodale Mobilitätslösungen oder für intelligentes Kundenbeziehungsmanagement.
- Brandenburg sieht die Notwendigkeit, Digitalisierungsprozesse bereits bei der Gründung von Unternehmen unabhängig von der Branche zu implementieren und wird dies in seinen Beratungsstrukturen berücksichtigen.

Gute Arbeit in der digitalen Welt

Wirtschaftskraft, Dienstleistungs- und Verwaltungsqualität hängen von den Menschen ab, die ihre Arbeitskraft hierfür aufbringen. Es ist klar: Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aller Branchen nachhaltig. Berufsfelder, Tätigkeitsanforderungen und Berufswege werden einem starken Wandel unterliegen. Mit der Veränderung von Berufsbildern gehen sowohl Chancen wie auch Risiken einher. Einige traditionelle Berufe werden sich stark modernisieren, andere Berufe eventuell an Bedeutung verlieren und neue Berufe werden entstehen und dies auf allen Qualifikationsebenen. Gegenwärtig ist davon auszugehen,

dass sich mittelfristig Verluste und Zuwächse an Arbeitsplätzen auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt die Waage halten werden. Allgemeingültig ist bereits heute die Aussage, dass sich innerhalb des Berufslebens ein erheblicher Lern- und Wissensbedarf für jeden Beschäftigten ergibt, welcher ein ständiges Weiterlernen erfordert. Eine gut organisierte Weiterbildung und Qualifizierung bietet daher eine gute Perspektive mit diesem Veränderungsprozess erfolgreich umzugehen.

Digitalisierung bietet zudem große Chancen für hochindividualisiertes Arbeiten, ausgerichtet an Ortsunabhängigkeit, flexibler Arbeitszeit, maximaler Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Barrierefreiheit u. v. m. Gleichzeitig drohen Entgrenzung, Überforderung, Anpassungsdruck, Aushöhlung von Arbeitsstandards und digitales Dienstleistungsprekariat. Arbeiten in digitalen Zeiten erfordert ein gutes Ausbalancieren zwischen mehr Flexibilität, Eigenständigkeit sowie hoher Verdichtung und permanenter Erreichbarkeit. Um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor negativen Folgen (Entgrenzung und Überforderung) dieses Prozesses zu schützen und mögliche Selbstbestimmungswünsche in Einklang mit betrieblichen Flexibilisierungswünschen zu bringen, sind tarifliche und betriebliche Vereinbarungen der bestmögliche Weg.

Stand in Brandenburg lange Zeit vor allem die hohe Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt, wird dieses Problem inzwischen vom Thema Fachkräftengpässen verdrängt. Neben den ohnehin schon nachwuchssuchenden Branchen zeichnet sich im Zuge der Digitalisierung vor allem bei den wissensintensiven Dienstleistungen ein stark steigender Fachkräftebedarf ab.

Digitalisierung ist nicht mit Automatisierung zu verwechseln. Während Automatisierung in der Tat große Fragen mit Blick auf Rationalisierungen aufwirft, soll Digitalisierung durch vernetzte, individualisierte und vereinfachte Arbeitsabläufe den Faktor Mensch in der Arbeit stärken. Die Landesregierung stellt den menschlichen Beitrag der Wertschöpfung auch in der digitalen Welt in den Vordergrund. Digitalisierung sollte als Arbeitsunterstützung verstanden werden, die Kapazitäten freimacht für die wirklichen Talente des Menschen gegenüber den Maschinen: Kommunikation, sozialer Umgang, analysieren und bewerten, kreativ sein.

Die Landesregierung bekennt sich ausdrücklich zu den Werten von „Guter Arbeit“ und wird diese in die digitale Arbeitswelt überführen. Gemeinsames Ziel aller Arbeitsmarktakteure ist eine hohe Attraktivität der Beschäftigung in Brandenburg. Dies trägt zu einem hohen Beschäftigungsstand sowie zur Sicherung des betrieblichen Bedarfs an Arbeits- und Fachkräften bei. Hierfür werden Prozesse der Mitbestimmung und lern- und gesundheitsförderliche Arbeitsumgebungen für Beschäftigte geschaffen und die Sozialpartnerschaft in Brandenburg gestärkt. Die Innovationspotenziale digitaler Technologien können nur genutzt werden, wenn auch das soziale Umfeld einbezogen und entsprechende Änderungen in der Prozess- bzw. Arbeitsorganisation, z. B. für die bessere Vereinbarkeit Beruf und Privatleben, vorgenommen werden.

Weiterbildung in digitalen Zeiten

Der Kompetenzbedarf in der Arbeitswelt der Zukunft wird enorm wachsen. Das Weiterbildungsengagement von Betrieben und Beschäftigten ist in Brandenburg traditionell hoch und muss auch im Zuge der Digitalisierung gehalten werden. Zudem wird die Landesregierung die Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen von Arbeitslosen fördern, da sie ein wichtiges Potenzial in Zeiten von Arbeits- und Fachkräftengpässen darstellen.

Der digitale Veränderungsprozess der Arbeitswelt wird die Berufsbiografien der Erwerbstätigen wesentlich prägen und erfordert ein größeres Weiterbildungsengagement als in der Vergangenheit. Daher ist die Entwicklung einer lebensbegleitenden Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit (BA) auch im Land Brandenburg wichtig. Neben der individuellen Perspektive von Weiterbildungsbedarfen steht der betriebliche Bedarf an digitalen Kompetenzen der Beschäftigten ebenso im Blickpunkt. Aus Sicht der Betriebe müssen entsprechende Qualifikationen und Kompetenzen vorhanden sein, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und hoch innovativ zu sein.

Neben technischer Expertise gewinnen Prozesswissen, Interdisziplinarität, Kommunikations-Know-how und die Fähigkeit zum eigenverantwortlichen Handeln an Bedeutung. Die umfassende WFBB-Studie „Arbeit 4.0 in Bran-

denburg“ hat dies 2018 nachdrücklich belegt. Technische Fähigkeiten allein reichen nicht aus, um digitale Prozesse erfolgreich steuern zu können.

„Learning by Doing“ und „Learning on the Job“ gewinnen mit zunehmender Digitalisierung an Bedeutung, Arbeits- und Lernprozesse verschmelzen zunehmend. In Brandenburg sind die Strukturen der beruflichen und betrieblichen Weiterbildung überdurchschnittlich gut ausgeprägt. Diese Strukturstärke ist im Hinblick auf die spezifischen Herausforderungen der Digitalisierung zu nutzen und weiter auszubauen. Hoher Bedarf besteht an adäquaten Inhalten, Methoden und Formaten, die zudem der Kombination von Arbeiten und Lernen im Betrieb für alle Beschäftigten Rechnung tragen. Diese Aufgabe obliegt in erster Linie den Weiterbildungsanbietern im Land. Die Landesregierung setzt sich gegenüber dem Bund für eine (bundesseitige) Unterstützung bei der Qualifizierung des Bildungspersonals sowie von (ebenfalls bundesseitigen) notwendigen Investitionen in die technische, digitale Ausstattung der Bildungsdienstleister ein und fördert die berufliche und betriebliche Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen der Weiterbildungsrichtlinie.

Ausgewählte Maßnahmen der Landesregierung:

- 1) Förderung der KMU im Rahmen der Förderrichtlinie „Brandenburgischer Innovationsgutschein“ (BIG Digital) zur Vorbereitung und Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen im eigenen Unternehmen sowie bei der Qualifizierung des eigenen Personals. (Maßnahme 052).
- 2) Schaffung von zentralen Anlaufstellen für kleine und mittelständische brandenburgische Unternehmen, Einführung von Digitalisierungs-Lotsen in allen drei Bezirken der Industrie- und Handelskammern in enger Kooperation mit den Handwerkskammern (Maßnahme 050).
- 3) Förderung der Produktion innovativer und interaktiver audiovisueller Inhalte wie z. B. Games, Transmedia oder Virtual Reality durch das Medienboard Förderprogramm (Maßnahme 083).
- 4) Weiterentwicklung der zentralen touristischen Datenbanken im „ContentNetzwerk Brandenburg“ (Maßnahme 090).
- 5) Gründungen digitaler, innovativer Unternehmen werden durch das Projekt „Innovationen brauchen Mut“ (IbM) unterstützt, indem sie individuelle und spezifische Beratung sowie Qualifizierung und individuelles und spezifisches Coaching erhalten (Maßnahme 062).
- 6) Entwicklung gezielter Aus- und Fortbildungsangebote, um Vorbehalte gegenüber neuen Digitallösungen zu begegnen. Aufbau eines übergreifenden Stellenportals für Bewerber in Agrarausbildungsbetriebe (Maßnahme 056).
- 7) Nutzung von Transferstellen an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie der Clustermanagements für den Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft/Forschung. Außerdem Fortführung und Neuaufbau von speziell ausgerichteten Kompetenzzentren (Maßnahme 068).
- 8) Etablierung eines „Regionalen Zukunftszentrums“ zur Gestaltung des digitalen Wandels in der Arbeitswelt im Sinne Guter Arbeit (Maßnahme 064).
- 9) Unterstützung von beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen zur Umsetzung der Digitalisierung und Fachkräftesicherung in den Brandenburger Betrieben und Branchen im Rahmen der Weiterbildungsrichtlinie (Maßnahme 091).

d. Attraktives Leben in Brandenburg

Ziele der Landesregierung:

- Digitale Technologien für funktionsfähige und attraktive Städte nutzen,
- den ländlichen Raum besonders von der Digitalisierung profitieren lassen,
- den öffentlichen Nahverkehr durch verbesserte Verbindungsauskünfte und digitale Vertriebsformen attraktiver gestalten
- den Verkehr sicherer machen und Distanzen überwinden durch neue, intelligente Mobilität,
- neue Arbeits-, Lebens- und Wohnformen und eine moderne Familienpolitik fördern,
- digitale Maßnahmen zur medizinischen Versorgung und Pflege ausbauen,
- das Kulturerbe und kulturelles Leben digital erschließen und vermitteln,
- das filmkulturelle Erbe digital erschließen.

Das Handlungsfeld:

Attraktive Städte und ländlicher Raum

Lebensqualität für Bürgerinnen und Bürger geht weit über die private Situation des Einzelnen hinaus. Auch ein attraktives Umfeld für Wohnen, Arbeiten und Freizeitgestaltung spielt dafür eine wichtige Rolle. Stadtstrukturen, die Gestaltung von Innenstädten sowie das Angebot von Infrastrukturen und der Daseinsvorsorge, wie beispielsweise des ÖPNV, bestimmen maßgeblich die Attraktivität und Lebensqualität innerhalb von Städten.

Die tiefgreifende Auswirkung der Digitalisierung auf den Lebensalltag der Menschen wird auch unsere Städte, Dörfer und Siedlungen strukturell, baulich und funktional verändern. Die digitale Transformation von Städten und Quartieren macht sich bereits jetzt bemerkbar, z. B. durch die Auswirkungen des Online-Handels auf den stationären Einzelhandel in den Innenstädten und den innerörtlichen Lieferverkehr. Durch die Digitalisierung werden aber auch neue Angebote entstehen, wie z. B. Coworking-Spaces oder ein intelligentes Parkraummanagement.

Die Digitalisierung bietet die große Chance, Veränderungen, die durch sie ausgelöst oder angestoßen werden können, zu nutzen, um die Attraktivität, Lebensqualität und Innovationskraft von Städten und Dörfern zu steigern. Auf Basis einer integrierten Stadtentwicklungsplanung können dadurch beispielsweise ganze Stadtteile ressourcenschonend, CO₂-arm, generationsgerecht und demografiefest weiterentwickelt werden. Auch Innenstädte als Identifikationspunkte sowie deren Funktion für die Stadt können gestärkt werden. Mittels digitaler Technologie können außerdem räumlich bedingte Restriktionen abgeschwächt und z. B. Zugänge zu Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungsbereich oder der Verwaltung verbessert werden. Durch die Digitalisierung kann somit die funktionale Verschränkung von Stadt und Umland verbessert und die Funktion von Städten als Anker im Raum gestärkt werden.

Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass sich die digitale Transformation innerhalb von Brandenburger Städten und Quartieren am Gemeinwohlinteresse ausrichtet und einen Beitrag zu lebenswerten und attraktiven Städten sowie nachhaltigen und generationsgerechten Stadtstrukturen leistet.

Die Digitalstrategie für das Land Brandenburg ist auch eine Strategie für den ländlichen Raum. Der ländliche Raum kann insbesondere von der Digitalisierung profitieren. Dafür wird die Landesregierung die Weichen entsprechend stellen. Die sozialen Bezugsräume in Brandenburg sehen sehr unterschiedlich aus – von einzelnen Höfen, Dörfern, Kleinstädten bis hin zu den Mittelzentren und kreisfreien Städten sowie den unmittelbaren Berliner Umlandgemeinden. Hinzu kommen starke demografische und wanderungsbedingte Veränderungs- und Verdichtungsprozesse. Für alle Lebensräume in Brandenburg gilt, dass gleichwertige Lebensbedingungen auch in der digitalen Welt ermöglicht werden müssen. Daseinsvorsorge muss in der digitalen Zeit neu ausgefüllt werden. Entsprechend bedarfsorientiert und gleichzeitig vernetzt müssen die Antworten der Landesregierung auf die Entwicklungen der Lebensräume sein.

Brandenburg bietet durch seine Natur und seine freien Räume für viele Menschen einen Rückzugs- und Erholungsort, aber auch Inspiration für neue Ideen. Der ländliche Raum gewinnt stärker an Bedeutung und wird dementsprechend gerade für junge Generationen auch als Wohn- und Arbeitsort zunehmend attraktiv. Der ländliche Raum ist jedoch naturgemäß geprägt von großen Entfernungen. Gerade in schnelllebigen digitalen Zeiten ist der Aufwand für Pendelstrecken zur Arbeit oder für Arztbesuche ein entscheidender Attraktivitätsfaktor. Mobilität spielt daher eine zentrale Rolle für die Zukunftsgestaltung und den Wohlstand einer Region. Das Ziel ist es, mit den Mitteln der Digitalisierung Distanzen in jeder Hinsicht zu überbrücken.

Mobilität

Mobilität von Personen, Waren und Gütern ist eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren unserer arbeitsteiligen Volkswirtschaft. Mobilität ermöglicht es, hochwertige Arbeitsplätze – zunehmend unabhängig vom Wohnort – zu erreichen, erschließt aber auch ein flächendeckend großes Warenangebot oder erlaubt Fernreisen und Tourismus. Die gefühlte Verkleinerung der geografischen Distanzen ist heute selbstverständlich und wird auch in der digitalen Zukunft weiter voranschreiten. Gerade die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg wird auch in Zukunft – als drittgrößter Luftverkehrsstandort Deutschlands und mit einem großen Netz an Fernstraßen, Schienen- und Wasserwegen ausgestattet – von seinen guten regionalen und internationalen Anbindungen profitieren. Die Digitalisierung wird sowohl im Individualverkehr als auch im Logistikbereich hilfreich sein, um für bedarfsgerechte Auslastungen und neuartige Anwendungen zu sorgen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass Verkehr auf der Straße, der Schiene, in der Luft- und in der Schifffahrt auch erhebliche ökologische, soziale und ökonomische Belastungen verursacht – etwa durch Luftschadstoffemissionen, Lärm oder durch Verkehrsstaus und Unfälle. Prognosen zufolge muss auch künftig von einer weiteren Zunahme des Verkehrs ausgegangen werden. Damit die verkehrlichen Belastungen für Menschen, Umwelt und Klima nicht weiter ansteigen, tritt die Landesregierung für eine digital unterstützte Verkehrswende ein, hin zu einem System, in dem die meisten Wege komfortabel mit Bahn, Bus, dem Fahrrad oder zu Fuß zurückgelegt werden können.

Die Digitalisierung soll nicht nur bei der Vernetzung der Verkehrsangebote mithilfe verbesserter, durchgängiger Fahrplanauskünfte, sondern darüber hinaus auch über innovative Mobilitätsangebote dazu beitragen, die verkehrlichen Belastungen für Mensch und Umwelt dauerhaft zu reduzieren. Gleichzeitig können neuartige Angebote, wie der digitale Vertrieb (elektronisches Ticket, Handyticket) die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs steigern.

Der Verkehr wird sich nicht nur in den Städten, sondern auch in den ländlichen Räumen im Zuge neuer Technologien der Digitalisierung stark verändern. Im Bereich der Mobilität und des Verkehrs bietet die Digitalisierung dem Land Brandenburg ganz besondere Chancen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, zur Verringerung von negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit sowie zur Steigerung der Leistungsfähigkeit und Qualität der öffentlichen Verkehrsangebote. Die Landesregierung begleitet die Digitalisierung der Mobilität und des Verkehrs aktiv und schafft so den Rahmen für die Mobilität der Zukunft. Im Einklang mit der „Mobilitätsstrategie Brandenburg 2030“ unterstützt die Landesregierung eine intelligente und vernetzte Mobilität für Personen, Waren sowie Güter durch die Planung, Begleitung und Umsetzung digitaler Lösungen.

Durch starke gesellschaftliche Veränderungsprozesse auch in Bezug auf das Mobilitätsverhalten (Mobilität „teilen statt besitzen“), die neuen Möglichkeiten einer vernetzten Kommunikation und die zunehmende Berücksichtigung individueller Mobilitätswünsche über digitale Helfer werden neue, flexiblere und bedarfsgerechte Verkehrsangebote möglich und auch notwendig. Flexible, nutzerorientierte Lösungen über mobile Apps oder Online-Plattformen setzen sich hierbei vermehrt durch.

Selbststeuernde (autonome) Fahrzeuge und eine intelligente Verkehrssteuerung mittels feinteiliger Verkehrsdaten und komplexer Berechnungsalgorithmen können ebenfalls einen Beitrag leisten, um die bestehende Situation

im ÖPNV sowie im Individualverkehr in bedeutsamer Art und Weise zu verändern. Dies ist auch eine Chance für eine verbesserte Anbindung des ländlichen Raums. In einem innovativen Pilotvorhaben soll beispielsweise im Landkreis Ostprignitz-Ruppin ein selbstfahrender Kleinbus in einem etwa zweijährigen Probebetrieb getestet werden. Er soll dort als Zubringer zum bisherigen öffentlichen Personennahverkehr dienen. Damit soll die Feinverteilung im ländlichen Raum mittels neuartiger Betriebsformen erprobt werden. Im Testzeitraum wird der Bus allerdings noch von einem menschlichen und gut ausgebildeten Operator überwacht werden.

Auch im luft-, wasser- und landseitigen Güter- und Warenverkehr wird die Digitalisierung zu einem neuen Wettbewerb der Güterverkehrswege und Warenverkehrssysteme mit veränderten Lieferketten und deutlich verkürzten Lieferzeiten führen. Um künftig einen ressourcenschonenden, aber auch lärm- und emissionsarmen Güter- und Warenverkehr zu ermöglichen, müssen die heutigen Logistikketten von Grund auf überprüft und an die neuen Möglichkeiten angepasst werden, die sich durch die Digitalisierung ergeben. Brandenburg möchte hierbei auch die zahlreichen Wasserstraßen im Blick behalten. Ein Beispiel dafür ist die Digitalisierung der Wasserstraßenlogistik. An der Spree-Oder-Wasserstraße in Brandenburg möchte der Bund zukünftig das deutschlandweit erste digitale Testfeld für die Binnenschifffahrt errichten. Unternehmen sollen dort künftig intelligent vernetzte Schubverbandsysteme oder hochautomatisierte Binnenschiffe testen können.

Gesundheit und Pflege

Die Vorzüge der Brandenburger Lebensräume hängen auch von der flächendeckenden medizinischen Versorgung und Pflege ab. Große Entfernungen erschweren häufig den Zugang zur Gesundheitsversorgung. Ein einfacher und attraktiver Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen kommt allen Generationen zugute, die in Brandenburg leben oder zukünftig leben werden.

Die digitale Transformation im Gesundheitswesen ist bereits im vollen Gange, Telemedizin und andere E-Health-Anwendungen im Gebrauch. Produkte, Arbeitsprozesse, Ressourcen sowie Personal- und Qualifizierungsbedarfe wandeln sich in allen Subbranchen der industriellen Gesundheitswirtschaft (z. B. Medizintechnik und Diagnostik) durch den Einzug digitaler Innovationen. Zeitgleich verändern sich sämtliche Arbeitsprozesse der an der Versorgung Beteiligten und erfordern u. a. neuartige Wertschöpfungsnetzwerke. Hierdurch können Arbeitsabläufe so gestaltet werden, dass z. B. durch vernetzte und automatisierte Dokumentation im besten Falle mehr Zeit für die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten bleibt.

Gerade in ländlich strukturierten Flächenländern wie Brandenburg kann die Versorgung in Zukunft nur durch die enge Verzahnung der verschiedenen Sektoren der Versorgung (Prävention, ambulante und stationäre Versorgung, Nachsorge, Pflege und Rehabilitation) gesichert werden. In diesem Zusammenhang gibt es hohe Informations- und Kommunikationsbedarfe, die ohne die möglichst rasche Nutzung digitaler Vernetzungen nicht zu bewältigen sind.

Um die rasante Entwicklung technischer und medizinischer Innovationen für die Versorgung und Pflege der Menschen in Brandenburg besser zu nutzen, wird der Einsatz digital unterstützter Gesundheitsdienstleistungen durch die Landesregierung in Kooperation insbesondere mit dem Cluster Gesundheitswirtschaft, Kommunen und Landkreise sowie der Kostenträger intensiv unterstützt. Ziel ist die gleichwertige Versorgung in allen Teilen des Landes.

Die Landesregierung stellt sich der herausragenden Aufgabe, die pflegerische Versorgung in den kommenden Jahren sicherzustellen. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird in den nächsten Jahren deutlich anwachsen. Auch digitale Innovationen können zur Bewältigung dieser Aufgabe heute und in Zukunft beitragen. Ziel ist es, die Chancen zu nutzen, die moderne Technik für das selbstbestimmte Leben Älterer und für die Pflege bietet.

Digitale Anwendungen, wie Notrufsysteme, Mobilitätshilfen und Sensortechnik, machen das Wohnen in den eigenen vier Wänden sicherer, unterstützen die selbständige Lebensführung älterer und pflegebedürftiger Menschen und erleichtern die Arbeit von Angehörigen und professionellen Pflegekräften. In Pflegeheimen können digitale

Unterstützungssysteme von Routinearbeit, z. B. bei der Pflegedokumentation, entlasten und zu einer Verbesserung der Versorgung beitragen. Ethische und sicherheitsrelevante Aspekte dürfen dabei nicht ausgeklammert werden. Notwendig sind eine offene Abwägung der Chancen und Risiken und eine Orientierung des Einsatzes von digitalen Anwendungen an den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen und der Pflegenden.

Die Landesregierung unterstützt den Erfahrungsaustausch über die praktische Anwendung und künftige Einsatzmöglichkeiten der digitalen Technik. Die aktive Beteiligung von Pflegepraxis und Pflegewissenschaften an der Technikentwicklung und -einführung sind wesentliche Elemente für die erfolgreiche Gestaltung des Digitalisierungsprozesses in der Pflege. Der Landespflegeausschuss hat das Thema Digitalisierung als Schwerpunkt in seine Arbeitsplanung aufgenommen. Durch die Digitalisierung werden sich die Anforderungen an Pflegekräfte sowie die Organisationsformen in der Pflege verändern. Diesem Wandel soll in der Aus- und Weiterbildung der Pflegeberufe Rechnung getragen werden.

Insbesondere die gemeinsame Digital Engineering Fakultät (DEF) des Hasso-Plattner-Instituts (HPI) und der Universität Potsdam hat sich zum Ziel gesetzt, mit ihrem Studienangebot den Herausforderungen der Digitalisierung im Gesundheitssektor zu begegnen. Im Zuge dessen werden ab dem Wintersemester 2018/19 Spezialistinnen und Spezialisten für Digital Health ausgebildet, die an der Schnittstelle zwischen IT, Informatik und Medizin die Veränderungen durch die fortschreitende Digitalisierung in der Medizin und im Gesundheitswesen analysieren und passfähige IT-Systeme konzipieren und implementieren können.

Familien, Kinder und Senioren

Familienpolitik ist eines der wichtigsten Zukunftsfelder in Brandenburg. Familien sind für die meisten Menschen der Lebensmittelpunkt. Hier übernehmen Menschen füreinander dauerhaft Verantwortung, wachsen Kinder auf und werden Angehörige gepflegt. Die Landesregierung unterstützt seit langem über das Familien- und Kinderpolitische Programm mit seinem Maßnahmenpaket familiengerechte Infrastrukturen, gute Bildungsangebote von frühester Kindheit an sowie eine fundierte Information der Eltern für ein gutes und gesundes Aufwachsen der Kinder. Es gilt, dieses Engagement kontinuierlich im Sinne einer familienfreundlichen Lebenswirklichkeit im Land weiter voranzubringen.

Die aus der digitalen Entwicklung erwachsenden Potenziale für das selbstbestimmte familiäre Zusammenleben und die gesellschaftliche Teilhabe können hierfür neue Impulse setzen. Handlungsleitend für die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure muss es dabei sein, die mit der Digitalisierung der Gesellschaft einhergehenden Chancen bezogen auf Familien bestmöglich nutzbar zu machen und die Risiken bezogen auf den Schutz der Privatsphäre und den Kinder- und Jugendschutz zu minimieren. Dazu gehört, das notwendige Verständnis bei den Familienmitgliedern für alle Aspekte rund um die Digitalisierung zu stärken, z. B. den sensiblen Umgang mit persönlichen Daten. Hieraus ergeben sich neue Anforderungen an die Bildungsinstitutionen, nicht nur im frühkindlichen Bildungsbereich, im Schulalltag oder in der Erwachsenenbildung. Auch die Familienbildung ist gefordert, sich der Vermittlung von Medienkompetenzen in Richtung der Eltern, aber auch der Großeltern zuzuwenden.

Bei der Nutzung digitaler Angebote zeigt sich, dass Eltern einen großen Informationsbedarf zu Fragen in Abhängigkeit von ihrer konkreten Lebenssituation haben. Oftmals ist damit eine Lotsenfunktion verbunden, um unterstützende Angebote vor Ort für weitergehende Beratungsbedarfe kontaktieren zu können. Die durchgängige elektronische Antragstellung staatlicher Leistungen für Familien ist z. B. ein wichtiger Folgeschritt, mit dem Familien erheblich entlastet werden können, da sie den oftmals bestehenden Zeitstress reduzieren helfen. Gerade in einem Flächenland wie Brandenburg können dadurch erhebliche Wege- und Wartezeiten eingespart werden.

Die Nutzung neuer Medien kann zu einer stärkeren Partizipation an Informationen und Beratung führen. Da die neuen Medien grundsätzlich für alle offen sind und die Familien sie vom eigenen Wohnzimmer aus bedienen können, ist ihre Nutzung niedrighwelliger als ein Weg zu einer Behörde und einer Beratungseinrichtung. Auch

die Teilnahme am Gesellschaftsleben und politischen Beteiligungsprozessen kann durch digitale Beteiligungsformen für Familien, Senioren, Kindern und Jugendlichen verbessert werden, da all diese Gruppen ihre Interessen auf diese Weise besser mit einbringen können. Die Themen reichen von Kinder- und Jugendmedienschutz, Daten-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz, Förderung von Medienerziehung in den Familien, politische Bildung für alle Familienmitglieder, Förderung von Toleranz und Verständigung sowie Gleichstellung und gesellschaftlichen Teilhabe von Frauen. Auch auf diesem Weg bietet die Digitalisierung große Potenziale zur Verbesserung des Familienlebens.

Digitale Technik bietet auch älteren Menschen Chancen für die Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens und für eine aktive gesellschaftliche Teilhabe. Um Seniorinnen und Senioren den Zugang zu neuen technischen Möglichkeiten zu erleichtern und ihnen einen sicheren Umgang mit digitaler Technik zu ermöglichen, bedarf es altersgerechter Bildungsangebote. In den Seniorenpolitischen Leitlinien der Landesregierung wird diese Herausforderung angesichts der fortschreitenden Digitalisierung bereits als ein wichtiges Element des lebenslangen Lernens berücksichtigt. Dabei spielen Fragen zur Nutzung und Bedienung neuer digitaler Medien eine zentrale Rolle. Viele Seniorinnen und Senioren nutzen das Internet und auch Smartphones, um zu kommunizieren oder um sich zu informieren. Da sich die Entwicklung abzeichnet, dass private und auch öffentliche Dienstleistungen zunehmend online angeboten werden, müssen auch ältere Menschen diese Angebote wahrnehmen können. Entsprechende Aufklärung und Schulung können der Sorge entgegenwirken, dass ältere Menschen den Anschluss an die Digitalisierung verpassen und von den Vorteilen der neuen Technik ausgeschlossen werden. Seniorinnen und Senioren benötigen darüber hinaus auch zuverlässige Informationen über Chancen und Risiken des Einsatzes digitaler Technik für mehr Sicherheit in der eigenen Wohnung – viele der in den Medien bekannt gemachten Systeme befinden sich noch im Entwicklungsstadium.

Jugend und Sport

Junge Menschen gehen vollkommen selbstverständlich mit unterschiedlichen digitalen Medien, Technologien und Werkzeugen um. Sie nutzen den digitalen Fortschritt zur Informationsgewinnung, Unterhaltung und Freizeitgestaltung, zur Verbesserung der persönlichen, kulturellen und beruflichen Fähigkeiten und Kompetenzen, zur Vernetzung und Kommunikation mit anderen, aber auch für die eigene Meinungsäußerung, für Kreativität, für die Verwirklichung eigener Rechte und einer aktiven Bürgerschaft.

Gleichzeitig braucht es pädagogische Angebote, die sowohl die Möglichkeiten des digitalen Wandels wie z. B. die Aneignung digitaler Lebenswelten, Informationsgewinnung, soziale Kommunikation als auch die gefährdenden Elemente wie z. B. die Gefährdung der Privatsphäre erkennen helfen und junge Menschen dagegen stark machen. Junge Menschen sollen erfahren, dass der Schutz der Rechte eines Jeden ein grundlegendes Prinzip des gesellschaftlichen Zusammenlebens darstellt.

Die Entwicklung der digitalen Bildung in der Jugendarbeit baut auf dem aktiven Engagement der jungen Menschen und der alltäglichen Präsenz digitaler Medien in ihrem Leben auf, damit sie ihre bereits vorhandenen digitalen Kompetenzen bestmöglich einbringen und weiterentwickeln können, während sie gleichzeitig von der Unterstützung durch ihre jeweilige Gruppe profitieren.

Dabei werden sie von den derzeit 18 im Land existierenden Jugendinformations- und Medienzentren (JIM) unterstützt. Die JIM entwickeln sich zu regionalen Kompetenzzentren der Medienbildung, deren Aufgabe es ist sowohl größer angelegte Angebote der medienpädagogischen Bildung anzubieten, als auch Projekte der Jugendbildung in Kooperation mit örtlich ansässigen Schulen zu realisieren. Das führt zu einer weiteren Verstärkung und Verstärkung der Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit im Bereich der Medienpädagogik.

Digitalisierung und Sport sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Bildung im Sport und durch Sport greift auch auf Digitales Lernen zurück, schließt den Erwerb entsprechender Kompetenzen mit ein. Motorische Entwicklung kann aber nicht durch digitales Lernen ersetzt werden.

Die Digitalisierung im Sport ermöglicht interessante Entwicklungen in vielen Bereichen des alltäglichen Sporttreibens, des Spitzen- und Breitensports. Im Leistungssport kann z. B. die digitale Vernetzung von Körper- und Leistungsdaten heute über Siege entscheiden. Auch im Breitensport schreitet die Digitalisierung ebenso mit vielseitigen Angeboten voran. Im Schulsport ist die Digitalisierung ebenfalls klarer Bestandteil. Bewegungslernen lässt sich in einem reflexiven Modus mit Digitalisierung sehr gut verknüpfen.

Eine schnellere und umfangreichere Verfügbarkeit zu Sportangeboten und damit auch eine optimierte Gesundheitsversorgung, aber auch ein sicherheits- und gesundheitsfördernder Führungsstil, sind mit Hilfe digitaler Medien alltäglich geworden.

Abwechslungsreicherer Zuschauersport durch neue Übertragungstechniken erhöht die Attraktivität des Sports in den Medien. Der virtuelle E-Sport, also der sportliche Wettkampf zwischen Menschen mit der Hilfe von Computerspielen, wird stark zunehmen. Das geht einher mit einer Neuorientierung der traditionellen autonomen Sportsysteme, globale Internetunternehmen werden auch den Sport prägen.

Heimat und Kultur

Zur Attraktivität eines Landes gehört neben vielen anderen Dingen auch die Möglichkeit zur Identifikation. Moderne Heimat wird nicht zuletzt durch eine vielfältige, aber eigenständige Kultur geprägt. Damit ist sowohl Alltags-, Regional- als auch Hochkultur gemeint, an der Brandenburg seit Jahrhunderten ausgesprochen reich ist.

Die Digitalisierung ermöglicht völlig neue Formen des Zugangs zur Kultur und der kulturellen Teilhabe. Kultureinrichtungen müssen am digitalen Strukturwandel erfolgreich teilhaben, nur so werden sie auch in Zukunft in der digitalen Welt wahrgenommen. Und nur so gewinnen die kulturellen Orte im Land ein neues, junges Publikum und binden gleichzeitig das bisherige weiterhin an sich.

Die Digitalisierung schafft die einzigartige Möglichkeit, das wertvolle, kulturelle Erbe Brandenburgs einer breiten Öffentlichkeit online zugänglich zu machen und unsere Kulturgüter auch für nachfolgende Generationen dauerhaft zu sichern. Viele dieser Schätze lagern in Archiven, Bibliotheken, Denkmalämtern, Gedenkstätten, Museen. Sie müssen verstärkt digital erschlossen, gesichert und präsentiert werden. Darüber hinaus müssen kleine und große Kulturinstitutionen die Chance erhalten, sich zu modernen Kulturbetrieben zu entwickeln, die ihre bislang rein analogen Inhalte und Angebote durch digitale ergänzen. Diese Form der Vermittlung ist ein zusätzliches Instrument der Teilhabe am kulturellen Leben. Sie trägt dazu bei, kulturelle Veranstaltungsstätten sowie Orte der kulturellen Bildung digital sichtbar zu machen.

Digitale Angebote und Inhalte bieten die Chance, einen deutlichen Mehrwert gegenüber der analogen Vermittlung darzustellen – sowohl für die Besucherinnen und Besucher als auch für die Institutionen. Die Kulturlandschaft in Brandenburg muss sich auf neue Ansprüche und Erwartungen zunehmend digitalisierter Besucherinnen und Besucher einstellen. Der digitale Transformationsprozess erfordert jedoch zwingend, dass die kulturellen Einrichtungen des Landes mit der entsprechenden technischen Infrastruktur, mit ausgebildetem Fachpersonal und mit ausreichend finanziellen Kapazitäten ausgestattet werden.

Zusammenfassend gilt: Zukunft wird vor Ort gemacht. Um das Ziel gerechter und attraktiver Lebensräume zu verwirklichen, bedarf es der aktivierenden und unterstützenden Dialoge, der Vernetzung und des Erfahrungsaustausches mit und zwischen den Städten, Landkreisen und Kommunen sowie der zielgerichteten Öffentlichkeitsarbeit und der Förderung von ausgewählten Pilotvorhaben.

[Ausgewählte Maßnahmen der Landesregierung:](#)

- 1) Ausweitung des Online-Angebotes „Wohn- und Mobilitätskostenrechner“ (WoMoKo). (Maßnahme 096).
- 2) Einführung des elektronischen Tickets als Chipkarte im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) für besseren Kundenservice und Ressourceneinsatz (Maßnahme 097).
- 3) Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs durch die drahtlose Internetnutzung (WLAN) in allen Zügen des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV). Der Zugang zu digitalen Anwendungen während der Nutzung von Verkehrswegen unterstützt so Pendlerinnen und Pendler und schafft die Voraussetzung für mobile und flexible Arbeitsmodelle (Maßnahme 103).
- 4) Senkung des CO₂-Ausstoßes im Verkehr durch bessere Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsangebote des Umweltverbundes durch multimodale Mobilität bzw. durch ein datenbasiertes und nachhaltiges Mobilitäts- und Verkehrsmanagement (Maßnahme 104). Errichtung einer modernen Radstätte zur interaktiven Informationsvermittlung (Maßnahme 096) und konstruktive Lösungen für eine nachhaltige und digitale Stadtentwicklung (Maßnahme 115).
- 5) Einrichtung einer Digitalisierungspauschale für Krankenhäuser, um Herausforderungen wie Schutz vor Cyberangriffen sowie Einrichtung und Betrieb telemedizinischer Versorgungslösungen zu gewährleisten (Maßnahme 118). Außerdem Förderung eines Vermittlungsportals für freiberuflich tätige Hebammen und freiberuflich tätige Heilmittelerbringer (Maßnahme 120).
- 6) Einführung des Elterngeld Digital: Online-Antragstellung für die Eltern ermöglichen und durch elektronische Antragsdatenübermittlung die Elterngeldstellen entlasten. Ziel ist ein digitaler, papierloser Antrag, der Eltern die Antragstellung erleichtert und die Aufgabenwahrnehmung in der Fachverwaltung unterstützt (Maßnahme 136).
- 7) Weiterentwicklung des Familien- und Kinderpolitischen Programms / Maßnahmenpaktes der Landesregierung mit dem neuen Schwerpunktthema „Auswirkungen der Digitalisierung auf Familien“ (Arbeitstitel, Maßnahme 137).
- 8) Sicherung und Präsentation des kulturellen Erbes und des Kulturgutes: In der Kombination aus materieller Bestandserhaltung, Digitalisierung und digitaler Archivierung des kulturellen Erbes wird Kulturgut für nachfolgende Generationen dauerhaft nutzbar (Maßnahme 128).
- 9) Sicherung des filmkulturellen Erbes durch Digitalisierung, Archivierung und öffentliche Zugänglichmachung der Filmbestände für eine breite öffentliche wie wissenschaftliche Nutzung (Maßnahme 126).

e. Öffentliche Verwaltung modernisieren / Digitale Justiz

Ziele der Landesregierung:

- Aufbau einer digitalen bürger- und mitarbeiterfreundlichen Verwaltung in Land und Kommunen (in Kooperation mit den Kommunen),
- Einführung einer einheitlichen Plattform zur E-Aktenhaltung und E-Zusammenarbeit für eine effizientere Verwaltungsarbeit,
- Prozessoptimierung in allen Verwaltungsbelangen,
- Digitalisierung des Justizwesens,
- Bis 2022 digitale Zugänge zu allen Verwaltungsdienstleistungen schaffen und ein einheitliches Bürgerkonto einführen,
- Open Data zuerst im Geobereich gesetzlich verankern.

Das Handlungsfeld:

Digitale Verwaltungsleistungen

Die Landesregierung sieht das große Potenzial für eine vereinfachte, effizientere und damit bürger- sowie mitarbeiterfreundlichere Verwaltung, das in den Möglichkeiten der Digitalisierung steckt. Grundlage aller Verwaltungsdigitalisierung ist die Prozessoptimierung. Die technische Vernetzung von Daten und Prozessen lässt viele Verwaltungsverfahren der analogen Zeit entweder überflüssig oder anpassungsbedürftig werden. Schnelle Antragsstellung und -bearbeitung ohne lästige Zwischenschritte – idealerweise von zu Hause (oder dem Unternehmen) aus – machen Verwaltung zeitgemäß und für Bürgerinnen und Bürger attraktiver. Der Folgeschritt ist die antragslose Behördenleistung: Er setzt darauf, die Bedürfnisse und Rechtsansprüche der Bürgerinnen und Bürger direkt zu erkennen – z. B. beim Kindergeld – und ohne Antrag direkt umzusetzen. Der Weg in eine digitalisierte Verwaltung ist jedoch ein komplexer Prozess und muss mit allen gebotenen Sicherheitsbedenken und Rücksicht auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besprochen werden. Die Landesregierung wird bis zum Ende des Jahres 2022 alle Verwaltungsleistungen der Öffentlichkeit auch online bereitstellen. Das neue Brandenburgische E-Government-Gesetz leistet im Rahmen der landesgesetzlichen Möglichkeiten einen Beitrag zu rechtlicher Klarheit und zu neuen Organisationsstrukturen. In diesem Zusammenhang finden auch der Beschluss des Landtages „Open Data für Brandenburg“ (DS 6/9857(MD)-B) sowie der Beschluss des Landtages „Qualifizierungsstrategie und Standards für die Umsetzung des E-Government-Gesetzes sichern“ (DS 6/9899-B) Berücksichtigung.

Die Landesregierung setzt auf nutzerfreundliche Anwendungen und wird ihr Online-Angebot weiter ausbauen. Es sollen zügig digitale Assistenzsysteme eingeführt werden, damit die Bürgerinnen und Bürger schneller und sicherer Anträge ausfüllen, Gebühren bezahlen, Formulare anfordern und elektronische Dienstleistungen jeglicher Verwaltungen in Anspruch nehmen können. Auch in Brandenburg wird angestrebt, Bürgerdaten, die eine Verwaltung zur Aufgabenerfüllung benötigt, datenschutzsicher nur einmal öffentlich zu hinterlegen („Servicekonto/Nutzerkonto“). Das ohnehin schon stark digitalisierte brandenburgische Steuerverwaltungswesen, das etwa im Bereich der elektronischen Steuerdatenübermittlungssoftware ELSTER die bundesweite Spitzennutzung ausweist, wird weiterhin in Kooperation mit den anderen Bundesländern an der Spitze der technischen Entwicklung arbeiten, um die Steuerabwicklung für Bürgerinnen und Bürger sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so effizient wie möglich zu gestalten. Gemäß der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) bietet der Zentrale IT-Dienstleister des Landes Brandenburg (ZIT-BB) ein Nutzerkonto für natürliche und perspektivisch auch juristische Personen an. Mit diesem Nutzerkonto können sich zuvor identifizierte Personen gegenüber der öffentlichen Verwaltung (Land und Kommunen) unter Berücksichtigung der notwendigen Vertrauensniveaus sicher authentifizieren. Diese Nutzerkonten werden länderübergreifend einsetzbar sein, der Bund und die Länder gewährleisten die dafür notwendige Interoperabilität.

Verwaltungsmodernisierung

Die Landesregierung legt großen Wert darauf, einheitliche und flächendeckende Verfahren zu entwickeln, die mit optimierten Schnittstellen zu anderen Verwaltungssystemen anschlussfähig sind. Auch die landesverwaltungsin-ternen Systeme sind diesbezüglich noch verbesserungsfähig. Der jüngst erfolgte Beitritt zur „Linie6+“, einem Zusammenschluss von mehreren Bundesländern in dieser Thematik, ist ein sinnvoller Schritt, um Entwicklungsanstrengungen zu bündeln. Das Land stellt den Gemeinden, Ämtern und Gemeindeverbänden die vorhandenen und geplanten IT-Basiskomponenten zur kostenfreien Mitnutzung auf freiwilliger Basis bereit und unterstützt so den Weg der Kommunen in die digitale Zukunft. Ferner wird durch das E-Government-Gesetz ein IT-Rat eingerichtet, in dem die Kommunen gleichberechtigt mit dem Land vertreten sind. Dort soll effizient und konsensual die Verwaltungsmodernisierung von Land und Kommunen vorangetrieben werden.

Um die Arbeit in der Landesverwaltung hoch effizient zu gestalten, wird den Bediensteten der Landesverwaltung Brandenburg eine moderne Plattform zur elektronischen Aktenhaltung, Vorgangsbearbeitung und für neue Formen der Zusammenarbeit zur Verfügung gestellt. Damit sollen Arbeitsprozesse medienbruchfrei und deutlich beschleunigt werden. Durch die mit der System Einführung einhergehende Binnenmodernisierung soll die Wirksamkeit der Verwaltung so nachhaltig verbessert werden, dass von der Wirtschaft und den Bürgern benötigten Verwaltungsleistungen zeitgemäß, hochwertig und schnell auf elektronischem Wege bereitgestellt werden können. Diese Plattform ergänzt spezifische Fachverfahren und tritt subsidiär ein, wenn keine spezifischen Fachverfahren zur Erstellung von Verwaltungsleistungen zur Verfügung stehen oder vorhandene Fachverfahren erst mit der elektronischen Aktenführung vollständig medienbruchfrei arbeiten können.

Polizei

Die Digitalisierung im polizeilichen Bereich orientiert sich an den bundesweiten Rahmenfestlegungen zur Neuausrichtung der polizeilichen Informationsarchitektur und den Leitlinien für ein zeitgemäßes Informationsmanagement. Auf Grundlage der „Saarbrücker Agenda“ und im Rahmen des Programms Polizei 2020 werden alle Landespolizeien sowie das Bundeskriminalamt ihre polizeiliche Informationsarchitektur harmonisieren und eine einheitliche Informationsinfrastruktur etablieren, um vernetzte Polizeiarbeit in Zeiten vernetzter Kriminalität zu ermöglichen. Jeder Polizist soll daher nach Maßgabe der rechtlichen Rahmenbedingungen zu jeder Zeit und überall auf notwendige Informationen Zugriff haben können. Die kontinuierliche Harmonisierung und Vereinheitlichung der polizeilichen Informationsstrukturen und -prozesse ist Voraussetzung für eine effektive Polizeiarbeit und schnelle Anpassungsfähigkeit und für eine digitale, medienbruchfreie Vernetzung der Polizei mit ihren nationalen und internationalen Partnern. Eine Verbesserung des Informationsaustauschs soll dabei insbesondere durch die Bereitstellung eines einheitlichen Verbundsystems mit zentralem Datenhaus der Polizei erzielt werden. Durch modernen Technikeinsatz und schlankere Prozesse werden die Polizistinnen und Polizisten von Routineaufgaben entlastet und können so vor Ort für mehr Sicherheit sorgen.

Daher geht die Digitalisierungsausrichtung der Polizei in einigen Bereichen bewusst über die reinen IT-Felder hinaus, um in einem integrativen Ansatz Potenziale einer ganzheitlichen Entwicklung der Polizei in Brandenburg aufzuzeigen. Sie erfordert eine enge Kooperation besonders zwischen Führung, Organisation, operativen sowie administrativen Bereichen der brandenburgischen Polizei. Dies wird unterstützt durch die gewachseneren Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnik insbesondere im Sinne eines Treibers für innovative Werkzeuge polizeilichen Aufgabenerfüllung, aber auch für die Verwaltungsmodernisierung und Prozessoptimierung.

Open Data

Das Land Brandenburg hat das Ziel, sein Regierungs- und Verwaltungshandeln gegenüber der interessierten Öffentlichkeit, der Wissenschaft, der Wirtschaft und anderen Institutionen transparent zu gestalten und die Möglichkeiten der Teilhabe an Planungs- und Entscheidungsprozessen zu erhöhen. Die regelmäßige Bereitstellung relevanter, strukturierter und maschinenlesbarer Regierungs- und Verwaltungsdaten im Rahmen von Open Data spielt dabei eine zentrale Rolle.

Im Vorgriff auf eine landesweite Open-Data-Initiative soll eine exemplarische Umsetzung von Open Data für die Geoinformationen der Vermessungsverwaltung erfolgen, da in diesem Verwaltungsbereich eine digitale Vorhaltung und Verfügbarkeit der Geobasisinformationen in Portalen und Datenbanken bereits besteht. Die grundsätzlich entgeltfreie Bereitstellung und Nutzung von digitalen Geobasisinformationen und Geofachdaten des Landes Brandenburg (Open Data) und hier insbesondere in Form von webbasierten Geodatendiensten hat eine Unterstützungsfunktion zum Aufbau der Geodateninfrastrukturen für Kommunen, Wirtschaft und darüber hinaus auch für die Bürgerinnen und Bürger. Die hierbei gewonnenen Schlussfolgerungen und Erfahrungen sollen danach für die Umsetzung von fachunabhängigen Open-Data-Lösungen genutzt werden.

Digitale Justiz

Die Justiz stellt sich derzeit und zukünftig ganz erheblichen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung sowohl in der Rechtsprechung als auch in der Verwaltung. Sie betreibt ihre Informationstechnik in eigener Verantwortung, um den verfassungsrechtlich gebotenen Schutz der richterlichen Unabhängigkeit zu gewährleisten.

Mit der Ausweitung des elektronischen Rechtsverkehrs und der Einführung der elektronischen Verfahrensakte will die Landesregierung die Kommunikation zwischen Gerichten, Staatsanwaltschaften, Behörden und den weiteren Verfahrensbeteiligten beschleunigen. Durch den geplanten Austausch strukturierter Daten ist eine Automatisierung von Arbeitsabläufen möglich und die Verfügbarkeit der gerichtlichen und staatsanwaltlichen Akten wird wesentlich erleichtert. Transportwege können entfallen, die Akten sind jederzeit und überall verfügbar.

Die Umsetzung der bundesgesetzlichen Vorgaben zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz bis zum 1. Januar 2026 stellt eine gewaltige Aufgabe dar. Entsprechend sind die Projekte mit höchster Priorität anzugehen und die benötigten Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Um den Anforderungen an eine funktionierende Justiz auf der Basis des Einsatzes digitaler Technik, insbesondere der elektronischen Aktenbearbeitung, gerecht werden zu können, muss sowohl eine höchst verlässliche, leistungsstarke und zukunftsfähige Informationstechnik als auch eine ebensolche Organisation der IT-Betreuung gewährleistet werden. Diese soll im ZenIT, dem Zentralen IT-Dienstleister der Justiz, betrieben werden, der hierfür eingerichtet wurde und derzeit weiter im Aufbau befindlich ist.

Die Landesregierung verfolgt die genannten Ziele in sinnvoller Kooperation mit den anderen Ländern. So werden in der Justiz aktuell große Anstrengungen unternommen, unterschiedliche in den Ländern betriebene Fachverfahren bundesweit zu vereinheitlichen, um den Modernisierungsprozess ressourcensparend und einheitlich voranzubringen. Brandenburg hat sich beispielsweise einem Verwaltungsabkommen angeschlossen, wonach ein bundesweit gemeinsames Fachverfahren für die Gerichte und Staatsanwaltschaften entwickelt und gepflegt werden soll (GeFA). Ziel ist es, einem vermehrten Entwicklungs-, Pflege- und Weiterentwicklungsaufwand in allen Bundesländern zu begegnen, das Kostensenkungspotential der Digitalisierung zu nutzen, da Entwicklungs- und Pflegekosten nur für ein Verfahren anfallen und zugleich die Qualität der Zusammenarbeit innerhalb und mit der Justiz weiter zu verbessern.

Neben der Digitalisierung der staatsanwaltlichen und gerichtlichen Verfahren strebt die Landesregierung weitere Maßnahmen wie etwa die elektronische Grundbuchführung an. Hierdurch soll die Nutzbarkeit des Datenbestands

wesentlich verbessert werden. Ein Datenbankgrundbuch soll eingeführt und die herkömmlichen Verfahren modernisiert werden. Grundbuchinhalte sollen künftig anstelle von Bild oder Fließtext als recherchierbare Einzelinformationen vorgehalten und die logischen Verknüpfungen zwischen den Eintragungsbestandteilen in einer Objektstruktur abgebildet werden. Elektronisch eingehende Anträge sollen dann ohne umfängliche Erfassungen einfach verarbeitet werden können und Fortführungen (z. T. automatisiert) in das Grundbuch übernommen werden.

Die Landesregierung will auch weiterhin den Zugang zum geltenden Recht so bürgerfreundlich wie möglich gestalten. Mit dem System BRAVORS liegt eine vollständige Landesrechtsdatenbank des Landes Brandenburg mit allen Rechts- und Verwaltungsvorschriften und zusätzlicher Änderungshistorie vor, wovon alle Nutzerinnen und Nutzer wie Bürgerinnen und Bürger und Verwaltung profitieren. Diese muss permanent aktualisiert und ausgebaut werden.

Ausgewählte Maßnahmen der Landesregierung:

- 1) Digitalisierung von Anträgen, Anzeigen, Ersuchen und Korrespondenz aller Art mit Bürgern und Wirtschaft: Brandenburg wird die Digitalisierung der Verwaltung vor Ort für jeden Bürger und jede Bürgerin erlebbar machen (Maßnahme 154).
- 2) Monitoring und Kommunikation zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes im Land Brandenburg; Bis zum Ende des Jahres 2022 werden bis zu 600 Verwaltungsleistungen über einen gemeinsamen Portalverbund der Öffentlichkeit digital, unkompliziert und sicher angeboten (Maßnahme 157).
- 3) Digitalisierung von Verwaltungsleistungen in den Bereichen Ein- und Auswanderung (Maßnahme 158).
- 4) Einführung einer behördenübergreifenden Plattform für die Landesverwaltung Brandenburg zur E-Aktenhaltung, behördenübergreifende Vorgangsbearbeitung und der elektronischen Zusammenarbeit in Verwaltungsakten, Projektakten und Gremienakten, ohne dass Dokumente versendet/ausgetauscht werden müssen (Maßnahme 172).
- 5) Einführung und Ausbau der elektronischen Rechnungsstellung (eRechnung): (Maßnahme 174).
- 6) Schnellere und effizientere Bearbeitung von Steuererklärungen durch verbesserte digitale Steuerverwaltung (Maßnahme 175).
- 7) Aufbau einer eigenen IT-Infrastruktur in der Justiz, bei dem Zentralen IT-Dienstleister der Justiz des Landes Brandenburg (ZenIT) (Maßnahme 177).
- 8) Flächendeckende Ausweitung des elektronischen Rechtsverkehrs und Einführung der elektronischen Verfahrensakte (Maßnahme 171).

f. Verbraucherschutz und Datensicherheit auf höchstem Niveau

Ziele der Landesregierung:

Für die Landesregierung sind Verbraucherschutz, Datenschutz und Cybersicherheit wichtige Querschnittsthemen der Digitalisierung.

- Verbraucher- und Datenschutz auch in der digitalen Welt sicherstellen und Verbraucherkompetenz stärken,
- klarstellen, dass Daten den Bürgerinnen und Bürgern und nicht dem Staat oder Unternehmen gehören,
- Daten- und IT-Sicherheit stärken,
- Cyberkriminalität wirksam begegnen.

Das Handlungsfeld:

Verbraucherschutz und Datenschutz

Datenschutz und Verbraucherschutz sind für die Landesregierung ein Grundpfeiler für alle digitalen Entwicklungen. Um die Chancen der Digitalisierung in Brandenburg zu nutzen, werden Verbraucherschutz und Datenschutz stets mitgedacht und in die Prozesse und Planungen einbezogen. Dazu gehören datenschutzfreundliche Voreinstellungen und regelmäßige und langfristige Softwareupdates bei allen digitalen Geräten und Programmen, Datensparsamkeit und Schutz gegen unbefugte Datenverwendung und -weitergabe. Das Land Brandenburg betrachtet den Verbraucherschutz als fachpolitikübergreifende Aufgabe im Digitalisierungsprozess.

Ob bei der Entwicklung von neuen Technologien, der Förderung neuer Geschäftsmodelle oder beim Einsatz von digitalen Geräten in der Medizin und der Pflege oder im Haushalt, die Digitalisierung ist auch mit Herausforderungen für den Verbraucherschutz und den Datenschutz verbunden. Überall im Internet bzw. bei der Nutzung digitaler Geräte hinterlassen Nutzerinnen und Nutzer Daten. Unternehmen sammeln die Daten gezielt, sei es in sozialen Netzwerken, bei der Verwendung einer Suchmaschine oder bei der Nutzung eines smarten Geräts in der Wohnung, um beispielsweise individualisierte Werbung zu schalten. Bürgerinnen und Bürger haben oft keinen Überblick, wer über ihre Daten verfügt und was mit den Daten passiert. Sie können in der digitalen Welt auch auf unseriöse Geschäftsmodelle treffen oder Produkte und Dienstleistungen erwerben, die Verbraucherschutzstandards nicht einhalten oder die schnell veralten, weil Schnittstellen fehlen oder Softwareupdates nicht bereit gestellt werden müssen. Die Digitalisierung bringt zudem neue Geschäftsmodelle und -praktiken hervor, die Verbraucherinnen und Verbrauchern neue Möglichkeiten eröffnen, aber auch ihre Rolle im Markt ändern und somit neue Anforderungen an sie stellen können.

Im Sinne der „Verbraucherpolitischen Strategie“ setzt sich die Landesregierung für faire und sichere Produkte sowie Dienstleistungen, verbraucherfreundliche Märkte und kompetente Verbraucherinnen und Verbraucher ein.

Verbraucherrechte müssen im digitalen Bereich gesichert und fortentwickelt werden, etwa in Bezug auf den Einsatz von verwendeten Algorithmen, z. B. auf Internetplattformen. Durch stetige Beobachtung der Märkte, insbesondere unter Einbeziehung der Verbraucherorganisationen, kann frühzeitig festgestellt werden, wo Verbraucherrechte angepasst oder besser durchgesetzt werden müssen. Auch die Stärkung der Rechtsdurchsetzung zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher, u. a. vor Cyberkriminalität und Betrug im Internet ist ein wichtiges Ziel für das Land. Dies gilt auch für einen konsequenten Datenschutz.

Die Landesregierung setzt zudem auf die Stärkung der digitalen Verbraucherkompetenzen und der Selbstverantwortung. Durch Verbraucherberatung, -information und -bildung unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Verbrauchergruppen sollen Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt werden, sich eigenverantwortlich und kompetent beim Onlineeinkauf oder der Nutzung von digitalen Diensten zu bewegen und etwaige Risiken einschätzen können. Verbraucherberatung, -information und -beratung werden zunehmend mit digitalen Instrumenten realisiert.

Daten- und IT-Sicherheit

Eine digitale Welt von morgen kann nur positiv gestaltet werden, wenn Vertrauen in digitale Angebote und Dienstleistungen besteht. Daten- und IT-Sicherheit ist somit auf allen Ebenen und in allen Anwendungsfeldern von höchster Priorität. Die Landesregierung ist sich dessen bewusst und hat entsprechende Vorkehrungen getroffen.

Die Landesregierung wird eine konsequente Umsetzung der Regelungen zum Datenschutz und zur Datensicherheit in Brandenburg gewährleisten und sich für notwendige gesetzliche Regelungen zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Menschen in allen Bereichen der Digitalisierung einsetzen. Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht Brandenburg kommt als zuständige Behörde für die Überwachung der Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorschriften durch öffentliche und private Stellen im Land Brandenburg eine besondere Bedeutung zu.

Die Akzeptanz und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in neue Technologien und digitale Anwendungen sind die Voraussetzung für den Erfolg der Digitalisierung, nicht nur in den Bereichen Gesundheit und Pflege, sondern auch bei der inneren Sicherheit, neuen Wegen der Mobilität und in der Energiewirtschaft.

Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass Datenschutz und Datensicherheit mit Blick auf die Datenschutzgrundverordnung und andere Regelungen bereits bei der Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen mitgedacht werden und das Bewusstsein für Risiken und den Schutz personenbezogener Daten bei Unternehmen, Behörden und sowie Bürgerinnen und Bürgern geschärft wird.

Die Landesregierung ist sich bewusst, dass sich Fragen zu Dateneigentum und Datenhandel in Verknüpfung mit autonomem Fahren, Pendler-WLAN, Smart-Home u. v. m. neu stellen. Sie wird die Bewertung dieser immer noch neuen Themenfelder vorantreiben und geeignete Maßnahmen prüfen.

Cyber-Security

Die Landesregierung wird das Risiko- und Sicherheitsmanagement der Infrastrukturen weiter ausbauen, um möglichen Gefahren, wie Cyberangriffen zur externen Manipulation von Verkehrsflüssen oder Verkehrsmitteln, begegnen zu können. Der Aufbau entsprechender Sicherheitsmanagementstrukturen im Themengebiet Informationssicherheit/Cybersicherheit erfolgt in enger Kooperation mit dem Bundesamt für Informationssicherheit durch das für IT und IT-Sicherheit zuständige Innenministerium. Dies schließt ausdrücklich den Schutz kritischer Infrastrukturen mit ein.

Ausgewählte Maßnahmen:

- 1) Im Rahmen der Bildungslandschaften unterstützt die Landesregierung eine effektive schulische Verbraucherbildung: Durchführung von gebündelten Aktionen des Arbeitskreises schulische Verbraucherbildung (Maßnahme 186).
- 2) Modellprojekt der Verbraucherzentrale Brandenburg e. V. zur mobilen Beratung im ländlichen Raum im Norden Brandenburgs „E-Verbraucherschutz im Beratungsmobil vor Ort. Das Verbraucherzentrale-Digimobil“ (Maßnahme 185).
- 3) Unterstützung einer Online-Schlichtungsstelle zur niederschweligen und individuellen Rechsdurchsetzung (Maßnahme 188).

g. Demokratie stärken – Medien und Ehrenamt

Ziele der Landesregierung:

- Sicherung von Qualität und Vielfalt in den Medien der digitalen Welt,
- Stärkung des digitalen Journalismus,
- Stärkung einer vielfältigen und lebendigen Zivilgesellschaft in der digitalen Welt.

Das Handlungsfeld:

Qualität und Vielfalt in den Medien

Angesichts von twitternden Präsidenten, der Debatte um „fake news“ und digitalen Ortsvereinen stellt sich die drängende Frage: Wie verändert die Digitalisierung die Demokratie, die Meinungsbildung und das gesellschaftliche Engagement? Wie verändert sich die Demokratie, wenn kleine Interessensgruppen plötzlich stärker in Debatten Gehör finden, wenn sich Ehrenamtliche nicht mehr nur in Vereinen, sondern sporadisch online organisieren?

Die Landesregierung beobachtet die gesellschaftspolitischen Entwicklungen im Zuge der Digitalisierung sehr aufmerksam. Sie will die großen Modernisierungschancen für das demokratische Zusammenleben in Brandenburg nutzen, ohne die damit zusammenhängenden Risiken aus dem Blick zu verlieren. Bürgerinnen und Bürger können sich bereits heute an demokratischen Entscheidungsprozessen beteiligen. Dies wird in Zukunft immer verstärkter auch digital der Fall sein. Neben den regelmäßigen Wahlen bieten Petitionen, Volksbegehren, Bürgerhaushalte und Kontakt- und Beschwerdestellen die Chance, sich einzubringen und zu einem Gesamtstimmungsbild der Bevölkerung beizutragen.

Grundlage für alle Entscheidungen in der Demokratie sind verlässliche Informationen. Die Landesregierung ist sich bewusst, dass Qualität und Vielfalt in den Medien gerade in der digitalen Zeit von höchster Bedeutung sind. Journalistische Medienangebote haben einen hohen gesellschaftlichen Wert und sind eine unbedingte Voraussetzung für eine lebendige Demokratie und das gesellschaftliche Miteinander. Aus diesem Grund ist die Freiheit und Unabhängigkeit von Presse und Rundfunk ein hohes Gut mit Verfassungsrang. Die Landesregierung sorgt dafür, dass diese Freiheit auch unter den Bedingungen des digitalen Wandels gesichert und gestärkt wird. Sie sorgt für die rechtlichen Rahmenbedingungen, damit journalistische Arbeit frei und ungehindert möglich ist. Ziel der Medien- und Rundfunkpolitik ist ein vielfältiges und hochwertiges Medienangebot, das den Menschen ein hohes Maß an gesellschaftlicher Teilhabe ermöglicht. Medien – informierende ebenso wie unterhaltende – reflektieren Werte, gesellschaftliche Diskurse und Lebensgefühle, Verbundenheit und Heimat.

Außerdem strebt die Landesregierung ein Medienrecht an, das die wirtschaftlichen Interessen der Marktteilnehmer ausgleicht, die Entwicklungsmöglichkeit der öffentlich-rechtlichen Medien garantiert und die Interessen und den Schutz der Mediennutzer sichert. Kommerzielle Medienangebote sind überwiegend auf die Refinanzierung durch Werbung angewiesen. Der Werbemarkt ist durch die Digitalisierung größten Verwerfungen ausgesetzt, die nicht nur die Vermarktung von Medieninhalten, sondern auch die Inhalte selbst nachhaltig verändern. Die Sicherung insbesondere der lokalen und regionalen Medienvielfalt auch unter diesen veränderten Marktbedingungen ist ein zentrales medienpolitisches Ziel der Landesregierung.

Das Medienrecht ist für die Medien im digitalen Wandel eine wichtige Rahmensetzung, die die Entwicklung neuer Angebote und neuer Finanzierungsmodelle aber nicht ersetzen kann. Insbesondere lokale und regionale journalistische Medien, die eine zentrale Rolle für die Teilhabe der Menschen am gesellschaftlichen Leben vor Ort spielen, brauchen Antworten auf die Marktlogiken der Digitalwirtschaft. Die großen Skaleneffekte, die der betriebswirtschaftlichen Logik der großen digitalen Plattformunternehmen zu Grunde liegen, lassen sich in kleinen, lokalen Märkten nicht erzielen. Mit dem novellierten Medienstaatsvertrag Berlin-Brandenburg wird die Medienanstalt neue Instrumente der Förderung im lokaljournalistischen Bereich an die Hand bekommen mit dem Ziel, Vielfalt zu sichern und neue lokaljournalistische Angebotsformen zu ermöglichen.

Lokale Information für die Bürger steht auch im Mittelpunkt eines von der Landesregierung geförderten Smart Villiage-Projektes. Mit der Stadt Bad Belzig wurde eine Kooperationsvereinbarung über ein digitales Pilotprojekt für den ländlichen Raum geschlossen. Die Landesregierung fördert die Entwicklung einer Smart Village-App, die nach der Pilotphase in Bad Belzig und in Zusammenarbeit mit dem Städte- und Gemeindebund auch anderen Kommunen zur Verfügung gestellt werden soll. Das Smart Villiage-Projekt will exemplarisch digitale Anwendungen und Dienstleitungen zusammenfassen und erproben mit dem Ziel, Chancen der Digitalisierung im ländlichen Raum zu erschließen. Dabei steht die Idee im Vordergrund, dass sich durch Nutzung digitaler, internetbasierter Anwendungen spezifische Herausforderungen in ländlichen Regionen lösen lassen und dass diese durch Bündelungen Synergien erzeugen. Die App als zentraler Sammelpunkt dieser Angebote soll diese Anwendungen und deren Akzeptanz beim Endnutzer unterstützen. Spezifische Herausforderungen im ländlichen Raum können die Überwindung von Distanzen, die Clusterung von Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, E-Government, E-Health und ambient-assisted-living oder Smart-Mobility sein. Eine zentrale Bedeutung nimmt die Beschaffung und Bereitstellung von lokal relevanter Information und lokaljournalistischen Angeboten ein. Es wird davon ausgegangen, dass das Angebot an aktueller und lokaler Information den zentralen Nutzungsimpuls für die App darstellt und wesentlichen Einfluss auf die Akzeptanz und Nutzungsintensität hat.

Brandenburg wird auch in Zukunft ein starker Medien- und Rundfunkstandort sein. Schon heute bietet Brandenburg Journalisten, Kreativen, Entwicklern, Produzenten und Unternehmen der Medientechnik ein attraktives Umfeld, gut ausgebaute Netzwerke und innovative Arbeitsumgebungen. Lokale, regionale, nationale und internationale Akteure aller Mediengattungen leben, arbeiten und produzieren in Brandenburg.

Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement

Neben freien und unabhängigen Medien braucht eine lebendige Demokratie eine vielfältige und starke Zivilgesellschaft. Die Zahl derer, die sich freiwillig engagieren, nimmt stetig zu. Gleichzeitig verändert sich, wie sich die Menschen organisieren und wofür sie sich einsetzen. Die Mitgliederzahlen großer Traditionsverbände sinken und klassische Organisationsformen müssen überdacht werden. Statt ein Ehrenamt auszuüben und sich dauerhaft an einen Verband zu binden, finden heute viele projektbezogenes Engagement aus aktuellem Anlass attraktiv. Internationale Solidarität auszudrücken, in schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen mitzuwirken oder die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern, z. B. im Bereich Verbraucherschutz, zu vertreten, sind neue Handlungsfelder, die an Bedeutung gewinnen.

Ziel der Engagementpolitik des Landes ist, die Entwicklung hin zu einer vielfältigen und demokratiefördernden Zivilgesellschaft zu stärken. Traditionsreiche Engagementbereiche, wie der Sport oder der Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, haben eine starke regionale Verankerung und eine wichtige Funktion für die Lebensqualität vor Ort. Von der Landesregierung wird das Nebeneinander und Miteinander traditionsreicher und neuer Zielsetzungen und Engagementformen als Ausdruck eines funktionierenden Gemeinwohls betrachtet und gefördert. Engagement in seiner Vielfalt schafft Gemeinsinn, ermöglicht Teilhabe und sorgt für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Auf Basis wissenschaftlicher Untersuchungen des Brandenburger Engagementbereichs und einem engen Austausch mit der Zivilgesellschaft werden nachhaltige politische Leitlinien und Maßnahmen entwickelt.

Die Veränderungen des Engagementfeldes werden von digitalen Technologien mit getragen. Durch sie wird Vernetzung erleichtert, werden räumliche und zeitliche Absprachen flexibilisiert, können Organisationen ihre Anliegen sichtbarer machen, kann Mitbestimmung und Teilhabe verbessert werden. Insbesondere für ländliche Regionen liegt in den digitalen Möglichkeiten eine Chance, Freiwillige zu finden und den Verein durch einen größeren Wirkungskreis am Leben zu erhalten. Beim Online-Volunteering, einer digitalen Form des Engagements, werden unentgeltlich Webseiten und andere Tools erstellt, wird in Tutorials beraten, in Blogs informiert oder es werden Online-Befragungen und -Petitionen oder Crowdsourcing-Kampagnen organisiert. Diese Form des Engagements bietet Beteiligungsformen unabhängig von Ort und Zeit, was zum Beispiel die Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen verbessern kann.

Damit die demokratiefördernden Potenziale des digitalen Wandels sich entfalten können, braucht es Unterstützung. Viele zivilgesellschaftliche Akteure benötigen Hilfe bei den Fragen, wie sie digitale Werkzeuge für sich nutzbar machen können, wie sie Mitstreiter für die eigene Sache finden, wie sie sich gegen digitale Angriffe und Hasskommentare zur Wehr setzen können. Die Landesregierung sorgt für einen engen Austausch und konstruktive Kooperationen mit der Zivilgesellschaft, um gemeinsam den Herausforderungen gerecht werden und ein klares Zeichen gegen antidemokratische Tendenzen setzen zu können. So gilt es, die digitale Souveränität und Kompetenzen von Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen auszubauen, digitale Werkzeuge zur Verfügung zu stellen, Informationen zu den vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten zu verbreiten, die Vernetzung zu fördern und vorbildhafte digitale Engagementprojekte wertzuschätzen und sichtbar zu machen. In diesem Zusammenhang wird die Landesregierung prüfen, mit welchen Instrumenten eine digitale Zivilgesellschaft gegen Hatespeech und für ein demokratisches Miteinander nachhaltig befördert werden kann.

Ausgewählte Maßnahmen der Landesregierung:

- 1) Medienprivileg im Datenschutz sichern: Sicherung der Freiheit der Recherche und Datenverarbeitung zu journalistischen Zwecken (Maßnahme 182).
- 2) Informations- und Weiterbildungsangebote zu Digitalisierung und Ehrenamt: Es werden Angebote (Fachtage, Workshops) entwickelt, die Akteure der Zivilgesellschaft und Ehrenamtliche dabei unterstützen, digitale Souveränität und Kompetenzen auszubauen und die Potenziale des digitalen Wandels besser nutzen zu können. Dabei wird ein Austausch mit dem Landesnetzwerk für bürgerschaftliches Engagement angestrebt, um gemeinsam Bedarfe zu eruieren und Inhalte zu verbreiten (Maßnahme 199).
- 3) Förderung der Smart Village-App Bad Belzig als Pilotprojekt zur Bereitstellung digitaler Angebote speziell im und für den ländlichen Raum. Die App soll das Nutzer-Interface für die verschiedenen digitalen Projekte und Anwendungen sein, die in Bad Belzig erprobt und den Bürgern zur Verfügung gestellt werden. Eine zentrale Bedeutung nimmt die Beschaffung und Bereitstellung von lokal relevanter Information und lokaljournalistischen Angeboten ein (Maßnahme 195).
- 4) Digitale Angebote des Landes weiterentwickeln: Ausgehend vom Online-Portal www.ehrenamt-in-brandenburg.de werden die Online-Angebote und Beteiligungsmöglichkeiten erweitert. Fördermöglichkeiten digitaler Projekte über Lottomittel oder einen Ideenwettbewerb werden geprüft und digital engagierte Ehrenamtliche bei bestehenden Auszeichnungsformaten stärker in den Blick genommen (Maßnahme 202).

III. Der Weg in die digitale Zukunft

Bei der aktiven Gestaltung der digitalen Transformation handelt es sich um eine Daueraufgabe, die weit über die aktuelle Legislaturperiode hinausreicht. Hinzu kommt, dass die Innovationsgeschwindigkeit dazu führt, dass Politik und Gesellschaft immer schneller Antworten auf neue Fragestellungen finden müssen. Gleichzeitig entstehen Vernetzungen zwischen Themenbereichen, die in der Landesregierung bislang eher separat organisiert waren. Um den neuen Geschwindigkeiten Rechnung tragen zu können, müssen organisatorische und kommunikative Vorkehrungen getroffen werden.

Ein zentraler Baustein für die Digitalisierung der Zukunft ist umfangreiche Kommunikation. Sie soll sowohl für eine bedarfsgerechte Ausgestaltung der Digitalisierung für die Bedürfnisse der Brandenburgerinnen und Brandenburger als auch dafür sorgen, dass Ängste und Sorgen rechtzeitig adressiert werden können. Mehr denn je bietet die Digitalisierung die Möglichkeit für Individualität, Partizipation und Transparenz.

Diese Chancen und Notwendigkeiten sollen aktiv angegangen werden. Die nachfolgenden organisatorischen und kommunikativen Ansätze sind eine weiterzuentwickelnde Sammlung von Ideen. Einige Ideen werden bereits umgesetzt, einige müssen noch weiter ausgearbeitet werden.

a. Steuerung und Koordination

Digitalisierung ist eine Zukunfts- und Querschnittsaufgabe für alle Politik- und Lebensfelder. Der Koordination und Vernetzung kommt daher eine zentrale Stellung in der Arbeit der Landesregierung zu. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, bedarf es einer finanziell und personell unteretzten Stabsstelle in der Staatskanzlei, die die digitalpolitischen Maßnahmen der Landesregierung koordiniert und in einen Zusammenhang stellt. So wird sichergestellt, dass die strategischen Zielsetzungen der Ressorts aufeinander abgestimmt sind und effektiv mit anderen Programmen des Landes Brandenburg verknüpft werden.

Die digitalpolitische Aufgabe der Landesregierung wird vor allem darin bestehen, die Umsetzung der Digitalstrategie und ihre kontinuierliche Weiterentwicklung voranzutreiben und zu begleiten. Neue Themen werden hinzukommen. Es wird unter anderem darum gehen, Anreize und Rahmenbedingungen zu schaffen, um maximalen Raum für Ideen und Innovationen zu schaffen. Dazu gehört die Erweiterung rechtlicher Spielräume ebenso wie die Einführung von Experimentierklauseln. Weitere Beispiele sind Koordinierungs- und Beratungsmaßnahmen, die – mit Blick auf die Bedürfnisse der Kommunen – verstärkt werden können.

Um die vielfältigen Digitalisierungsaktivitäten und Projekte auf Landes- und regionaler Ebene miteinander zu verbinden sowie operativ unterstützen zu können, wird eine ressortübergreifende DigitalAgentur Brandenburg etabliert. Diese stellt für die komplexe Querschnittsaufgabe Digitalisierung eine adäquate projektbezogene und dienstleistungsorientierte Unterstützungs- und Umsetzungsstruktur sowie entsprechende Kompetenzen und Informationen bereit. Durch die DigitalAgentur werden regional ausgewogene Unterstützungsangebote installiert und damit eine schnelle und effiziente Erreichbarkeit für die regionalen und lokalen Partner im Land Brandenburg möglich.

Die Landesregierung prüft, ob eine verbesserte Koordination unterschiedlicher Bauträger (Telekommunikation, Abwasser, Energie) umgesetzt werden kann.

Angesichts der teilweise großen Kofinanzierungsaufwände für Fördermittel aus EU und Bund ist weiterhin eine starke digitalpolitische Stimme Brandenburgs sowohl in Berlin als auch in Brüssel notwendig, um die Belastungen für den Landeshaushalt mit Augenmaß auszugestalten.

Diese Arbeit setzt einen kontinuierlichen Austausch zwischen den Ressorts auf allen Ebenen voraus.

Vor diesem Hintergrund gilt es folgende Steuerungselemente fortzusetzen:

- Das Digitalkabinett sollte weiterhin halbjährlich tagen. Dort sollen digitalpolitisch relevante Vorlagen gebündelt beraten werden.
- Die Runde aller Staatssekretärinnen und Staatssekretäre der Landesregierung (Amtschef/innen-Besprechung) soll sich regelmäßig, idealerweise monatlich, mit aktuellen Digitalisierungsthemen befassen.
- Die digitalpolitischen Koordinatorinnen und Koordinatoren der Häuser sollten ihre Arbeit fortsetzen und in einer Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) auch künftig regelmäßig beraten.
- Der Digitalberiat setzt seine Arbeit fort und berät den Ministerpräsidenten in digitalpolitischen Fragen.

Es sollte zudem ein strukturierter Austauschprozess zur digitalen Verschränkung mit dem Nachbarland Berlin angestrebt werden. Eine enge Abstimmung ist angesichts der Verzahnungen in fast allen Politikbereichen essenziell.

b. Kommunikation und Dialog

Wie die digitale Zukunft genau aussieht, ist ungewiss: Die laufenden technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen verändern und erweitern stetig die Anforderungen an die Digitalpolitik. Darum ist es wichtig, in regelmäßigen Fachdialogen der Landesregierung mit Expertinnen und Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft neue Trends aufzunehmen und bestehende Zielsetzungen neu auszurichten.

Eine wichtige Aufgabe der gesamten Landesregierung besteht darin, alle Akteure – von der Politik über die Wirtschaft und Wissenschaft, Verbände, Vereine, Organisationen bis hin zu den Bürgerinnen und Bürgern – in die digitalpolitischen Entwicklungen einzubeziehen. Digitalisierung kann nur gemeinsam und im Dialog vorangebracht werden. Branchengespräche mit Vertreterinnen und Vertretern aller Wirtschaftszweige sowie gesellschaftlichen Akteuren können Plattformen für den Austausch von Informationen, Erwartungen und Erfahrungen in Hinblick auf die Digitalisierung bilden. Auf diese Weise wird nicht nur wertvolles Wissen weitergegeben, sondern es können auch gemeinsame Projekte und Kooperationen initiiert werden.

Im Jahr 2019 wird die Landesregierung den weiteren Digitalisierungsprozess transparent darlegen und so eine hohe Sichtbarkeit und Wahrnehmung erreichen. Das funktioniert z. B. über die Website der Landesregierung zur Digitalpolitik (www.digitalesbb.de) und Social Media (u. a. #digitalesbb) und natürlich auch mittels der klassischen Kommunikationsinstrumente wie eines Newsletters und anderer Publikationen.

Digitalisierung wird am besten greifbar, wenn sie vor Ort passiert. Durch Veranstaltungen im Land kann über die Digitalisierungsstrategie informiert und die Digitalisierung greifbar und erlebbar gemacht werden.

Die Landesregierung prüft hierfür folgende Instrumente:

- Themenspezifische Regionalkonferenzen, die Menschen mit verschiedenen Hintergründen zusammenbringen und dabei helfen, den digitalen Wandel unmittelbar anhand der lokalen Gegebenheiten und Bedürfnisse zu gestalten,
- intensivierte Bürgerbeteiligung, beispielsweise in Form von offenen Innovationsformaten und Wettbewerbsausschreibungen,
- Austausch zwischen den digitalpolitischen Akteuren in offeneren Netzwerkformaten unter Leitung von themenspezifischen Digitalbotschafter/inne/n der Landesregierung,
- Austausch mit digitalpolitischen Akteuren in anderen Bundesländern und/oder mit digitalen europäischen Vorreitern,

- Internetplattformen und Think-Tank-Veranstaltungen, bei denen es um Kooperationen zwischen etablierten Unternehmen und neugegründeten Startups geht,
- erfolgreiche Unterstützung der Gründungsszene durch die Landesregierung und Hochschulen fortsetzen und ausbauen,
- Leuchtturmprojekte mit einer starken kommunikativen Komponente zu versehen, damit gute Ideen nicht „nur“ entwickelt werden, sondern auch den Weg zur Anwendung finden,
- Digitale Schaufenster und Praxislabore sollten verstärkt zum Einsatz kommen, damit Neuentwicklungen „anfassbar“ und übertragbar werden (z. B. Digitale Zukunftskommunen oder Smart Villages oder Denkfabriken),
- eine jährliche High-Level-Digitalkonferenz.

Angestrebt wird eine interaktive Landkarte auf der Website der Landesregierung zur Digitalpolitik (www.digitalesbb.de), bei der Digitalpioniere in Form eines Beteiligungsportals digitale Innovationen und Fortschritte vorstellen.

Um den Innovationsgeist in Brandenburg voranzutreiben, beabsichtigt die Landesregierung, besonders herausragende, spannende, innovative Projekte zu prämiieren und öffentlich auszuzeichnen und zu begleiten.

c. Weiterer Prozess

Die Veröffentlichung der Strategie signalisiert nicht den Abschluss des Digitalisierungsprozesses, sondern steht für einen weiteren Zwischenschritt. Die Strategie ist ein Fahrplan, der über die laufende Legislaturperiode hinaus umgesetzt und kontinuierlich und entsprechend der sich verändernden Digitalisierungsherausforderungen weiterentwickelt werden muss. Die Digitalisierungsstrategie soll alle zwei Jahre evaluiert werden.

Um die digitalpolitischen Zielstellungen in den jeweiligen Handlungsfeldern zu erreichen, ist es notwendig, sowohl die Ausgangssituation regelmäßig zu hinterfragen als auch die gewählten Maßnahmen mit Blick auf ihre Effektivität zu überprüfen. Der Maßnahmenkatalog soll kontinuierlich und mit Blick auf die vorhandenen Bedürfnisse und Entwicklungen angepasst werden. Der Digitalbeirat wird die Landesregierung beraten, welche über die Strategie hinausgehenden Maßnahmen einzuleiten sind.

Die Maßnahmen für den Weg in die digitale Zukunft weisen unterschiedliche Fortschritts- und Planungsstände auf. Es war der Landesregierung wichtig, nicht nur finanziell gesicherten Maßnahmen zu skizzieren, sondern darüber hinaus auch die noch nicht untersetzten Ansätze und Konzepte der Ressorts dazu, wie eine gute digitale Zukunft in Brandenburg erreicht werden kann, zu dokumentieren. Einige der Maßnahmen bedürfen also noch einer haushalterischen Verständigung. Insoweit stellt die Digitalisierungsstrategie auch eine Grundlage für das weitere Vorgehen der neuen Landesregierung bei der Ausgestaltung der Digitalpolitik der Zukunft dar.

IV. Maßnahmenkatalog zu den Handlungsfeldern

Bei den im Titel mit * gekennzeichneten Maßnahmen handelt es sich um Projekte, die im Nachtrag zum Haushalt 2018 oder im Entwurf des Doppelhaushalts 2019/2020 veranschlagt sind, für die Mittel aus Bundes- oder EU-Förderprojekten zur Verfügung stehen oder die verwaltungsintern umgesetzt werden können und keine gesonderten Kosten verursachen.

Häufige Abkürzungen:

BB	Brandenburg	MIL	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung
LDA	Landesdatenschutzbeauftragte	MWE	Ministerium für Wirtschaft und Energie
LGB	Landesbetrieb Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg	MWFK	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur
MASGF	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	OZG	Onlinezugangsgesetz
MBJS	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	Stk	Staatskanzlei
MdF	Ministerium der Finanzen	VZB	Verbraucherzentrale Brandenburg e. V.
MdJEV	Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz	ZenIT	Zentraler IT-Dienstleister der Justiz des Landes Brandenburg
MLUL	Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft	ZIT-BB	Zentraler IT-Dienstleister des Landes
MIK	Ministerium des Innern und für Kommunales		

ID	Maßnahme, Zielsetzung	Kurzbeschreibung	Ressort, Zeitplan
1	DigitalAgentur Brandenburg*		
	<p>Ziel</p> <p>Verbindung der Einzelaktivitäten und Projekte im Kontext der Digitalisierung sowie deren operative Unterstützung auf Landes- und regionaler Ebene.</p>	<p>Etablierung einer ressortübergreifend arbeitenden, dienstleistungsorientierten und projektbezogenen Unterstützungs- und Umsetzungsstruktur für die Digitalisierungsaktivitäten Brandenburgs sowie Bereitstellung entsprechender Kompetenzen und Informationen zu Digitalisierungsthemen. Zu ihren Aufgaben zählen:</p>	<p>MWE</p> <p>kurzfristig</p>
	<p>Zielgruppe</p> <p>Landkreise, Kommunen, Bürgerinnen und Bürger</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Projektinitiierung und -umsetzung von Digitalprojekten mit herausgehobener landespolitischer Bedeutung, • Unterstützung der kommunalen Gebietskörperschaften bei der strategischen Planung und operativen Umsetzung von Maßnahmen, • operative Steuerung und Abstimmung von Digitalisierungsprojekten zwischen dem Land Brandenburg und kommunalen Gebietskörperschaften. 	
a. Digitale Teilhabe durch hochleistungsfähige Infrastrukturen sichern			
Breitbandversorgung / Aufbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen			
2	Flächendeckender Ausbau der Breitbandverfügbarkeit über die Richtlinie des BMVI „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“*		
	<p>Ziel</p> <p>Gemäß Richtlinie des Bundes: Flächendeckender Gigabit-Netzausbau bis 2025.</p>	<p>Der Bund und das Land unterstützen im Rahmen der o. g. Richtlinie durch anteilige Förderung einen effektiven und technologieneutralen Breitbandausbau zum Erreichen eines nachhaltigen und hochleistungsfähigen Gigabit-Netzes in unterversorgten Gebieten, die derzeit nicht durch ein NGA-Netz (Next Generation Access) versorgt sind und in denen in den kommenden drei Jahren von privaten Investoren kein NGA-Netz errichtet wird (sog. weiße NGA-Flecken). Die Landesregierung unterstützt die antragstellenden Gebietskörperschaften durch die landesseitige Förderung. Zudem stellt sie juristische und technische Breitbandkompetenzen zur Verfügung, um eine kompetente Beratung der Gebietskörperschaften zu gewährleisten.</p>	<p>MWE</p> <p>kurz- bis mittelfristig</p>
Verbesserung der Mobilfunkversorgung			
3	Verbesserung der Mobilfunkversorgung*		
	<p>Ziel</p> <p>Schaffung neuer Mobilfunknetze und Erweiterung bestehender Mobilfunknetze, um die weißen Flecken abzuschaffen. Eine Mobilfunkverbindung soll an jedem Standort in Brandenburg möglich sein.</p>	<p>Leistungsfähige Mobilfunknetze gewinnen in der heutigen Zeit für alle Lebensbereiche immer mehr an Bedeutung. Die Anforderungen an ein modernes und leistungsfähiges Netz steigen im gewerblichen, öffentlichen und privaten Bereich. Während in urbanen Bereichen des Landes ein hoher Versorgungsgrad durch die Mobilfunknetze erreicht werden kann, gibt es im ländlichen Raum Versorgungslücken (weiße Flecken). Um hier Abhilfe zu schaffen, haben die Landesregierung, MWE, MIK sowie die drei führenden Mobilfunkunternehmen eine Vereinbarung geschlossen, die</p>	<p>MWE</p> <p>laufend</p>

Mobilfunksituation zusammen zu verbessern.

Zielgruppe

Endkunden der
Mobilfunknetzbetreiber

Ausbau von WLAN

4 Ausbau von öffentlichen WLAN-Zugängen*

Ziel

Einrichtung von rund 1.200
Hotspots im Land Brandenburg.

Zielgruppe

Bürgerinnen und Bürger sowie
Besucherinnen und Besucher

Die Schaffung von öffentlichen WLAN-Zugängen stellt einen wichtigen Beitrag für die Zugriffsmöglichkeit auf Kommunikationsnetze mittels mobiler Endgeräte dar, insbesondere solange 4G- und 5G-Mobilfunknetze noch nicht flächendeckend verfügbar sind. Ab Anfang 2019 soll mit der Umsetzung der europaweit gestarteten Ausschreibung begonnen werden. Geplant ist die Installation von 1.200 Hotspots, die an landeseigenen Liegenschaften und kommunalen Gebäuden sowie an touristisch relevanten, öffentlichen Standorten des Landes Brandenburg errichtet werden sollen. Die Kosten für Errichtung, Betrieb und Wartung werden für fünf Jahre vom Land Brandenburg übernommen. Nach Ablauf der fünf Jahre werden die Hotspots auf Kosten des Landes abgebaut.

MWE

kurzfristig

Weiterentwicklung des Landesverwaltungsnetzes / Ausbau der IT

5 Bereitstellung technischer Basiskomponenten für Land und Kommunen*

Ziel

Bereitstellung kostenloser,
einheitlicher und sicherer zentraler
technischer Komponenten zur
Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG).

Zielgruppe

Landes- und Kommunalbehörden

Durch den ZIT-BB werden die folgenden Basiskomponenten kostenlos für Land und Kommunen bereitgestellt:

1. das Landesverwaltungsnetz,
2. die elektronische Vergabeplattform des Landes Brandenburg,
3. die virtuelle Poststelle der Landesverwaltung,
4. das Verwaltungsdienstverzeichnis der Deutschen Verwaltung,
5. ein Multikanal-Nachrichtensammel- und -protokollierungsdienst,
6. ein elektronisches Identitätsmanagement (eID-Service),
7. eine elektronische Bezahlplattform,
8. ein zentraler Zugang für die Nutzung von De-Mail-Diensten,
9. ein Landesserviceportal mit Servicekonten und
10. ein Langzeitspeichersystem.

MIK

kurzfristig

6 Gemeinsame Weiterentwicklung der Verwaltungs-IT der Hochschulen*

Ziel

Hochschulen sollen sich Dienste gegenseitig anbieten. Technische Unterstützung der Bildung 4.0.

Förderung der hochschulübergreifenden Zusammenarbeit für den Ausbau einer leistungsfähigen IT-Infrastruktur, welche trotz gesteigener Anforderungen an Verfügbarkeit, Funktionsumfang und Datensicherheit stets aktuelle Verwaltungs-IT an

MWFK

kurz- bis

	Zielgruppe Hochschulmitarbeiter und - mitarbeiterinnen, Studierende	allen Brandenburger Hochschulen in hoher Qualität bietet.	langfristig
7	Private Cloud Prüfungsdienste		
	Ziel Schaffung zentraler Speicher-, Kontroll- und Anpassungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der hohen Sicherheits- und Datenschutz- anforderungen.	Einrichtung einer "Private Cloud" im Technischen Finanzamt (TFA) Cottbus zur Nutzung durch die Prüfungsdienste der Steuerverwaltung und Schaffung einer skalierbaren lokal gehosteten Infrastruktur.	MdF mittelfristig
	Zielgruppe Verwaltung		
Kompetenzausbau der Dienstleistungsbetriebe			
8	Realisierung des zentralen Geo-Lizenzmanagements*		
	Ziel Vertragliche und technische Bündelung von Softwarelizenzen im Geobereich	Die derzeit noch verteilt vorhandenen Geolizenzen (z. B. der Software ArcGIS) sollen durch einen Landesvertrag vertraglich beim Landesbetrieb LGB (Landesvermessung und Geobasisinformation) als zentraler Geodienstleister gebündelt werden. Das führt dazu, dass alle Lizenzen zentral verwaltet und Doppelarbeiten eingespart werden können. Die technische Bereitstellung der Softwarelizenzen soll über einen zentralen und ressortübergreifenden Lizenzserver beim Zentralen IT-Dienstleister des Landes (ZIT-BB) sichergestellt werden.	MIK kurz- bis mittelfristig
	Zielgruppe Landesbehörden		
9	Aufbau der GIS-Plattform des Landes Brandenburg*		
	Ziel Aufbau einer zentralen und ressortübergreifenden GIS- Plattform (Geoinformationssystem) für Fachverfahren mit Raumbezug.	Durch die zentrale Administration von Fachverfahren mit Raumbezug bzw. Geoinformationssystemen (GIS), wie z. B. einer Liegenschaftsverwaltung oder einem Baumkataster, soll beim Landesbetrieb LGB als zentralem Geodienstleister die vorhandene GIS-Technik (Datenbank, Applikations- und Webserver) weiter ausgebaut und an die anstehenden Bedürfnisse der Landesverwaltung technisch angepasst werden. Im Ergebnis soll allen Ressorts eine zentrale browserbasierte Plattform zur Verfügung stehen, um raumbezogene Informationen zu speichern, zu visualisieren, zu präsentieren und fachlich auszuwerten.	MIK mittel- bis langfristig
	Zielgruppe Landesbehörden		
Ausbau der Geodateninfrastruktur			
10	Modernisierung Geoportal Brandenburg*		
	Ziel Erneuerung des Systems und Überarbeitung der Usability. Anpassung an Styleguide des	Das Geoportal Brandenburg als eine zentrale Komponente der Geodateninfrastruktur Brandenburg wird durch den Landesbetrieb LGB technisch überarbeitet und modernisiert. Aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung und der hohen	MIK kurzfristig

	<p>Landes Brandenburg.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Wirtschaft, Wissenschaft, Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung</p>	<p>Anzahl heterogener Datenmengen sind die Anforderungen an die Plattform in den letzten Jahren stark gestiegen. Durch die Optimierung der Usability soll der Zugang zu den räumlich-digitalen Datenbeständen des Landes vereinfacht und beschleunigt werden. Die Mehrwerte der Geodaten sollen auf diese Weise noch besser zum Tragen kommen. Breitere Anwendung finden soll insbesondere die fließende Integration von Geodaten in die Verwaltungsprozesse durch standardisierte Schnittstellen. Davon profitieren u. a. die folgenden Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Auskunftsplattform Wasser, • Digitalisierung der Jagdbezirke, • Unterstützung bei der Umsetzung von Building Information Modeling (BIM), • Digitalisierung des Baugenehmigungsverfahrens, • Landwirtschafts- und Umweltinformationssystem Brandenburg (LUIS BB) – Portal, • Ausbau des Planungsinformationssystems (PLIS). 	
11	<p>BRANDENBURG-VIEWER-Schnittstelle als Kartenkomponente in Landesportalen*</p> <p>Ziel</p> <p>Erweiterung des BRANDENBURG-VIEWERS, um eine individuell konfigurierbare Schnittstelle zur einfachen Integration einer Kartenkomponente in Landesportale zu integrieren.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Landesbehörden, Verwaltung</p>	<p>Die vom Landesbetrieb LGB bereitgestellte Schnittstelle zum BRANDENBURG-VIEWER ermöglicht es jeder Verwaltung, die amtlichen Karten, Luftbilder und eigene Geoinformationen an jeder Stelle ihres Internetangebotes nutzerspezifisch zu präsentieren. Somit kann jede Verwaltung im Landesportal bei der Vervollständigung ihrer E-Government-Angebote besonders wirtschaftlich Kartenanwendungen integrieren.</p>	<p>MIK</p> <p>kurzfristig</p>
12	<p>Schematransformation INSPIRE-Datenmodell*</p> <p>Ziel</p> <p>Interoperable Bereitstellung der zu den Datenthemen von INSPIRE gehörenden Geodaten.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Geodatenhaltende Stellen</p>	<p>Das MIK ist koordinierend für die Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie der EU verantwortlich (Infrastructure for Spatial Information in Europe). Der Prozess wird durch den IMAGI Brandenburg (Interministerieller Ausschuss für das Geoinformationswesen) maßgeblich begleitet.</p> <p>Die erforderliche Schematransformation erfolgt entsprechend der festgesetzten EU-Vorgaben. Die INSPIRE-Zentrale des Landes bietet auf Anforderung der Ressorts Serviceleistungen an.</p>	<p>MIK</p> <p>kurzfristig</p>
13	<p>Landwirtschafts- und Umweltinformationssystem Brandenburg (LUIS BB) - Portal*</p> <p>Ziel</p> <p>Steigerung von Quantität (Erhöhung von Transparenz und Zugang durch Erweiterung des Datenangebotes) und Qualität des Angebotes (Zentraler Zugang) an Umweltdaten, Senken des Arbeitsaufwandes in der</p>	<p>Grundlegende Entwicklung neuer Funktionalitäten, Einführung neuer Technologien, Integration von Fachportalen, Verbesserung der Infrastruktur.</p>	<p>MLUL</p> <p>kurzfristig</p>

Verwaltung.

Zielgruppe

Bürgerinnen und Bürger,
Wirtschaft (Planungsbüros),
Verwaltung, Wissenschaft

14 **Metadateninformationssystem "MetaVer"***

Ziel

Sicherstellung einer standard-
konformen (ISO) und zeit-
gemäßen Bereitstellung von
Informationen / Datenbeständen
zur Erfüllung politischer Ziel-
setzungen (OpenData) und
gesetzlicher Vorgaben (Umwelt-
informationsgesetz UIG,
INSPIRE).

Grundlegende technische und technologische Umstellung
des vorhandenen Editors und der Recherchefunktionalitäten.

MLUL

kurzfristig

Zielgruppe

Bürgerinnen und Bürger,
Wirtschaft (Planungsbüros),
Verwaltung, Wissenschaft

15 **Realisierung einheitlicher Georeferenzierung***

Ziel

Aufbau und Bereitstellung eines
landesweiten Georeferenzierungs-
dienstes zur Aufgabenerledigung
als Bestandteil des E-Government
in Brandenburg.

Durch den landesweiten und zentral vom Landesbetrieb LGB
bereitgestellten Geokodierungsdienst können elektronische
Register mit einem Bezug zu Grundstücken direkt
georeferenziert werden. Die Referenzierung kann zu
Flurstücken, dem Gebäude oder zu einem anderen
definierten Gebiet hergestellt werden.

MIK

kurz- bis
mittelfristig

Zielgruppe

Landesverwaltung, Kommunen

16 **Aufstellung des Aktionsplans der GDI-BB**

Ziel

Definition von Aktionen, die die
Handlungsfelder untersetzen.

Der Aktionsplan Geodateninfrastruktur Brandenburg (GDI-
BB) soll Aktionen aufzeigen, die die Anforderungen der
Digitalisierungsstrategie des Landes Brandenburg, der EU-
Vorgaben von INSPIRE, der nationalen Vorgaben der
Nationalen Geoinformations-Strategie (NGIS) und des
Landeswillens umsetzen. Die Aktionen sind konkret zu
beschreiben und geeignet, die GDI im Land Brandenburg im
Sinne der genannten Anforderungen fortzuentwickeln.

MIK

mittel- bis
langfristig

Zielgruppe

Landesverwaltung

17 **Führung der Landbedeckung und Landnutzung***

Ziel

Konsistente Führung der
Landbedeckung und Landnutzung
in der Vermessungsverwaltung.

Den europäischen Anforderungen sowie den Belangen der
Statistik folgend werden die bisher vorhandenen amtlichen
Geodaten erweitert, um daraus die Daten der Landnutzung
ableiten zu können. Die Daten der Landbedeckung werden
weitestgehend automatisch aus Fernerkundungsdaten
abgeleitet. Hierfür ist die Implementierung der Folgeversion
des technischen Regelwerks "GeoInfoDok" (= Datenmodell

MIK

mittel- bis
langfristig

Zielgruppe

	Bürgerinnen und Bürger, Behörden in EU, Bund, Ländern und Kommunen, Statistik	zur Bearbeitung und Führung von Geodaten im amtlichen Vermessungswesen) erforderlich. Das bundesweit initiierte Vorhaben erfüllt die zukünftigen Anforderungen der Nutzer von Geobasisinformationen. Brandenburg setzt das Vorhaben auf Basis eines abgestimmten Beschlusses aller Vermessungsverwaltungen der Länder um. Die Einführung der GeolInfoDok 7.x ist in einem Projektplan festzulegen.	
18	Etablierung des Datenaustauschstandards XPlanung		
	Ziel Aufbau einer zentralen XPlanungs- und INSPIRE-Plattform (Server) für die Bauleitplanung.	XPlanung ist ein Datenaustauschformat und unterstützt den verlustfreien Austausch von Bauleitplänen, Raumordnungsplänen und Landschaftsplänen zwischen unterschiedlichen IT-Systemen sowie die internetgestützte Bereitstellung von Plänen. Der Standard zielt darauf ab, Verwaltungsvorgänge im Bereich der raumbezogenen Planungen effektiver und kostengünstiger zu gestalten sowie qualitativ zu verbessern.	MIL mittelfristig
	Zielgruppe Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger	Gleichzeitig eröffnen sich Möglichkeiten, planungsrelevante Daten auf kostengünstige Weise der Wirtschaft, anderen Fachbehörden und Trägern öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Hierbei gilt es, den Beschluss 2017/37 des IT-Planungsrates vom 05.10.2017 innerhalb von 5 Jahren umzusetzen. Auf Landesebene soll hierzu u. a. die Gesetzgebung angepasst (E-Government und entsprechende Fachverordnung) und eine Unterstützung für die lokale Verwaltung in Form von finanziellen Mitteln, Personal (Betreuung des Fachverfahrens) und Technik (zentrale Landesserver) sichergestellt werden.	
19	Ausbau des Planungsinformationssystems (PLIS)*		
	Ziel Ausbau der Geodateninfrastruktur in Brandenburg, Qualitäts- und Effizienzgewinne in Planungs- und Genehmigungsprozessen	Maßnahme zur Qualifizierung der Geodateninfrastruktur (Aktionsplan GDI BB): • Dokumentation der Planungsprozesse von der kommunalen Bauleitplanung über die Regionalplanung bis zur Landesplanung für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg • Dokumentation relevanter Nutzungsansprüche bzw. Nutzungskonflikte auf der Ebene der Regional- und Landesplanung	MIL mittel- bis langfristig
	Zielgruppe Verwaltung, Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger, Planung, Wissenschaft	• Integration des XPlanungs-Standards • Bereitstellung des PLIS für die Öffentlichkeit über das Internet	
20	Energieportal Brandenburg		
	Ziel Aufbau einer zentralen Energieinformationsplattform der Landesregierung und Nutzbarmachung von Energiedaten.	• Das Energieportal Brandenburg soll die Energiethemen und -daten (Texte, Karten, Grafiken, Statistiken etc.) an einer zentralen Stelle bündeln. • Dokumentation der energiepolitischen Ziele und Fortschritte im Rahmen der Energiestrategie 2030 des Landes. • Zielgerichtete nutzer- und themenspezifische Aufbereitung von energiepolitischen Entwicklungen und Herausforderungen.	MWE mittelfristig
	Zielgruppe Verwaltung, Wirtschaft,		

b. Lernen und Digitalkompetenz für Brandenburgs Zukunft

Bildung 4.0 (Digitalisierung der Vorschul- und Schulausbildung)

21 Schulische Medienentwicklungsplanung und Medienberatung

Ziel	Schulische Medienentwicklungsplanung (MEP) wird im Land Brandenburg systematisch seit 2008 betrieben. Sie ist ein Instrument zur Steuerung eines nachhaltigen Medieneinsatzes in Schulen. MEP berücksichtigt die örtlich zur Verfügung stehenden Ressourcen, die Infrastruktur sowie die Interessen und Anforderungen der handelnden Akteure. MEP schafft die Grundlage für die sachgerechte und pädagogisch-didaktisch sinnvolle Nutzung digitaler Medien im schulischen Umfeld. In Verbindung mit gezielter Investitionsförderung wird MEP im Land Brandenburg seit 2016 unter dem Namen „medienfit“ betrieben. Sukzessive sollen in den nächsten Jahren alle Schulen „medienfit“ gemacht werden. Um dabei Qualitätsstandards zu garantieren, ist der Aufbau eines korrespondierenden Systems der Medienberatung sinnvoll. Im Rahmen des geplanten, bundesseitig geförderten Digital-Pakts Schule müssten entsprechende Maßnahmen auf diesem Ansatz aufbauen.	MBJS kurz- bis langfristig
Zielgruppe		
Schulen (Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Eltern), Schulträger		

22 Brandenburgische Schul-Cloud

Ziel	Das Konzept der Schul-Cloud fokussiert auf einer nutzerfreundlichen Bündelung von webbasierten Anwendungen sowie Rechenressourcen und Speichermöglichkeiten per Cloud Computing. Die Schul-Cloud ermöglicht einen effizienten und datenschutzkonformen Zugriff auf zeitgemäße IT-Dienste für einen großen Kreis an Nutzerinnen und Nutzern. Der bedarfsgerechte Einsatz im jeweiligen Unterrichtsfach wird erleichtert. Die aufwändige Installation von Software auf einzelnen Endgeräten der Nutzerinnen und Nutzer entfällt. Die Bereitstellung der Schul-Cloud ist ein entscheidender Schritt, um die Nutzung digitaler Medien in der Schule flächendeckend voranzubringen. Das Konzept basiert auf Schnittstellen zu der separat vom MBJS betriebenen Schulverwaltungs-Cloud: ZENSOS/weBBschule. Angestrebt wird eine länderübergreifende Kooperation bei ihrem Aufbau und Betrieb und eine zeitnahe Pilotierung.	MBJS kurz- bis mittelfristig
Zielgruppe		
Schulen (Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler), Schulträger, Content-/Service-Anbieter		

23 Lehrkräfte-Qualifizierung (2. Phase der Lehrkräftebildung)

2a Lehrkräfteausbildung im Vorbereitungsdienst (VD)

Ziel	Im Rahmen der zweiten Phase der Lehrkräfteausbildung im Land Brandenburg sind digitale Medien in den Haupt- und Fachseminaren Bestandteil der seminaristischen Arbeit und somit in die Ausbildung der Lehramtskandidatinnen und -kandidaten (LAK) integriert. Die LAK werden befähigt, modernen Unterricht unter Nutzung verschiedener Medien eigenständig vorzubereiten, durchzuführen und zu reflektieren, was auch bei einem VD im neuen Format beibehalten werden soll. Voraussetzung hierfür ist eine kontinuierlich	MBJS mittelfristig
-------------	---	----------------------------------

	<p>dungsinhalte auf das neue Format des VD.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Studienseminare: Cottbus, Bernau, Potsdam (Seminarleiterinnen und Seminarleiter, Lehramtskandidatinnen und -kandidaten)</p>	<p>aktualisierte IT-Ausstattung an den Studienseminarstandorten sowie deren professionelle Wartung. Eine Zusammenarbeit mit den Universitätsbibliotheken in Potsdam und Berlin, z. B. im Rahmen von Kooperationsverträgen würde die von LAK und Seminarleiterinnen und -leitern nutzbare Medienvielfalt erweitern.</p>	
24	<p>Lehrkräfte-Qualifizierung (3. Phase der Lehrkräftebildung)</p> <p>2b Lehrkräfteausbildung im Rahmen der Modularen Qualifizierung für Beraterinnen und Berater des Beratungs- und Unterstützungssystems für Schulen und Schulaufsicht (BUSS)*</p>		
	<p>Ziel</p> <p>Erweiterung der Angebote zum Basiscurriculum Medienbildung als Bestandteil der Modularen Qualifizierung (MQ).</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Beraterinnen und Berater des Beratungs- und Unterstützungssystem für Schulen und Schulaufsicht (BUSS)</p>	<p>Das Landesinstitut für Schule und Medien Brandenburg (LISUM) erweitert die Angebote zum Basiscurriculum Medienbildung als Bestandteil der Modularen Qualifizierung (MQ) aller BeraterInnen des BUSS. Damit werden die BeraterInnen befähigt, die Fortbildungsangebote des regionalen BUSS unter Einbeziehung des Basiscurriculum Medienbildung zu entwickeln.</p>	<p>MBJS</p> <p>mittelfristig</p>
25	<p>Lehrkräfte-Qualifizierung (3. Phase der Lehrkräftebildung)</p> <p>2c Lehrkräfteausbildung im Rahmen von regionaler Fortbildung</p>		
	<p>Ziel</p> <p>Erweiterung der regionalen Fortbildungsangebote zum fachintegrativen Basiscurriculum Medienbildung.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Lehrkräfte</p>	<p>Die Fortbildungsangebote des regionalen Beratungs- und Unterstützungssystem für Schulen und Schulaufsicht (BUSS) unter Einbeziehung des Basiscurriculum Medienbildung werden weiterentwickelt. Insbesondere wird das „Lernen mit digitalen Medien“ und das „Lernen über digitale Medien“ in alle fachlichen Angebote integriert. Somit können alle Fächer, Schulen und Lehrkräfte durch regionale Angebote erreicht werden.</p>	<p>MBJS</p> <p>mittelfristig</p>
26	<p>Lehrkräfte-Qualifizierung (3. Phase der Lehrkräftebildung)</p> <p>2d Lehrkräfteausbildung im Rahmen von regionaler Fortbildung</p>		
	<p>Ziel</p> <p>Erweiterung der regionalen Fortbildungsangebote zum fachintegrativen Basiscurriculum Medienbildung.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Lehrkräfte</p>	<p>Spezielle Angebote zu „Medienbildung/Digitalisierung“ unter Einbeziehung externer Partner (z. B. Institut zur Weiterqualifizierung im Bildungsbereich an der Universität Potsdam WiB e. V., Landesfachverband Medienbildung Brandenburg e. V.) werden ausgebaut.</p>	<p>MBJS</p> <p>mittelfristig</p>
27	<p>Datengestütztes Monitoring und Analyse</p>		

	<p>Ziel</p> <p>Bereitstellung steuerungsrelevanter, aktueller, geprüfter, vorstrukturierter, dokumentierter, nutzerfreundlich abrufbarer und weiterverarbeitbarer statistischer Daten über den Schulbereich. Entlastung durch Nachnutzung bereits erhobener und vorhandener Verwaltungsdaten für Informationsbereitstellung, Monitoring und Analyse.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Bildungsverwaltung, Politik und Schulen, Wissenschaft, Wirtschaft, Öffentlichkeit</p>	<p>Aus den Geschäftsprozessdaten des täglichen Verwaltungshandelns der Schulen und der staatlichen Schulämter steht potenziell ein großes Datenportfolio zur Verfügung, welches im Rahmen der Geschäftsstatistik des MBJS aufbereitet und ausgewertet wird. Diese Datenbestände stehen bisher im Wesentlichen für interne Analysen und Planungen zur Verfügung. Sie sollen zukünftig für einen umfassenden Nutzerkreis verständlich aufbereitet, komfortabel filterbar und selbst verarbeitbar sein. Dies betrifft sowohl die Analysemöglichkeiten innerhalb der Schulen selbst, das Monitoring durch die Aufsichtsbehörden, die Nachnutzung anderer Institutionen und die allgemeine Information der Bürgerinnen und Bürger. Um diese Anforderungen erfüllen zu können, ist eine zeitgemäße Internet-Plattform so zu konfigurieren, dass einfache Abrufe bei Beachtung der Belange von Datensicherheit und Datenschutz gewährleistet sind.</p>	<p>MBJS</p> <p>mittel- bis langfristig</p>
28	<p>Vernetzte Schulverwaltung und Bildungsmanagement/ E-Government</p> <p>Ziel</p> <p>Konsequente Nutzung aller Effizienzpotenziale von zentralen IT-Fachverfahren für Verwaltungsaufgaben im Schulbereich mittels Aufbau und Weiterentwicklung von interoperablen IT-Systemen zur ergebnis- und wirkungsorientierten Steuerung.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Schulen (Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Eltern), Schulträger, Schulverwaltungsämter, Schulämter/ MBJS / LISUM</p>	<p>Informations-, Kommunikations- und Transaktionsprozesse zwischen Schulen, Verwaltungsebenen und Eltern müssen schnell, einfach, sicher und kostengünstig von jedem Ort und zu jeder Zeit möglich sein. Insofern müssen Verwaltungsvorgänge innerhalb und zwischen den Verwaltungsebenen in ihrer Komplexität analysiert, standardisiert, optimiert und neu gedacht werden, um sie nicht isoliert, sondern einheitlich, durchgängig vernetzt, medienbruchfrei, effektiv und arbeitsteilig im Sinne kollaborativer und partizipativer Geschäftsprozesse umzusetzen.</p> <p>Im Mittelpunkt stehen deshalb u. a. der weitere Ausbau, die Ergänzung und die weitere Vernetzung der im Land bereits etablierten zentralen webbasierten IT-Fachverfahren, wie z. B. weBBschule (Schulverwaltungsprogramm), ZENSOS (gemeinsame Arbeits-/Datenplattform), APSIS (Personal- und Stellenverwaltung der Lehrkräfte), Planungsinstrument der Schulämter, Geportal edugisBB, Schulporträt. Des Weiteren geht es um den Aufbau eines IAM (Identity & Access Management) für Lehrkräfte, die Einführung von einheitlichen E-Mail-Adressen für Lehrkräfte, die Anbindung von Schul-Cloud-Lösungen und den Ausbau von Informations- und Antrags-Portalen für Eltern.</p>	<p>MBJS</p> <p>kurz- bis langfristig, Prozesscharakter</p>
	<p>Digitale Kompetenzen entwickeln</p>		
29	<p>Überarbeitung der "Grundsätze Elementarer Bildung"</p> <p>Ziel</p> <p>Bildungs- und Teilhabechancen stärken.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Alle Akteure im Bereich Kindertagesbetreuung</p>	<p>Die Überarbeitung der Grundsätze elementarer Bildung trägt zur konzeptionellen Verankerung wesentlicher Fragen der Digitalisierung und ihrer Berücksichtigung bei der zeitgemäßen Gestaltung konstruktiver Bildungsprozesse bei. Bildungs- und Teilhabechancen sind in einer sich weiter digitalisierenden Wissensgesellschaft untrennbar mit dem Erwerb entsprechender Kompetenzen verknüpft.</p>	<p>MBJS</p> <p>kurzfristig</p>

30	Fort- und Weiterbildung	<p>Ziel Stärkung der Medienkompetenzen.</p>	<p>Die Einbeziehung digitaler Medien und Inhalte in die Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie in das Praxisunterstützungssystem tragen zu einem Kompetenzzuwachs bei Fachkräften, Kindern und Familien bei.</p>	<p>MBJS kurzfristig</p>
		<p>Zielgruppe Alle Erziehenden, mittelbar Eltern und Kinder</p>		
31	Entwicklung digitaler Lernformate	<p>Ziel (Weiter-)Entwicklung und Erprobung digitaler Lernformen.</p>	<p>Es besteht ein Bedarf zur Entwicklung und Erprobung neuer Qualifizierungsformate und Fortbildungsangebote im Bereich „digitale Medien“. Dazu sollen Modellprojekte zur Entwicklung und Erprobung digitaler Lernformen gefördert und die bereits heute vorhandenen Blended-Learning-Angebote weiter ausgebaut werden. Modellvorhaben müssen dabei grundsätzlich auf ihre Wirksamkeit hin evaluiert werden, um eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung zu ermöglichen.</p>	<p>MBJS kurzfristig</p>
		<p>Zielgruppe Alle Akteure im Bereich der Kindertagesbetreuung</p>		
32	Förderung der digitalen Ausstattung von Einrichtungen der offenen Jugendarbeit	<p>Ziel Förderung der Medien- und Demokratiebildung von jungen Menschen.</p>	<p>Mit der Förderung der digitalen Ausstattung von Jugendfreizeiteinrichtungen und den Jugendinformations- und Medienzentren (JIMs) werden die Einrichtungen technisch in die Lage versetzt, die von Jugendlichen gelebte digitale Realität in die Arbeit der Einrichtung einzubeziehen und dort pädagogisch nutzbar zu machen.</p>	<p>MBJS kurzfristig</p>
		<p>Zielgruppe Träger von Jugendfreizeiteinrichtungen</p>		
33	Schaffung von Praxisstellen zur Berufsorientierung	<p>Ziel Stärkung der Berufsorientierung im Medienbereich.</p>	<p>In den JIMs werden zur Berufsorientierung und für praktisches Wissen Praxisstellen für junge Menschen geschaffen, die sich eine berufliche Zukunft in diese Richtung vorstellen können. Sie werden in die praktische Projektarbeit sowohl bei der Planung, Durchführung und Auswertung von medienpädagogischen Angeboten wie bei der konzeptionellen Weiterentwicklung der JIMs einbezogen und beteiligt.</p>	<p>MBJS kurzfristig</p>
		<p>Zielgruppe Junge Menschen</p>		
34	Qualifizierung des pädagogischen Personals im Umgang mit Medien	<p>Ziel Qualifizierung von pädagogischen Fachkräften im technischen Umgang und in der Medienpädagogik, um als Multiplikatoren sowohl im technischen als auch sonstigem Umgang mit neuen Medien</p>	<p>Es werden Weiterbildungsangebote für Fachkräfte zu folgenden Themenbereichen ausgebaut:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Technischer Umgang mit neuen Medien und sozialen Netzwerken. - Infos über neue Medien: Was sind sogenannte neue Medien? - Digitale Lebenswelten von Jugendlichen. 	<p>MBJS kurzfristig</p>

	anzuleiten.		
	Zielgruppe Pädagogische Fachkräfte in den stationären und teilstationären Hilfen zur Erziehung	<ul style="list-style-type: none"> - Social Media: Was verbirgt sich hinter den verschiedenen Plattformen? Welche Chancen und Risiken bestehen in der Nutzung sozialer Netzwerke/Plattformen? - Onlinespiele. - Sensibilisierung für Risiken (z. B. Internetsucht, Spielsucht, Fake-News, Einfluss von extremen Strömungen, Radikalisierung, Diskriminierung, Mobbing). - Erwerb von Multiplikatorenfähigkeiten. 	
35	Ausbau des Praxisunterstützungssystems (Fachberatung, Konsultationskitas)		
	Ziel Qualifizierung und bedarfsgerechte Begleitung der Praxis.	Als Konsultationskitas werden Einrichtungen vom Land gefördert, die sich in besonderem Maße für die Qualifikation des Fachkräftenachwuchses engagieren und eine hohe Kompetenz in diesem Bereich entwickeln bzw. entwickelt haben. Sie übernehmen Beratungsaufgaben für andere Einrichtungen und Fachschulen und stehen für Fragen zum Thema Fachkräftequalifizierung offen. Dieses System soll fachlich ausgeweitet werden. Künftig soll es zumindest vier Kindertagesstätten mit dem Schwerpunkt „Digitalisierung“ in Brandenburg geben.	MBJS mittelfristig
	Zielgruppe Einrichtungsträger, Praxisberater, örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe	Aktuell werden insgesamt 63 Praxisberaterinnen und Praxisberater bei Jugendämtern, Gemeinden und Verbänden eingesetzt und vom MBJS finanziell gefördert. Sie beraten und unterstützen in allen Fragen der Kindertagesbetreuung interessierte Fachkräfte und Träger. Geplant ist, das System der Praxisberatung um vier Stellen zu ergänzen, die speziell zu Themen der Digitalisierung in der Kindertagesbetreuung beraten.	
36	Mobile Angebote der medienpädagogischen Bildungsarbeit in ländlichen Räumen (Medien- und Demokratiebildung)		
	Ziel Förderung der Medien- und Demokratiebildung von jungen Menschen in ländlichen Räumen.	Für die medienpädagogische Bildungsarbeit in den ländlichen Regionen wird ein mobiles Angebot geschaffen, auf das die JIMs zugreifen können und in ihre hinausreichende, aufsuchende Arbeit einbeziehen.	MBJS mittelfristig
	Zielgruppe Junge Menschen		
37	Schaffung von regionalen Förderfonds für die Medienbildung		
	Ziel Förderung der Medien- und Demokratiebildung von jungen Menschen.	Es werden vier regionale Förderfonds eingerichtet, mit Hilfe derer größere Jugendbildungsprojekte in den JIMs und Kooperationsprojekte mit Schulen gefördert werden.	MBJS mittelfristig
	Zielgruppe Junge Menschen		

38	Medienkompetenzen in der Lehrerbildung vermitteln			
	Ziel Medienbildung in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung.	Einführung von medienpädagogischen Inhalten in die lehramtsbezogene Ausbildung auf Grundlage des verbindlichen Basiscurriculums Medienbildung, um Medien und Technologien als Unterrichtsmittel, Werkzeug und Unterrichtsgegenstand anforderungs- und situationsgerecht einsetzen zu können. Ziel ist es, die Lehrkräfte zu befähigen, in Schule und Unterricht Medienkompetenzen einschließlich der digitalen Kompetenzen zu fördern.	MWFK	
	Zielgruppe Lehrerinnen und Lehrer		kurz- mittelfristig	bis

Digitalisierung in der Wissenschaft

39	Open-Access-Strategie erarbeiten			
	Ziel Öffnung des Zugangs zu digitalen Forschungsergebnissen und Publikationen.	Öffnung des Zugangs zu digitalen Forschungsergebnissen und Publikationen, zur Stärkung der Wahrnehmung bzw. Sichtbarkeit der Forschungsleistung der Brandenburger Hochschulen sowie der Erhöhung der Leistungsfähigkeit in der Forschung.	MWFK	
	Zielgruppe Akademikerinnen und Akademiker/Forscherinnen und Forscher und interessierte Bürgerinnen und Bürger		kurzfristig	

40	Einsatz digitaler Lehr- und Lernmethoden ausweiten			
	Ziel - Gemeinsame Strategie der Hochschulen zur Digitalisierung der Lehre. - Stärkere Zusammenarbeit bereits vorhandener Netzwerke sowie der hochschulinternen Kompetenzzentren.	Die didaktisch zielgerichtete Ausweitung digitaler Lehr- und Lernformate trägt in Ergänzung zur Präsenzlehre maßgeblich zur Qualitätsentwicklung akademischer Lehre bei. Neben der Berücksichtigung individueller Lernbedingungen gelingt es Lehrenden durch digitale Lehr- und Lernformate u. a. die Kooperations- und Innovationskultur von Studierenden zu stärken.	MWFK	
	Zielgruppe Lehrende und Studierende		kurz- bis mittelfristig	

Lebenslanges Lernen

41	Förderung der digitalen Ausstattung bei Weiterbildungseinrichtungen zur Erwachsenenbildung			
	Ziel Schaffung der Voraussetzungen für qualitativ hochwertige Weiterbildungsangebote zur Digitalisierung	Ein attraktives Weiterbildungsangebot setzt aktuelle technische Ausstattung voraus. Die Träger verfügen in der Regel nicht über die Ressourcen, um diese vollständig selber bereitstellen zu können. Eine Förderung von Ausstattung zur Digitalisierung erhält die Träger- und Angebotsvielfalt.	MBJS	
	Zielgruppe Anerkannte Weiterbildungseinrichtungen, Landesorganisationen und		kurzfristig	

42	Digitalisierungsstrategie als Fortbildungsschwerpunkt in der Landesverwaltung*	<p>Ziel</p> <p>Sensibilisierung für und Vortreiben von Digitalisierungsprozessen sowie Abbau von Unsicherheiten und Ängsten durch Etablierung und Weiterentwicklung der Fortbildungsschwerpunkte „Führen in der digitalen Welt“ und „Arbeiten in der digitalen Welt“.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Führungskräfte und Beschäftigte der Landesverwaltung</p>	<p>Die Landesakademie bietet ab 2019 in ihrem Jahresprogramm zwei neue Seminarreihen zum Thema Digitalisierung an. Unter der Überschrift „Arbeiten in der digitalen Welt“ soll den Bediensteten der Umgang mit der sich immer schneller verändernden digitalen Welt näher gebracht werden. Die Bediensteten sollen eine offene Haltung zur Digitalisierung entwickeln, Chancen der Mitgestaltung erkennen und letztlich auch ggf. vorhandene Ängste abbauen. In der Reihe „Führen in der digitalen Welt“ geht es darüber hinaus für die Führungskräfte darum, ihre Rolle zu definieren. Es geht also auch darum, wie kompetente Führung im digitalen Umfeld aussieht und wie die Digitalisierung für die jeweiligen Organisationseinheiten genutzt werden kann, um die Arbeitsweise zu verbessern.</p>	<p>MIK/LAköV</p> <p>kurz- bis mittelfristig</p>
43	Entwicklung medienpädagogischer Weiterbildungsangebote	<p>Ziel</p> <p>Förderung der digitalen und Medienkompetenz von erwachsenen Brandenburgerinnen und Brandenburgern.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Anerkannte Weiterbildungseinrichtungen, Landesorganisationen und Heimbildungsstätten, Kursleitende und Teilnehmende der Weiterbildung</p>	<p>Modellprojekte zur Entwicklung von Weiterbildungsangeboten zur Nutzung digitaler Medien (technische Kompetenz), zur Entwicklung von Curricula in den Bereichen Medien- und Verbraucherbildung sowie politischer Bildung in Bezug auf Digitalisierung werden gefördert. Die Modellvorhaben werden evaluiert und es erfolgt eine Etablierung der entwickelten Curricula im Regelangebot der Weiterbildung nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz.</p>	<p>MBJS</p> <p>kurz- bis mittelfristig</p>
44	Entwicklung digitaler Weiterbildungsformate	<p>Ziel</p> <p>(Weiter-)Entwicklung und Erprobung digitaler Formate zur Erhöhung der Qualität, Aktualität und Reichweite digitaler Lernangebote der Weiterbildung.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Anerkannte Weiterbildungseinrichtungen, Landesorganisationen und Heimbildungsstätten, Kursleitende und Teilnehmende der Weiterbildung</p>	<p>Die Entwicklung digitaler Lernformate der Weiterbildung in Modellvorhaben wird unterstützt. Das umfasst die Förderung von Modellprojekten zur Entwicklung und Erprobung digitaler Lehr-Lernformen sowie die Weiterentwicklung vorhandener Blended-Learning-Angebote. Die Modellvorhaben werden evaluiert und eine Etablierung der entwickelten Curricula in das Regelangebot der Weiterbildung nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz angestrebt.</p>	<p>MBJS</p> <p>kurz- bis mittelfristig</p>
45	Ausbau des Weiterbildungsangebots zur Medienkompetenz in der Grundversorgung	<p>Ziel</p> <p>Förderung der digitalen Medienkompetenz von erwachsenen Brandenburgerinnen</p>	<p>Es besteht eine hohe Nachfrage für Weiterbildungsangebote zur Digitalisierung. Um dieser zu entsprechen, ist eine Förderung zusätzlicher Unterrichtsstunden in der Grundversorgung erforderlich.</p>	<p>MBJS</p> <p>kurz- bis mittelfristig</p>

und Brandenburgern.

Zielgruppe

Teilnehmende der Weiterbildung

46	Ausbau der medienbildungsbezogenen Lehrkräftequalifizierung Beratung und Begleitung von Weiterbildungsorganisationen im Digitalisierungsprozess		
Ziel	Qualifizierung der Lehrkräfte der Erwachsenenbildung zur methodisch-didaktischen Umsetzung digitaler Lernformate, Qualifizierung der Mitarbeitenden in Weiterbildungsorganisationen.	Das Fortbildungsangebot des LISUMs zur Digitalisierung für Multiplikatoren der Weiterbildung wird erweitert. Bei den Landesorganisationen der Weiterbildung werden Stellen für qualifizierte Medienpädagogen geschaffen. Sie beraten die anerkannten Weiterbildungseinrichtungen zu medienpädagogischen / didaktischen Fragestellungen und bieten Fortbildungen an.	MBSJ mittelfristig
Zielgruppe	Anerkannte Landesorganisationen und Heimbildungsstätten, Einrichtungsleitungen und hauptamtliche pädagogische Mitarbeitende, Kursleitende der Weiterbildung	Das Weiterbildungsportal auf dem Bildungsserver wird ausgebaut: Ergänzung der Informationen zur Digitalisierung im Weiterbildungsbereich, zur Verfügungstellung von Lehr- und Lernmaterialien und Open Educational Resources (OER), Darstellung von Best-Practice-Beispielen, Schaffung von Vernetzungsmöglichkeiten.	

47	Weiterbildungscampus Brandenburg		
Ziel	Digitale Infrastruktur für digitale Lernszenarien.	Der Digitale Weiterbildungscampus ist eine zentrale Infrastruktur für digital unterstützte Lehr- und Lernszenarien (z. B. Online-Seminare), die zuverlässig, institutionsübergreifend, datenschutzkonform und juristisch abgesichert ist und darüber hinaus Möglichkeiten zum Austausch bzw. zur gemeinsamen Nutzung digitaler Inhalte zwischen Institutionen bietet.	MBSJ mittelfristig
Zielgruppe	Weiterbildungseinrichtungen der allgemeinen, beruflichen, kulturellen und politischen Weiterbildung		

48	Digitalisierung der organisationalen Fortbildungsprozesse*		
Ziel	Digitalisierung der organisationalen Fortbildungsprozesse.	Neben der elektronischen Aktenhaltung und Vorgangsbearbeitung werden in der Landesverwaltung auch die zu nutzenden Fachverfahren permanent erweitert. Zusätzlich steigt auch bei den Bediensteten die Erwartung, ihre Prozesse elektronisch abzuwickeln, insbesondere vor dem Hintergrund der steigenden Arbeitsortflexibilisierung.	MIK, LAKöV mittelfristig
Zielgruppe	oberste und obere Landesbehörden	Aus diesem Grund und zur Vermeidung von Doppelerfassungen in verschiedenen Fachverfahren soll eine komplette und einheitliche elektronische Abwicklung der Prozesse rund um die Anmeldung und Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen (Anmeldung, Einladung, Teilnahmebescheinigungen, Erfassung im Personalinformationssystem, Abrechnung der Dienstreisen usw.) erfolgen, in der eine Einbindung aller Fachverfahren über Schnittstellen realisiert wird.	

49	Lebenslanges Lernen für die ältere Generation gestalten		
----	--	--	--

Ziel

Seniorinnen und Senioren bewegen sich sicher in der digitalen Welt.

Seniorenpolitische Leitlinie 4 der Landesregierung – Digitalisierung der Lebenswelt. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass Bildungsangebote auch für ältere Menschen zugänglich sind. Dabei spielen Fragen zur Nutzung und Bedienung neuer digitaler Medien eine zentrale Rolle.

MASGF

mittelfristig

Zielgruppe

Seniorinnen und Senioren sowie Vereine, die Kurse anbieten

c. Digitalen Wandel in Wirtschaft und Arbeit unterstützen

Wirtschaft 4.0 (Innovation, Wachstum, Arbeitsplätze)

50 Innovationsorientierung (Innovationsfähigkeit) der Betriebe fördern – Sensibilisierung und Information

Ziel	a) Verstetigen und Weiterentwickeln von Veranstaltungsformaten zur Digitalisierung (Digitalisierungsdialoge, Jahreskonferenz etc.)	MWE
Bekanntmachung von Unterstützungsangeboten sowie die Informationsbereitstellung und die Sensibilisierung der Unternehmen über entsprechende vermittelnde Formate und Kompetenzzentren.	Zum Austausch der Wirtschaftsakteure zu aktuellen Bedarfen und Lösungen der Digitalisierung werden verschiedene Veranstaltungsformate fortgeführt bzw. weiterentwickelt.	kurz-, mittel- und langfristig
Zielgruppe	b) Zentrales digitales Informationsangebot des MWE zur Digitalisierung der Wirtschaft	
Unternehmen	Um die notwendigen Informationen bündeln und anbieten zu können und die Bekanntheit der Unterstützungsangebote zu steigern, wird ein digitales zentrales Informationsangebot des MWE mit einheitlichem Zugang und Darstellung aller relevanten Unterstützungs- und Informationsangebote für die Wirtschaft umgesetzt.	
	c) Initiieren und Fördern von Innovations- und Kompetenzzentren	
	Für zentrale technologische und anwendungsbezogene Fragestellungen der Digitalisierung werden Anlaufstellen für kleine und mittelständische brandenburgische Unternehmen auf- und ausgebaut. Sie geben interessensneutral Orientierung und wertvolle Hinweise bei der Entwicklung und Umsetzung von Innovationsvorhaben (z. B. IMI-Innovationszentrum Moderne Industrie*, Digitalwerk - Zentrum für Digitalisierung im Handwerk und Mittelstand*, KITS - Kompetenzzentrum IT-Sicherheit, Dienstleistungszentrum Datenmanagement und -verarbeitung Lausitz).	
	d) Einführung von Digitalisierungs-Lotsen	
	Zur Erhöhung der Transparenz und Information über die Unterstützungsangebote des Landes sollen Digitalisierungs-Lotsen in allen Kammerbezirken der Industrie- und Handelskammern eingeführt werden.	

51 Coworking Spaces*

Ziel	Die Landesregierung unterstützt den Bau innovativer Formen von Gründungszentren, z. B. „Coworking Spaces“, zur innovativen Zusammenarbeit von Unternehmen.	MWE
Unterstützung moderner Formen der innovativen Zusammenarbeit von Unternehmen (z. B. in „Coworking Spaces“) im Rahmen des Bund-Länderprogramms „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW)“.		kurzfristig

	Zielgruppe		
	Potenzielle Gründerinnen und Gründer, Unternehmen, Startups, Bürgerinnen und Bürger		
52	Unterstützung zentraler Digitalisierungsmaßnahmen – Transformation*		
	Ziel	Um Digitalisierungsvorhaben besser fördern zu können, wurde die Förderrichtlinie „Brandenburgischer Innovationsgutschein“ (BIG) um den BIG-Digital erweitert. Damit sollen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei der Vorbereitung und Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen im eigenen Unternehmen sowie bei der Qualifizierung des eigenen Personals unterstützt werden. Damit wird der Anspruch eingelöst, ein umfassendes Förderinstrument zu schaffen, das die Unternehmen von Anfang bis zum Abschluss ihrer Digitalisierungsvorhaben unterstützt.	MWE kurzfristig
	Unterstützung von Digitalisierungsmaßnahmen durch die Nutzung der spezifischen Landesförderinstrumente sowie deren kontinuierliche Weiterentwicklung.		
	Zielgruppe		
	Unternehmen		
53	Gründung innovativ (Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung - EFRE)*		
	Ziel	Stärkung der Eigenkapitalbasis junger, innovativer Unternehmen, die beispielsweise durch nötige Investitionen, Patentierungen, erforderliche technische Entwicklungen und Markterprobungen oftmals hohe Markteinstiegskosten und einen hohen Kapitalbedarf haben. Gewährt wird ein einmaliger, nicht rückzahlpflichtiger Zuschuss in Höhe von bis zu 100.000 Euro. Gefördert werden Anschaffungs- und Herstellungskosten für Güter des Sachanlagenvermögens, Personalausgaben für neue Arbeitsplätze, Beratungs- und technische Entwicklungsleistungen und Ausgaben für den Erwerb von Lizenzen bei einem Eigenanteil der Zuwendungsempfänger von mindestens 25% der förderfähigen Gesamtausgaben.	MASGF kurzfristig
	Förderung der Gründung und des Wachstums junger, innovativer Unternehmen sowie deren finanzielle Stärkung bis zu drei Jahre nach der Gründung oder Unternehmensübernahme.		
	Zielgruppe		
	Junge innovative Unternehmen (bis zu drei Jahre nach der Gründung oder Unternehmensübernahme)		
54	Frühphasen- und Wachstumsfonds (EFRE)*		
	Ziel	Stärkung und Sicherung der Eigenkapitalausstattung und damit der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit innovativer, technologischer Ausrichtung in der Früh- (Gründungs- und Startphase) oder Expansionsphase (Wachstums- und Erweiterungsphase) durch Übernahme von Beteiligungen und beteiligungsähnlichen Investitionen (offen und/oder stille Beteiligungen, Nachrangdarlehen) für Sachanlagen und immaterielle Anlagegüter sowie Betriebskapital für die Überarbeitung von Eigentumsrechten.	MWE kurzfristig
	Förderung der Gründung und des Wachstums junger innovativer Unternehmen und Stärkung ihrer Kapitalausstattung.		
	Zielgruppe		
	KMU in unterschiedlichen Lebenszyklen wie Früh- (Gründungs- und Startphase) oder Expansionsphase (Wachstums- und Erweiterungsphase)		
55	Mikrokredit Brandenburg (EFRE)*		
	Ziel	Unterstützung von Gründungsvorhaben, Unternehmensnachfolgen und jungen Unternehmen zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung im Land Brandenburg durch Ausreichung verzinslicher Darlehen für	MWE kurz- bis
	Förderung der Gründung und Unternehmensnachfolge von		

	KMU.	betrieblich bedingte Investitionen und Betriebsmittel.	mittelfristig
	Zielgruppe KMU im Haupt- und Nebengewerbe, deren Gründung nicht länger als 10 Jahre zurückliegen.		
56	Übergreifendes Stellenportal für Agrarausbildungsbetriebe in Brandenburg		
	Ziel Transparenz über offene Stellen in der Agrarwirtschaft.	Umsetzung in einer Datenbank mit einem Web-Frontend, unter Berücksichtigung des Datenschutzes (z. B. DSGVO). Selbstmeldung der Betriebe ist möglich.	MLUL mittelfristig
	Zielgruppe Agrarbetriebe		
57	Brandenburger Agentur für Kultur und Kreativwirtschaft		
	Ziel Kompetenzbildung, Vernetzung zu digitalen Themen.	Coaching und Vernetzung zu Themen des digitalen Wandels. Entwicklung von Coachingformaten und Vernetzungsaktivitäten für die Kultur- und Kreativwirtschaft rund um Themen der digitalen Kommunikation und Produktion zu innovativen Wertschöpfungsmodellen sowie zur Content-Entwicklung für digitale Plattformen und digitale Geschäftsmodelle.	MWE, MWFK mittelfristig
	Zielgruppe Kreativwirtschaft und Multiplikatoren sowie Kulturakteure		
Arbeit 4.0			
58	Etablierung eines Netzwerks „Digitale ländliche Arbeitsorte“ im Land Brandenburg		
	Ziel Vernetzung, Wissenstransfer, Erhöhung der Sichtbarkeit.	Professionalisierung und Qualifizierung von innovativen Kreativ- und Arbeitsorten im Land Brandenburg, die in der IMK- und Tourismuswirtschaft angesiedelt sind.	MWE kurzfristig
	Zielgruppe innovative Kreativ- und Arbeitsorte im Land Brandenburg		
59	Arbeitsgruppe der Arbeits- und Sozialministerkonferenz „Arbeit 4.0“*		
	Ziel Austausch zur Digitalisierung der Arbeitswelt in den Ländern und Verabredung von gemeinsamen (arbeitspolitischen) Gestaltungsansätzen.	Mitgestaltung des Prozesses der Digitalisierung in der Arbeitswelt auf Bundesebene durch Bündelung der Länderinteressen in der Arbeitsgruppe unter Leitung der Arbeitsministerien Brandenburgs und Sachsen-Anhalts.	MASGF kurzfristig
	Zielgruppe Länder, Bund		
60	Förderung von Projekten zum Themenkomplex „Modernisierung der Arbeitsorganisation zur Gestaltung von		

	Arbeit 4.0/ digitaler Arbeitswelt im Sinne Guter Arbeit^{***}		
	Ziel Beförderung „Guter Arbeit“, Gestaltung des digitalen Wandels, Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung.	Förderung von Projekten zum Themenkomplex Modernisierung der Arbeitsorganisation zur Gestaltung der digitalen Arbeitswelt im Sinne Guter Arbeit (Sozialpartnerrichtlinie-ESF).	MASGF kurz- bis mittelfristig
	Zielgruppe Betriebe, Beschäftigte, Betriebsräte		
61	Förderung von Studien im Auftrag der WFBB zum Themenkomplex „Arbeit 4.0 in Brandenburg“		
	Ziel Gewinnung grundlegender Erkenntnisse zum Stand der Digitalisierung in der Arbeitswelt in Brandenburger Unternehmen und Bereitstellung dieser Erkenntnisse für die Brandenburger Arbeitsmarktakteure.	Untersuchung des Digitalisierungsstandes ausgewählter Bereiche der Brandenburger Wirtschaft und deren Auswirkungen auf die Organisation und Gestaltung von Arbeit.	MASGF kurz- bis mittelfristig
	Zielgruppe Arbeitsmarktakteure, Bildungsanbieter		
62	ESF-Projekt „Innovationen brauchen Mut^{***}“		
	Ziel Förderung innovativer Existenzgründungen und Unternehmensübernahmen im Land Brandenburg aus der Wissenschaft, dem außerhochschulischen Bereich und durch akademische Migrantinnen und Migranten.	Gründerinnen und Gründer, die mit einer Gründung im Land Brandenburg innovative Produkte oder Dienstleistungen auf den Markt bringen oder innovative Unternehmen übernehmen wollen, werden mit Beratung, Coaching und individueller Qualifizierung in allen erforderlichen Gebieten wie Steuern, Recht, betriebswirtschaftliche Kenntnisse und Finanzierungsfragen im Gründungsprozess beraten, bis zur Gründung begleitet und unterstützt. Daneben steht das gesamte Beratungsspektrum der Wirtschaftsförderung Brandenburg (WFBB) zur Verfügung, etwa die Expertise der Cluster- und Branchenteams zu Ansiedlungsfragen oder zu einer möglichen Internationalisierung.	MASGF/MWE kurz- bis mittelfristig
	Zielgruppe Gründerinnen und Gründer innerhalb und außerhalb der Wissenschaft einschließlich außerhochschulische Forschungs- und Entwicklungs-Einrichtungen (FuE), akademische Migrantinnen und Migranten		
63	Projekte zur sozialen Gestaltung der digitalen Transformation in der Arbeitswelt*		
	Ziel Förderung von Projekten zur Entwicklung und Erprobung von sozialen Innovationen zur Lösung von beschäftigungspolitischen Herausforderungen des Landes.	Im arbeitspolitischen Kontext Brandenburgs werden nach dieser Richtlinie soziale Innovationen gefördert, mit denen den wichtigen beschäftigungspolitischen Herausforderungen Brandenburgs begegnet werden soll. Diese Herausforderungen resultieren insbesondere aus der Reduzierung und Alterung der Erwerbsbevölkerung (insbesondere auch im ländlichen Raum) sowie der nach wie	MASGF kurz- bis mittelfristig

	<p>Zielgruppe</p> <p>Natürliche Personen, juristische Personen des privaten und des öffentlichen Rechts sowie rechtsfähige Personalgesellschaften unabhängig von ihrer Rechtsform</p>	<p>vor hohen Langzeitarbeitslosigkeit, die die wesentliche Ursache für Armut ist. Sie resultieren aber zum Beispiel auch aus Fachkräfteengpässen in Brandenburger Unternehmen und der Notwendigkeit eines ressourcensparenden und ökologisch intelligenten Umbaus von Arbeitsprozessen. Ein mögliches Handlungsfeld kann dabei u. a. die soziale Gestaltung der digitalen Transformation in der Arbeitswelt (Arbeit 4.0) sein.</p>	
64	Etablierung eines „Regionalen Zukunftszentrums“ in Brandenburg zur Gestaltung der Arbeit der Zukunft		
	<p>Ziel</p> <p>Unterstützung von digitalen Transformationsprozessen im Sinne Guter Arbeit.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Betriebe, Beschäftigte, Betriebsräte</p>	<p>Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), Beschäftigten und Selbständigen bei der Entwicklung und Umsetzung innovativer Gestaltungsansätze zur Bewältigung der digitalen Transformation in Brandenburg (geplante ESF-Förderung des Bundesministeriums für Arbeits und Soziales BMAS).</p>	<p>MASGF</p> <p>kurz- bis mittelfristig</p>
65	Gestaltung des digitalen Wandels in der Arbeitswelt		
	<p>Ziel</p> <p>Gestaltung der Digitalisierung in der Arbeitswelt im ESF-OP 2021-2027 verankern.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Beschäftigte und Betriebe</p>	<p>Entwicklung geeigneter Unterstützungsangebote und Fördererelemente im Rahmen des Operationellen Programms (OP) für den Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2021-2027.</p>	<p>MASGF</p> <p>mittel- bis langfristig</p>
Verknüpfung von Wirtschaft und Forschung/Entwicklung			
66	Weiterentwicklung der Innovationsstrategie des Landes Brandenburg innoBB plus		
	<p>Ziel</p> <p>Aufnahme Digitalisierung in Clusterstrategie.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Unternehmen und Beteiligte der Cluster</p>	<p>Digitalisierung ausdrücklich in Überarbeitung der innoBB plus aufnehmen und als ein Schwerpunktthema für die Zusammenarbeit in und zwischen den Clustern festlegen.</p>	<p>MWE, MWFK</p> <p>kurzfristig</p>
67	Initiierung von Cross-Cluster-Projekten		
	<p>Ziel</p> <p>Clusterübergreifende Zusammenarbeit.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Unternehmen und Beteiligte der</p>	<p>Zwischen IMK-Branchen und allen weiteren acht Clustern: unter Federführung oder Mitwirkung der Clustermanagements Etablierung innovativer Formate zur gemeinsamen Ideen- und Projektentwicklung im Rahmen der Innovationsstrategie des Landes Brandenburg innoBB plus (Design-Thinking-Werkstätten, Hackathons, InnoLabs o. ä.).</p>	<p>MWE, MWFK</p> <p>kurzfristig</p>

68	Verstärkung der Zusammenarbeit der brandenburgischen Wirtschaft mit den brandenburgisch-berliner Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Bereich Digitalisierung	
	<p>Ziel</p> <p>Nutzung des Know-hows der Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen für die brandenburgische Wirtschaft.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Unternehmen, Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in Berlin und Brandenburg mit ihren Transfereinrichtungen</p>	<p>MWE, MASGF und MWFK</p> <p>kurzfristig</p>
69	BahnTechnologie Campus Havelland (BTC Havelland)*	
	<p>Ziel</p> <p>Ausbau des ehemaligen Rangierbahnhofs Wustermark zu einem integrierten Bahn-Technologie-Campus für Logistik, Mobilität, Energie sowie Forschung und Entwicklung.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Wirtschaft, Wissenschaft, Unternehmen aus dem Bereich Eisenbahn, Energie und Infrastruktur (v. a. bahnaffiner Mittelstand); Wissenschaftliche Akteure (insbesondere der Ingenieurwissenschaften) aus Berlin und Brandenburg</p>	<p>MWE, MIL, MWFK, MASGF</p> <p>kurz- bis mittelfristig</p> <p>Die BahnTechnologie Campus (BTC) Havelland GmbH entwickelt den ehemaligen Rangierbahnhof Wustermark zu einem Bahn-Kompetenzzentrum. Als trimodaler Standort der drei Verkehrswege Bahn, Straße und Wasser eignet sich Wustermark hervorragend für die Erprobung zukunftsweisender, verknüpfender und vernetzter Technologien.</p> <p>Die brandenburgische Landesregierung unterstützt das Vorhaben mit etwa 13,3 Millionen Euro aus der Infrastrukturförderung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und möchte den Standort damit zu einer Zukunftswerkstatt der Bahntechnologie ausbauen.</p> <p>Bereits heute fungiert der Standort als Logistik-Campus sowie Drehscheibe für verschiedene Logistikunternehmen und fördert damit die Ansiedlung von weiteren Unternehmen aus der Bahnbranche.</p> <p>Als Praxis- und Erprobungsfeld für verschiedene Unternehmen aus dem Bereich Eisenbahnen, Energie und Infrastruktur soll die Digitalisierung von Bahnsystemen (Eisenbahn 4.0) vorangetrieben werden. Ein Beispiel hierfür ist die Erprobung von Gleisdetectoren zur digitalen Fahrzeugerkennung.</p> <p>In Zusammenarbeit u. a. mit Brandenburger und Berliner Hochschulen soll zudem ein Wissenschafts- und Forschungs-Campus entstehen sowie ein Bildungs- und Praxis-Campus für branchenspezifische Aus- und Weiterbildung, Praktika und Projekte.</p> <p>Die Länder Berlin und Brandenburg bewerben sich mit dem Standort für die Einrichtung eines „Deutschen Zentrums für Schienenverkehrsforschung“ in dieser Region.</p>

70	Digitalisierungsprofessuren	<p>Ziel</p> <p>Bündelung von Kompetenzen sowie Schaffung neuer Professuren im Bereich der Digitalisierung; Sicherstellung der Transferierbarkeit der Forschungsergebnisse</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Unternehmen, Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen</p>	<p>Nach dem Berliner Modell des „Einstein Center Digital Future“ sollen 25 neue Professuren für die Digitalisierung geschaffen werden. Diese sollen innovative, interdisziplinäre Forschung ermöglichen, deren Ergebnisse der Brandenburger Wirtschaft zu Gute kommen können.</p>	<p>MWFK</p> <p>kurz- bis mittelfristig</p>
Digitalisierung in der Land- und Forstwirtschaft				
71	Digitalisierung der Jagdbezirke	<p>Ziel</p> <p>Zeitgemäße Darstellung der Jagdbezirke und Möglichkeit zum kurzfristigen Abruf.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Jagd- und Veterinärbehörden, Jagdausübungsberechtigte</p>	<p>Digitale Darstellung der einzelnen Jagdbezirke als kleinste Bewirtschaftungseinheit.</p> <p>Zeitnahe Erfassung und Verarbeitung von Daten auf Ebene der einzelnen Jagdbezirke.</p>	<p>MLUL</p> <p>kurzfristig</p>
72	Digitalisierung der Streckenmeldungen (Abschusszahlen)	<p>Ziel</p> <p>Zeitgemäße Darstellung der Abschusszahlen und Möglichkeit zum kurzfristigen Abruf relevanter Daten.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Jagd- und Veterinärbehörden, Jagdausübungsberechtigte</p>	<p>Detaillierte Darstellung von Abschusszahlen auf Ebene der einzelnen Jagdbezirke, u. a. um Rückschlüsse auf die Bestandsdichte und -entwicklung zu erhalten. Digitale Verknüpfung von Streckendaten nach Wildarten und Jagdjahren mit dem einzelnen Jagdbezirk. In Verbindung mit der geplanten Digitalisierung der Jagdbezirke ist damit jederzeit ein kurzfristiger Datenabruf möglich. Hierbei ist eine aktive Mitwirkung der Jagdausübungsberechtigten notwendig; insoweit ist die Umsetzung als ein Prozess zu verstehen.</p>	<p>MLUL</p> <p>kurzfristig</p>
73	Beraterrichtlinie für landwirtschaftliche Unternehmen*	<p>Ziel</p> <p>Erkennen von Beratungsbedarf bei landwirtschaftlichen Unternehmen.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Landwirtschaftliche Unternehmen</p>	<p>Erfassen von Beratungsbedarf und ggf. systematische Förderung, sofern staatliche Unterstützung notwendig.</p>	<p>MLUL</p> <p>kurzfristig</p>

Gesundheitswirtschaft

74	Big Data in medicine – International Symposium	<p>Ziel</p> <p>Etablierung und Weiterentwicklung der umfassenden E-Health-Kompetenzen in Brandenburg.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Unternehmen, Akteure der Gesundheitsversorgung, Hochschulen/ Forschungseinrichtungen, (internationale) Netzwerke</p>	<p>Unter Federführung des Digital Health Centers des Hasso-Plattner-Instituts werden in enger Zusammenarbeit mit dem Cluster Gesundheitswirtschaft jährlich verschiedenste Veranstaltungen einschließlich einer jährlichen internationalen Fachkonferenz sowie einem Business Matchmaking für Unternehmen realisiert. Regionale, nationale und internationale Akteure aus Industrie, Wissenschaft und Versorgung werden zusammengebracht, um den Stand der Forschung und Anwendung von Big Data in der Medizin darzustellen und Industrieanforderungen (Plattformökonomie, Technologieentwicklung) zu definieren. 2018 Zusammenarbeit mit der HIMSS Europe und Start des Masterstudienganges Digital Health.</p>	<p>MWE</p> <p>kurzfristig</p>
75	Digitale Gesundheitslösungen made in Brandenburg – digital solutions made in Brandenburg (digisolBB)	<p>Ziel</p> <p>Entwicklung und Realisierung neuer Wertschöpfungsnetzwerke und Geschäftsmodelle in allen Bereichen der Gesundheitswirtschaft mit Bezug zu innovativen technologischen Entwicklungen und Querschnittstechnologien.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Akteure der Gesundheitsversorgung, Unternehmen, Sozialversicherungsträger, Versicherte / Patientinnen und Patienten / Bürgerinnen und Bürger</p>	<p>Unter Federführung des MWE startete im Juli 2018 ein Prozess, in dem neue Wertschöpfungs- und Versorgungsketten für digitale Gesundheitsinnovationen herausgearbeitet werden, deren Umsetzung in Brandenburg erprobt und die Rahmenbedingungen für deren Realisierung aufgezeigt werden sollen. Hierbei sind Fragestellungen zur gesundheitlichen Versorgung der Zukunft zu bearbeiten sowie moderne Kooperationsformen und innovative Produktions- und Dienstleistungstechniken zu berücksichtigen.</p> <p>Am Ende des Prozesses können beispielhafte rechtsfähige sowie wirtschaftlich tragfähige sogenannte Zentren (Unternehmen) stehen, in denen innovative Produkt-, Verfahrens-, Service- und Versorgungslösungen stattfinden bzw. angewandt werden.</p>	<p>MWE</p> <p>mittelfristig</p>
76	Innovation Hub 13: fast track to transfer – Schwerpunkt Life Sciences	<p>Ziel</p> <p>Schaffung einer zentralen Plattform für neue Impulse im Wissens- und Technologietransfer.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Unternehmen, Akteure der Gesundheitsversorgung, Nutzerinnen und Nutzer, Hochschulen / Forschungseinrichtungen</p>	<p>Das Projekt „Innovation Hub 13“, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung über fünf Jahre mit insgesamt rund 12 Millionen Euro gefördert wird, fokussiert u. a. auf die Themenschwerpunkte Digitale Integration und Life Science. Es sollen neue Formate des Wissenstransfers etabliert und somit langfristige Bündelung der Innovationsressourcen erreicht werden.</p>	<p>MWE</p> <p>mittel- bis langfristig</p>

Digitalisierung von Bauprozessen

77	Unterstützung bei der Umsetzung von Building Information Modeling (BIM)		
Ziel	Die verstärkte und weitreichende Einführung von Building Information Modeling (BIM) soll das Planen und Bauen effizienter machen, die Bewirtschaftung des Baubestands verbessern und für die Planerberufe und die Bauwirtschaft zu einer besseren Konkurrenzfähigkeit auch außerhalb Brandenburgs führen.	Die informatorische Integration des Planungs- und Bauprozesses und der Nutzungsphase von Gebäuden und Infrastruktur ist das Kernelement des Building Information Modeling (BIM). Im Bauwesen wird damit ein gegenüber anderen Branchen bestehender Rückstand bei der Digitalisierung von Prozessen schrittweise abgebaut werden können. Die Einführung von BIM ist besonders für kleinere Unternehmen eine Herausforderung und bedarf geeigneter Qualifizierungs- und Beratungsangebote, v. a. seitens der Kammern und Verbände der betroffenen Branchen, begleitet durch die Landesregierung.	MIL mittelfristig
Zielgruppe	Bau- und Immobilienwirtschaft, Architekten und Ingenieure, Baunebengewerbe und Hersteller von Bauprodukten	Instrumente: <ul style="list-style-type: none">• Fortbildung der Akteure,• Kommunikation gegenüber Anwendern,• Behandlung rechtlicher Fragen durch Kammern und Verbände.	

78	Digitalisierung des Baugenehmigungsverfahrens		
Ziel	Qualitäts- und Effizienzgewinne in Planungs-, Genehmigungs- und Bauprozessen.	Zentralisierung und Vereinheitlichung der Bauantragstellung in Brandenburg. Vereinfachung und Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren durch elektronische Kommunikation unter Benutzung des XBau-Standards und Schaffung der Voraussetzungen für die elektronische Beteiligung der landkreisübergreifend zuständigen Fachbehörden.	MIK, MIL mittelfristig
Zielgruppe	Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft	Instrumente: Fachliche Unterstützung der Erarbeitung einer landesübergreifenden Softwarelösung durch den ZIT-BB im Auftrag des Landkreistages bzw. der Landkreise und Städte.	

Medienwirtschaft

79	MediaTech Con*		
Ziel	Standortstärkung durch Bündelung vorhandener Kräfte für eine effektive Standortpräsentation, Vernetzung und Kooperation zwischen allen bundesweiten Digital Hubs.	Standortkonferenz, die bereits etablierte Veranstaltungen (Changing the Picture, VR Now Con & Awards) unter dem Dach des MediaTech Hub Potsdam organisiert und vermarktet. Leuchtturm-Event für die gesamte Digital Hub Initiative des Bundes durch Beteiligungsmöglichkeiten.	MWE kurzfristig
Zielgruppe	Unternehmen, Startups, Institutionen aus den Bereichen Medienproduktion, Medientechnologie, Virtual/Augmented Reality (VR/AR), Digital Engineering,		

80	MediaTech Lab*	<p>Ziel</p> <p>Schaffung kleinteiligen, kostengünstigen und kurzfristig zu vermietenden Büroraums zur Ansiedlung von Jungunternehmen, langfristige Ansiedlung neuer Unternehmen.</p>	<p>Initiierung eines Coworking Space zur Schaffung kurzfristig verfügbaren und kostengünstigen Büroraums für die Medien- und IT-Wirtschaft Brandenburgs. Insbesondere im Zentrum der Brandenburger Medienwirtschaft, der Medienstadt Babelsberg, sind zudem weitere Initiativen zur Stärkung der Ansiedlungsaktivitäten sowie die Verwendung bestehender und neu entstehender Büroflächen für Coworking-Zwecke geplant.</p>	<p>MWE</p> <p>kurzfristig</p>
	Zielgruppe	<p>Jungunternehmen, Gründungswillige aus den Bereichen Medienproduktion, Medientechnologie, Virtual/Augmented Reality (VR/AR), Digital Engineering</p>		
81	MediaTech Hub Potsdam*	<p>Ziel</p> <p>Etablierung Potsdams zum deutschlandweiten Zentrum für Medientechnologien auf Grundlage der am Standort vorhandenen Expertisen für Narration und technische Innovation.</p>	<p>Potsdam wurde bereits 2017 beim „Digital Hub“-Wettbewerb des Bundeswirtschaftsministeriums als „MediaTech Hub Potsdam“ ausgezeichnet, gehört zu den zwölf bundesweiten Digital Hubs und ist der einzige Standort mit dem Schwerpunkt Medientechnologien.</p>	<p>MWE</p> <p>kurzfristig</p>
	Zielgruppe	<p>Unternehmen, Startups, Institutionen aus den Bereichen Medienproduktion, Medientechnologie, Virtual/Augmented Reality (VR/AR), Digital Engineering, Wissenschaft, Industrie</p>	<p>Auf Basis der am Standort gewachsenen Bewegtbild- und IT-Kompetenz werden neue digitale Verfahren der Datenverarbeitung, -verwertung und Medienproduktion entwickelt und umgesetzt. Der MediaTech Hub Potsdam bündelt dazu Innovationen von Digital Media und Digital Engineering und erschließt mit diesen Innovationen auch neue Kundensegmente über die Grenzen der Medienwirtschaft hinaus, z. B. im Industriebereich. Dies ist zugleich der Kern der Aktivitäten des MediaTech Hub Potsdam: eine branchenübergreifende Ausrichtung, die einen Innovationsraum für die Digitale Transformation schafft.</p>	
82	Medienforschung: „dwerft 2“*	<p>Ziel</p> <p>Vervollständigung der digitalen Wertschöpfungskette innerhalb von Medienproduktionen, Schaffung einer gemeinsamen Technologieplattform, Entwicklung marktfähiger Produkte.</p>	<p>BMBF-gefördertes Forschungsprojekt zur Vernetzung der Produktion, Archivierung und Distribution von audiovisuellen Medieninhalten. Im Zentrum der Arbeit steht die verlustfreie und lückenlose Vernetzung der Arbeitsprozesse durch die gemeinsame Nutzung anfallender Informationen über offene, interoperable Standards.</p>	<p>MWE</p> <p>kurzfristig</p>
	Zielgruppe	<p>während des Forschungsprojekts v. a. Potsdamer Medienunternehmen, nach Zielerreichung die gesamte Medienproduktionsbranche</p>		

83	Innovationscluster „Volumetric Capture Studio Babelsberg“*	<p>Ziel</p> <p>Entwicklung zukunftsfähiger medientechnologischer Geschäftsfelder für den branchenübergreifenden Einsatz.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Industrieunternehmen, Produktionsfirmen, 3D-Studios, Agenturen, Verleiher, Programm-anbieter, Rundfunkbetreiber, Kulturbetreiber, Location Based Entertainment, E-Education, Museen, Event-Veranstalter, Touristikunternehmen</p>	<p>GRW-Innovationscluster (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“), in dem es per 3D-Modellierungen möglich ist, natürliche Repräsentationen realer Objekte und Personen zu generieren, die in virtuellen Welten platziert werden können. Bedient den Wachstumsmarkt der Virtual, Augmented und Mixed Reality und findet bereits heute branchenübergreifend Anwendung, z. B. in der Prozessoptimierung im produzierenden Gewerbe, in Rehabilitationsprogrammen der Gesundheitswirtschaft oder in der Erschaffung virtueller Welten in Filmen und Games.</p>	<p>MWE</p> <p>kurzfristig</p>
84	Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH: New Media Förderung*	<p>Ziel</p> <p>Förderung innovativer audiovisueller Inhalte, Förderung internationaler Koproduktionen im Bereich digitaler Inhalte, Förderung studentischer Projekte mit innovativem und experimentellem Charakter.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Autorinnen und Autoren, Produzentinnen und Produzenten, Entwicklerinnen und Entwickler, Studierende</p>	<p>Als wichtiger Baustein einer zukunftsweisenden audiovisuellen Kultur unterstützt das Medienboard die Entwicklung und Produktion von interaktiven und innovativen Inhalten, wie z. B. Games, Webserien, Multiplattformprojekte, Transmedia und Virtual Reality.</p>	<p>MWE</p> <p>kurz- bis langfristig</p>
Tourismus				
85	Tourismusnetzwerk Brandenburg*	<p>Ziel</p> <p>Vernetzung, Transparenz, Projektinitiierung, Wissenstransfer, Verzahnung mit der Tourismusakademie Brandenburg.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Alle Akteure im System Tourismus Brandenburg</p>	<p>B2B-Online-Portal der brandenburgischen Tourismuswirtschaft in Zusammenarbeit mit allen touristischen Spitzenverbänden und -organisationen.</p>	<p>MWE</p> <p>kurzfristig</p>
86	Entwicklung einer gemeinsamen landesweiten Contentstrategie*	<p>Ziel</p> <p>Verbesserung der Marktdurchdringung, Kosteneffizienz und Steigerung</p>	<p>Entwicklung einer gemeinsamen landesweiten Content-Strategie für den brandenburgischen Tourismus (Definition relevanter Inhalte für Zielgruppen, Content-Taktik, Ausgabekanäle und Content-Management).</p>	<p>MWE</p> <p>kurzfristig</p>

der Markenetablierung.

Zielgruppe

TMB Tourismus-Marketing
Brandenburg GmbH, regionale
Tourismusorganisationen, lokale
Tourismusvereine, Tourist-
Informationen, touristische
Unternehmen, Fachverbände

87 Digitalisierung touristischer Touchpoints*

Ziel

Digitale Begleitung des Gastes in
der Customer Journey,
Digitalisierung analoger
Informationen.

Flächendeckende Bereitstellung der Software
„MeinBrandenburg“ zur Darstellung touristischer, geo-
referenzierter Informationen (Veranstaltungen, Points of
Interest) auf verschiedenen digitalen Endgeräten zur
Information der Gäste während eines Brandenburg-
Aufenthalts und Unterstützung bei der Hardware-Ausstattung
im öffentlichen Raum.

MWE

kurz- bis
mittelfristig

Zielgruppe

Touristische Unternehmen,
Tourist-Informationen, Kultur- und
Freizeiteinrichtungen

88 Information und Sensibilisierung der touristischen Akteure entlang des 3-Ebenen-Modells für Themen der Digitalisierung*

Ziel

Wissenstransfer, Verzahnung mit
der Tourismusakademie
Brandenburg.

Workshops und Informationsveranstaltungen in den
touristischen Regionen, Entwicklung neuer dezentraler
Bildungs- und Kommunikationsformen (eLearning).

MWE

kurzfristig

Zielgruppe

Touristische Unternehmen

89 Nutzung des Online-Finanzierungsinstrumentes Crowdfunding zur touristischen Produkt- und Angebotsentwicklung

Ziel

Einbeziehung der Nutzer in
Angebotsentwicklung und -
finanzierung (Open-Innovation-
Ansatz).

Nach erfolgreicher Pilotumsetzung eines Crowdfunding-
projekts im Fläming (Flämingschmiede) soll dieses
Instrument für weitere Regionen in Brandenburg
weiterentwickelt werden.

MWE

kurz- bis
mittelfristig

Zielgruppe

Regionen, touristische
Unternehmen

90 Weiterentwicklung der zentralen touristischen Datenbanken im ContentNetzwerk Brandenburg

Ziel

Moderne und leistungsfähige
Dateninfrastruktur für den

Weiterentwicklung des Content-Partnernetzwerkes bei
DAMAS, TOMAS und Veranstaltungsdatenbank (zentral bei
der TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH
betriebene Datenbank-Architektur und dezentrale Daten-

MWE

mittelfristig

<p>Tourismus.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH und Partner</p>	<p>eingabe durch Regionen, Orte und Leistungsträger): Prüfung und ggf. Optimierung der Eingabemasken und Workflows, Umsetzung semantischer Technologien, künstliche Intelligenz, Big-Data-Management, Weiterentwicklung der Open-Source-Strategie und Datenauszeichnung.</p>
--	--

Berufliche Aus- und Weiterbildung

91 ESF-Projektförderung „Innovative, modellhafte Weiterbildungskonzepte zur Entwicklung modellhafter Curricula in der beruflichen Weiterbildung“*

<p>Ziel</p> <p>Anpassung der Kompetenzvermittlung an veränderte Lehr- und Lernanforderungen.</p>	<p>Gestaltung innovativer, modellhafter Weiterbildungskonzepte zur Entwicklung modellhafter Curricula in der beruflichen Weiterbildung (Förderung im Rahmen ESF-Weiterbildungsrichtlinie).</p>	<p>MASGF</p> <p>kurzfristig</p>
---	--	--

Zielgruppe
Bildungsdienstleister, Beschäftigte

92 Förderung betrieblicher Weiterbildungsmaßnahmen*

<p>Ziel</p> <p>Entwicklung betrieblichen Know-hows zur Nutzung und Gestaltung der Potenziale der Digitalisierung.</p>	<p>Förderung der betrieblichen Weiterbildung mit dem Fokus auf Kompetenzen zur Gestaltung des digitalen Wandels (Förderung im Rahmen ESF-Weiterbildungsrichtlinie).</p>	<p>MASGF</p> <p>kurz- bis mittelfristig</p>
--	---	--

Zielgruppe
Beschäftigte in Brandenburger Unternehmen

93 ESF-Projektförderung im Rahmen der qualifizierten Ausbildung im Verbundsystem, hier Zusatzqualifizierungen*

<p>Ziel</p> <p>Stabilisierung der betrieblichen Ausbildungsbasis, Erhöhung der Ausbildungsqualität in Brandenburger Unternehmen.</p>	<p>Vermittlung von Zusatzqualifikationen, insbesondere digitale Kompetenzen (berufsspezifisch), hier Kooperation mit dem Berliner Modellprojekt „Zusatzqualifikationen für digitale Kompetenzen in der Aus- und Weiterbildung“.</p>	<p>MASGF</p> <p>kurz- bis mittelfristig</p>
---	---	--

Zielgruppe
Betriebe, Auszubildende

94 Modellvorhaben Duale Ausbildung Digital*

<p>Ziel</p> <p>Befähigung des Ausbildungspersonal für betriebliche Digitalisierungsanforderungen, Sicherung beruflicher Ausbildungsqualität.</p>	<p>Qualifizierung des Ausbildungspersonals für betriebliche Digitalisierungsanforderungen.</p>	<p>MASGF</p> <p>kurzfristig</p>
---	--	--

Zielgruppe
Bildungsdienstleister, Kammern

d. Attraktives Leben in Brandenburg

Mobilität und Verkehr

95	Ausweitung des Online-Angebotes „Wohn- und Mobilitätskostenrechner“ (WoMoKo)*		
	Ziel Ausweitung des WoMoKo auf das Betrachtungsgebiet ganz Brandenburgs in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz sowie der VBB GmbH.	Der Wohn- und Mobilitätskostenrechner ermittelt und vergleicht Kosten für Pendlerinnen und Pendler. Er ist ein Online-Informationssdienst, der Mobilitätskosten und Wohnkosten zusammen betrachtet und individuell auf den Nutzer zugeschnitten berechnen kann. Damit können die Gesamtkosten verschiedener Wohnalternativen direkt miteinander verglichen und bei der Wohnortentscheidung berücksichtigt werden.	MIL kurzfristig
	Zielgruppe Bürgerinnen und Bürger, insbesondere Arbeitspendlerinnen und -pendler oder Personen, die einen Wohnortwechsel planen.	Der bisherige Dienst umfasst das Gebiet von Berlin und einem weiten Umlandbereich. Er reicht derzeit bis Angermünde im Nordosten, Wusterhausen/Dosse im Nordwesten, Bad Belzig im Südwesten und Lübben (Spreewald) im Südosten. Dieser Bereich soll auf die ganze Fläche Brandenburgs ausgeweitet werden, wozu zusätzliche Datenbestände und Anpassungen an der Software notwendig sind. Ergänzend hierzu sollen weitere Verbesserungsmöglichkeiten geprüft werden.	
96	Errichtung einer modernen Radstätte (u. a. digital ausgestattet zur Information und Interaktion)*		
	Ziel Steigerung der Attraktivität von Radwegen und Radhaltepunkten durch eine bequeme, interaktive Informationsvermittlung für Radreisende entlang des „Radweges Deutsche Einheit“ mithilfe einer modernen, digital ausgestatteten Radstätte in Brandenburg.	Zwischen der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn und der heutigen Bundeshauptstadt Berlin soll ein Ländergrenzen überschreitender Radweg geschaffen werden. Der Radweg soll das Zusammenwachsen Deutschlands seit der Wiedervereinigung verdeutlichen und die Ereignisse in diesem Zusammenhang anschaulich und informativ präsentieren. Er soll mit neuen Ausstattungsstandards versehen werden, die die Themen Radverkehr, Elektromobilität und digitale Infrastruktur praktikabel und gut sichtbar miteinander verknüpfen. Dazu sollen u. a. Radstätten entlang des Radweges errichtet werden, die mit Touchpad, öffentlichem WLAN-Hotspot und Lademöglichkeit für Pedelecs ausgestattet sind und die als Orientierung, Information und zum Verweilen dienen sollen. An den Radstätten wird es eine Vielzahl von Informationen u. a. über die Region geben. Eine entsprechende Website mit mobiler App wird ebenfalls zur Verfügung stehen.	MIL kurzfristig
	Zielgruppe Bürgerinnen und Bürger sowie Wirtschaft, Radreisende, Tagestouristen und Einwohner, Tourismusgewerbe, Fahrradhändler, Reparaturservice etc.	Die Landesregierung unterstützt die Gemeinde Borkheide im Landkreis Potsdam-Mittelmark bei der Errichtung einer digital ausgestatteten Radstätte entlang des „Radweges Deutsche Einheit“.	
97	INNOS-Projekt zum elektronischen Ticket in Form einer Chipkarte*		
	Ziel Finale Umsetzung des E-Ticketing mittels Chipkarte im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg	Im Rahmen des Forschungs- und Anwendungsprojekts INNOS wurde ein innovatives, interoperables elektronisches Fahrgeldmanagementsystem entwickelt, das auf eine Erhöhung des Kundenkomforts setzt.	MIL kurzfristig

	(VBB)	Ziel ist die schrittweise Ausstattung der Verkehrsunternehmen in der Region Berlin-Brandenburg mit den notwendigen Ausgabe-, Lese- und Kontrollgeräten für einen elektronischen Fahrausweis, der auf einer Chipkarte – der VBB-fahrCard – gespeichert ist.	
	Zielgruppe		
	Bürgerinnen und Bürger, insbesondere für Fahrgäste mit Abonnementkarten		
98	Verkehrsmittel- und zuständigkeitsübergreifendes Informations- und Störfallmanagement zur Sicherung der Erreichbarkeit des Flughafens BER (AIRVIS)		
	Ziel	Vorbereitung und Umsetzung eines intermodalen Informations- und Störfallmanagements in Kooperation zwischen den Berliner Flughäfen, den zuständigen Baulastträgern, dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg VBB, den öffentlichen Verkehrsunternehmen, der Polizei und der Verkehrsinformationszentrale VIZ Berlin (Strategie-management).	MIL
	Bereitstellung einer lückenlosen und aktuellen Tür-zu-Tür Verkehrsinformation für die Fluggäste zwischen dem Flughafen und den Zielen in Berlin und Brandenburg.		kurz- bis mittelfristig
	Zielgruppe	Etablierung eines intelligenten Verkehrssteuerungssystems / Telematik-Systems im Großraum Berliner Flughafen BER.	
	Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung, Fluggäste insbesondere aus Berlin und Brandenburg	Das Projekt ist eine Gemeinschaftsaufgabe des MIL mit der Berliner Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (SenUVK).	
99	Probetrieb autonomen Nahverkehrs im Landkreis Ostprignitz-Ruppin*		
	Ziel	In einem etwa zweijährigen Testbetrieb soll ein selbstfahrender Bus in ländlichen Regionen Brandenburgs als Zubringer zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Landkreis Ostprignitz-Ruppin erprobt werden. Dabei sollen neuartige Betriebskonzepte getestet werden, die deutlich über das übliche öffentliche Verkehrsangebot in diesen Regionen hinausgehen, gleichzeitig aber die bestehenden Linien optimal ergänzen und gezielt auch für die ältere Wohnbevölkerung eine sinnvolle Ergänzung darstellen könnten.	MIL
	Test des Einsatzes fahrerloser Kleinbusse im öffentlichen Verkehr in den ländlichen Räumen Brandenburgs unter den Aspekten der genehmigungsrechtlichen Umsetzbarkeit, der Nutzerakzeptanz sowie der Finanzierbarkeit im Betrieb.		kurz- bis mittelfristig
	Zielgruppe	Der selbstlenkende Kleinbus wird im Testzeitraum noch von einem menschlichen und gut ausgebildeten Operator überwacht.	
	Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung	Das Verbundprojekt wird von der Ostprignitz-Ruppiner Nahverkehrsgesellschaft ORP, den Technischen Universitäten Berlin und Dresden sowie der Regionalentwicklungsgesellschaft (REG) Nordwestbrandenburg durchgeführt.	
		Die Projektidee entstand im Modellvorhaben „Langfristige Sicherung von Versorgung und Mobilität in ländlichen Räumen“. Das Projekt wird durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) im Programm „Automatisiertes und vernetztes Fahren“ gefördert und vom MIL aktiv unterstützt und beraten.	

100 **DELFI „Durchgängige Elektronische Fahrgastinformation“ (Vernetzung der Fahrplanauskunftssysteme der deutschen Bundesländer)***

Ziel	Regionale Fahrgastinformationssysteme von Verbänden oder Landesnahverkehrsgesellschaften sind ein wichtiges Serviceangebot für die Kunden des ÖPNV.	MIL
Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) mithilfe verbesserter Fahrgastinformationen zu öffentlichen Verkehrsverbindungen (deutschlandweit)	DELFI ist eine Kooperation der Bundesländer und des Bundes zur Integration dieser regionalen Fahrplanauskünfte in einem bundesweiten System. DELFI verfolgt das Ziel der Bereitstellung von Informationen zu deutschlandweiten und durchgängigen, öffentlichen Verkehrsverbindungen mit einer einzigen Kundenabfrage.	a) kurzfristig b) kurz- bis mittelfristig
Zielgruppe	a) Bereitstellung einer deutschlandweiten Auskunft von ÖPNV-Verbindungen: Kurzfristig sollen deutschlandweite und durchgängige Verbindungen mit einer einzigen Kundenabfrage angezeigt werden können. Zudem soll eine schnelle Antwortzeit der Verbindungsauskunft erreicht werden.	c) mittel- bis langfristig
Bürgerinnen und Bürger, insbesondere ÖPNV-Kunden	b) Bereitstellung von Echtzeitdaten: Den Kunden sollen zu den deutschlandweiten Verbindungen zusätzlich Echtzeitinformationen zur Verfügung stehen. c) Bereitstellung von Informationen zur Barrierefreiheit: Bei der deutschlandweiten Fahrgastinformation setzen sich Bund und Länder für eine umfassende Bereitstellung von Informationen über die Barrierefreiheit von Verbindungen, Fahrzeugen und Haltestellen ein. d) Bereitstellung der gesamten Servicekette: Im Rahmen von DELFI soll langfristig die gesamte Servicekette Informieren-Buchen-Bezahlen zur Verfügung stehen.	d) langfristig
	Das Ziel einer durchgängigen elektronischen Fahrgastinformation (DELFI) wird auf unterschiedlicher Ebene gestaltet und vorangetrieben. Die VBB GmbH ist Mitglied im DELFI e. V. und setzt die Schaffung einer durchgängigen elektronischen Fahrgastinformation um. Das Land Brandenburg (Vertreterin aus dem MIL) arbeitet im DELFI-Lenkungsausschuss mit, der die politischen und strategischen Weichen für die inhaltliche Arbeit des DELFI e. V. stellt.	

101 **Digitale Vertriebsformen im öffentlichen Nahverkehr im VBB**

Ziel	Kunden erwarten zunehmend, jederzeit und an jedem Ort Fahrkarten erwerben zu können. Neben den klassischen Vertriebskanälen (Fahrausweisautomaten) müssen Verkehrsunternehmen daher ihre digitalen Vertriebskanäle (z. B. Handyticket) stärken. Insbesondere kleinere Verkehrsunternehmen in Brandenburg stellt der notwendige Ausbau des digitalen Vertriebs vor technische sowie finanzielle Herausforderungen, bei denen sie – in Abstimmung mit den Ländern Brandenburg und Berlin – von der VBB GmbH unterstützt werden. Das Land Brandenburg hat zusammen mit dem Land Berlin die VBB GmbH damit beauftragt, Umsetzungsstrategien für die Weiterentwicklung des digitalen Vertriebs und der digitalen Services im Verbundgebiet zu erarbeiten.	MIL
Ausbau digitaler Vertriebskanäle im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)		kurz- bis langfristig
Zielgruppe		
Bürgerinnen und Bürger sowie Wirtschaft, insbesondere ÖPNV-Kunden und Verkehrsunternehmen		

102 **Digitale Zugsicherungs- und Stellwerktechnik (ETCS, ESTW)**

	<p>Ziel</p> <p>Steigerung der Leistungsfähigkeit der Schieneninfrastruktur durch digitale Zugsicherungs- und Stellwerktechnik (ETCS, elektronische Stellwerke). Effektivere und schnellere Abläufe im Betrieb.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Bürgerinnen und Bürger sowie Wirtschaft</p>	<p>Bei dem Projekt handelt es sich um die Modernisierung und Digitalisierung der Schiene durch modernste europäische Leit- und Sicherungstechnik, wie ETCS (digitale Zugsicherung, -beeinflussung und -steuerung) und ESTW (elektronische Stellwerke). Der moderne Bahnverkehr funktioniert elektronisch und digital.</p> <p>Diese Technologien erhöhen die Sicherheit und den Verkehrsfluss im Bahnverkehr. Das Zusammenspiel von ESTW und ETCS bedeutet ein Höchstmaß an Sicherheit sowie die Möglichkeit, im Hochgeschwindigkeitsverkehr mehr Züge auf einer Strecke fahren zu lassen.</p> <p>Der Bund koordiniert die Ausstattung der Hauptkorridore mit dem European Train Control System (ETCS). Die Länder müssen eine entsprechende Ausstattung der Schienenfahrzeuge sicherstellen, welche die ETCS-Technologie nutzen kann. Die hierzu erforderliche Finanzierung ist durch den Bund zu gewährleisten.</p> <p>Das Ländergremium „Arbeitskreis Bahnpolitik“ setzt sich dafür ein, dass die Länder über den Umstellungsprozess (Migration der Technologie) informiert werden und ihre Belange Berücksichtigung finden.</p>	<p>MIL</p> <p>mittel- bis langfristig</p>
<p>103</p>	<p>WLAN in Nahverkehrszügen des Landes Brandenburg*</p> <p>Ziel</p> <p>Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs durch die Möglichkeit zur drahtlosen Internetnutzung (WLAN) bei Fahrten im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Landes Brandenburg.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung.</p> <p>Fahrgäste im SPNV des Landes Brandenburg</p>	<p>Das Pilotprojekt im VBB-Gebiet „Digital im Regio“, bei dem auf ausgewählten Linien eine drahtlose Internetverbindung über WLAN in den Zügen erprobt wurde, ist erfolgreich verlaufen. Das Land Brandenburg beabsichtigt WLAN in allen Zügen des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) anzubieten:</p> <p>a) bei geeigneten bestehenden Verkehrsverträgen, b) bei Neuvergaben von SPNV-Leistungen.</p> <p>Das WLAN-Angebot soll dabei für den Fahrgast kostenlos sein und wird auf eine Datenmenge pro Tag begrenzt. Das Land Brandenburg wird, gemeinsam mit den benachbarten Aufgabenträgern, diesen „Mehrwert“ im Rahmen der Verkehrsverträge finanzieren.</p>	<p>MIL</p> <p>a) kurz- bis mittelfristig</p> <p>b) langfristig</p>
<p>104</p>	<p>Förderung von Mobilitätskonzepten mit Digitalisierungsbezug über die Richtlinie Mobilität des</p> <p>Ziel</p> <p>Senkung des CO₂-Ausstoßes im Verkehr durch bessere Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsmittel des Umweltverbundes im Sinne multimodaler Mobilität bzw. durch ein datenbasiertes und nachhaltiges Mobilitäts- und Verkehrsmanagement.</p> <p>Zielgruppe</p>	<p>Das Land fördert Strategien zur Senkung des CO₂-Ausstoßes einschließlich einer nachhaltigen Mobilität.</p> <p>Im Verkehrssektor soll, unter anderem durch die (digital gestützte) Optimierung und Vernetzung aller Verkehrsträger, Energie eingespart und Emissionen somit reduziert werden. Gleichzeitig kann ein Beitrag zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV geleistet werden.</p> <p>Digitalisierung kann über zusammengeführte Echtzeitinformationen zu einem nachhaltigeren Mobilitätssystem beitragen. Mobilitätsdaten sind dabei zugleich Treiber und Rohstoff für ein digital gestütztes Verkehrssystem.</p> <p>Ein modernes, datengestütztes Mobilitäts- und Verkehrs-</p>	<p>MIL*</p> <p>kurz- bis mittelfristig</p>

	<p>Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung.</p> <p>Kommunen, Unternehmen mit genehmigten Linienverkehren nach § 42 PBefG sowie juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts können Antragsteller für eine entsprechende Förderung sein.</p>	<p>management kann großflächig Verkehrssituationen abbilden, beeinflussen und gezielt steuern, indem beispielsweise zeitnah umfassende, bedarfsgerechte und verkehrsmittel-übergreifende Informationen an die Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer weitergegeben werden.</p>	
105	<p>Digitalisierung von Wasserstraßen, Teilprojekt Elbe 4.0</p> <p>Ziel</p> <p>Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Verkehrsträgers „Wasserstraße“ durch Ausstattung des Elbkorridors mit technischer Infrastruktur für die Vorhaltung von Binnenschiffahrtsinformationsdiensten (RIS-River Information Services).</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Wirtschaft, Verwaltung.</p> <p>Gewerbliche Nutzer im Rahmen der Planung/ Disposition von Gütern auf dem Elbkorridor. Wasserschutzpolizei, Schleusen- und Hafengebiete sowie Schiffsführer der Binnenschiffahrt auf der Elbe.</p>	<p>Die Elbe hat als überregionale Wasserstraße und Teil des Europäischen Verkehrsnetzes (TEN-T-Netz) eine hohe Bedeutung. Die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Hamburg und Brandenburg haben 2017 eine gemeinsame Studie zur Digitalisierung des Elbkorridors (Elbe 4.0) vorgestellt und wollen ausgehend von dieser Studie die Digitalisierung der Binnenschiffahrt aktiv vorantreiben.</p> <p>Echtzeitinformationen für die Binnenschiffer können eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Fahrinne ermöglichen, AIS (Automatic Identification System)-Informationen eine Verkehrssteuerung und die Verknüpfung von Informationen eine effektivere Logistikkette.</p> <p>Im Rahmen des EU geförderten Projektes RIS COMEX (River Information System/ Services: Corridor Management Execution) wurde von der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung – in einem ersten Schritt – an der gesamten Elbe „AIS Landinfrastruktur“ aufgebaut. Eine Pilotanwendung soll nun Ergebnisse über die Nutzung virtueller Schifffahrtszeichen liefern und bis Ende 2020 sollen weitere technische Erweiterungen und Tests erfolgen.</p> <p>Bei Binnenschiffahrts-Informationendiensten (RIS) kann es sich um Fahrwasserinformationsdienste, Verkehrs- informations- und Verkehrsmanagementdienste, Dienste zur Unterstützung der Unfallbekämpfung, transportbezogene Dienste sowie Dienste im Zusammenhang mit Wasserstraßen- und Hafengebühren handeln.</p>	<p>MIL, MWE</p> <p>kurz- bis langfristig</p>
106	<p>Digitalisierung von Wasserstraßen, Teilprojekt Digitales Testfeld Spree-Oder-Wasserstraße</p> <p>Ziel</p> <p>Stärkung der Wasserstraße als umweltfreundlichen und kostengünstigen Verkehrsträger im Wettbewerb der Güterverkehrswege durch die Bereitstellung des digitalen Testfeldes „SOW“ für neuartige Technologien und effizientere Betriebsformen in der Binnenschiffahrt.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft,</p>	<p>Der Bund hat die Spree-Oder-Wasserstraße (SOW) zu einem digitalen Testfeld für die Binnenschiffahrt erklärt. Wenn eine entsprechende technische Ausstattung durch den Bund sichergestellt wird, dann können dort zukunftssträchtige Technologien getestet werden, wie leichte und intelligent vernetzte Schubverbandsysteme oder hochautomatisierte / autonome Binnenschiffe.</p> <p>Solche Technologien könnten künftig auch kommerzielle Binnenschiffahrt auf niedriger klassifizierten Wasserstraßen ermöglichen, die heute noch nicht dafür genutzt werden können.</p> <p>Das Land ist hierbei in engem Austausch mit dem Bund, der Eigentümer dieser Bundeswasserstraße ist.</p>	<p>MIL, MWE</p> <p>mittel- bis langfristig</p>

Verwaltung.

Insbesondere gewerbliche und wissenschaftliche Akteure der Güter- und Warenlogistik sowie des Binnenschiffverkehrs

107 **Unterstützung für die Entwicklung und den sicheren Einsatz von UAS – unmanned aircraft systems (Drohnen)**

<p>Ziel</p> <p>Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen, die die Entwicklung von UAS ermöglichen und einen sicheren Betrieb von sogenannten „Drohnen“ gewährleisten.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung.</p> <p>Gewerbliche, private und wissenschaftliche Nutzerinnen und Nutzer von UAS.</p>	<p>Politische Unterstützung von Vorhaben, die UAS zur Steigerung von Sicherheit, Versorgungsqualität oder wirtschaftlicher Entwicklung einsetzen.</p> <p>Dazu wird bei der rechtlichen Rahmensetzung und deren Ausführungsvorschriften aktiv mitgewirkt. Im Vordergrund steht aktuell die Einführung und Umsetzung der EU-„Drohnenverordnung“, die eine einheitliche europäische Rechtslage (EASA-Grundverordnung) vorgeben wird. Weiterhin wird die Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg LuBB als nachgeordnete, operative Behörde vom MIL unterstützt.</p> <p>Zusätzlich werden UAS-Forschungsprojekte unterstützt. Zu nennen ist der Verein CURPAS (Civil Use Remotely Piloted Aircraft Systems), der sich für die Entwicklung des Einsatzes von autonomen Systemen einsetzt. Aktuelles Projekt ist dabei TITUS, in welchem ein Testzentrum für autonome Systeme entstehen soll.</p> <p>Ein weiteres Vorhaben mit Unterstützung durch das MIL ist der Einsatz von UAS im Brand- und Katastrophenschutz durch das MIK.</p>	<p>MIL, MWE</p> <p>kurz- bis langfristig</p>
---	---	---

108 **Zentrale Bereitstellung von Reiseinformationsdaten**

<p>Ziel</p> <p>Verbesserung der Zugänglichkeit und des Austausches von Reise- und Verkehrsdaten und infolge dessen Möglichkeit der Optimierung multimodaler Informationsankünfte/-dienste.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Verwaltung.</p> <p>Die Bürgerinnen und Bürger als Endnutzer verbesserter und standardisierter Informationen Dritter (bspw. durch mobile Apps).</p> <p>Datennutzer aus Gesellschaft oder Privatwirtschaft, insbesondere Startups, die mithilfe der verfügbaren Daten neue Angebote oder Informationsdienste entwickeln können.</p> <p>Auch Verkehrsbetriebe und -verbände können die Daten</p>	<p>Gemäß der EU-IVS-Richtlinie (2010/40/EU) zu Intelligenten Verkehrssystemen (IVS) wurden vier delegierte Verordnungen ausgearbeitet, um die Entwicklung von Informationsdiensten für Verkehrsteilnehmer/innen und andere IVS-Dienste zu beschleunigen.</p> <p>Eine davon ist die delegierten EU-Verordnung Nr. 2017/1926 (zur zentralen Bereitstellung EU-weiter, multimodaler Reiseinformationsdienste). Das Ziel dieser Verordnung ist die Verbesserung der Zugänglichkeit und des Austausches von Reise- und Verkehrsdaten sowie deren Aktualisierung.</p> <p>Dies betrifft Personenverkehrsdienste im Luft-, Schienen- und Straßenverkehr, in der Binnenschiffahrt oder Kombinationen davon. Diese delegierte EU-Verordnung soll in mehreren Schritten bis Ende 2019, 2020, 2021 und 2023 umgesetzt werden.</p> <p>Das MIL wirkt hierbei in den Arbeitsgruppen des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) mit und arbeitet auch eng mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg sowie den unterstellten Verkehrsbehörden des Landes zusammen, damit diese die entsprechenden Daten in der gewünschten Qualität zur Verfügung stellen zu können.</p> <p>Diese Daten sollen zentral auf einem nationalen Zugangspunkt des Bundes bereitgestellt werden.</p>	<p>MIL</p> <p>kurz- bis langfristig</p>
---	--	--

nutzen, um ihre Angebote bedarfsgerecht mit Zusatzangeboten zu ergänzen.

109	Datenbereitstellung im Baustelleninformationssystem BIBER*		
	Ziel Verbesserung der Informationsgewinnung und Zugänglichkeit von Baustelleninformationen im Land Brandenburg.	Das Baustelleninformationssystem BIBER enthält bisher alle Informationen zu Baustellen und Sperrungen des Landes Berlin und des gesamten Landes Brandenburg, die über eine längere Zeit eingerichtet worden sind, auf einer Plattform, welche von der VMZ Berlin betrieben wird. Es werden alle Baustellen auf den klassifizierten Straßen erfasst. Das klassifizierte Straßennetz umfasst Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen.	MIL kurz- bis mittelfristig
	Zielgruppe Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Verwaltung. Straßenbauverwaltungen der Länder Berlin und Brandenburg. Wirtschaft und Verbände des Speditionsgewerbes. Auch Verkehrsbetriebe und -verbände könnten die Daten nutzen, um ihre Angebote bedarfsgerecht mit Zusatzinformationen auszustatten.	Für den Zeitraum von 2021 bis 2030 soll ein neu gestaltetes integriertes Verkehrsinformations- und Verkehrssteuersystem in der Region Berlin/Brandenburg aufgebaut werden (siehe Maßnahme AIRVIS). Schwerpunkt dabei ist die direkte Eingabe aller Baustellenanordnungen von Vorhabenträgern (Landesbetrieb Straßenwesen, Landkreise, kreisfreie Städte u. a.) auf dieser Plattform. Zusätzlich sollen Baustellen kürzerer Dauer und andere Verkehrsraumseinschränkungen rund um die Uhr verfügbar sein. Diese Daten sollen auch auf dem nationalen Zugangspunkt (MDM) bereitgestellt werden. Ein Verkehrsdatenaustausch mit Polen wird ebenfalls angestrebt.	

110	Verkehrslenkungssystem mit "Ökomodus"		
	Ziel Reduzierung von Feinstaubkonzentration an bestimmten Strecken.	Einbindung von ökologischen Messdaten in die Routenplanung (analog zu Stau und Baustellen). Eine bessere Verkehrssteuerung durch vernetztes Fahren basierend auf aktuellen Messwerten erhöht die Luftqualität.	MLUL langfristig
	Zielgruppe Bürgerinnen und Bürger		

Wohnen und Leben

111	LUIS-Abfallassistent*		
	Ziel Erleichterung des Zugangs zu und Verfügbarmachung von Informationen zu Havariedienstleistern, Entsorgern und Abfallmaklern.	Interaktives Datenangebot in Karten- und Listendarstellungen.	MLUL kurzfristig
	Zielgruppe Bürgerinnen und Bürger sowie Wirtschaft		

112	LUIS-Dienst Luftgüte		
	Ziel	Optimierung des Angebots für mobile Endgeräte.	MLUL
	Verbesserung der Zugänglichkeit zu und Recherchemöglichkeiten zu Messdaten und Warnungen.		kurzfristig
	Zielgruppe		
	Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltung		
113	LUIS-Dienst Umweltanalytik		
	Ziel	Öffnung der bisher ausschließlich ressortinternen Bereitstellung der Daten für die Öffentlichkeit.	MLUL
	Erweiterung der Transparenz durch Datenbereitstellung für die Öffentlichkeit.		kurzfristig
	Zielgruppe		
	Bürgerinnen und Bürger		
114	Digitalisierung für energieeffiziente Städte und Quartiere*		
	Ziel	Durch den Einsatz digitaler Technologien und Verfahren ist es möglich, die Effizienz bei der Energieversorgung in Städten und Quartieren zu verbessern, dezentrale Strom- und Wärmeerzeugung (z. B. aus erneuerbaren Energien) besser zu integrieren sowie die Sektoren Strom, Wärme und Mobilität im Quartier zu koppeln. Kommunen können Potenziale durch die Digitalisierung für Energieeinsparung und Minderung von CO ₂ -Emissionen identifizieren und Maßnahmen umsetzen.	MIL
	Städte und Gemeinden sowie andere Akteurinnen und Akteure erarbeiten energetische Quartierskonzepte, die Potenziale zur CO ₂ -Reduzierung durch den Einsatz digitaler Technologien identifizieren und setzen diese um.		kurz- bis langfristig
	Zielgruppe	Instrumente: Unterstützung von Kommunen und weiterer Beteiligter mithilfe bestehende Organisationsstrukturen des energetischen Umbaus im Quartier.	
	Verwaltung, Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger	Öffentlichkeitsarbeit (z. B. Rundbriefe, Veranstaltungen), Vor-Ort-Termine, Kontaktstelle, pilothafte Projekte (auch mit Förderung).	
115	„Smart City“ – Digitale Transformation in Brandenburger Städten*		
	Ziel	Die Art und Weise zu wohnen, sich fortzubewegen, zu arbeiten, einzukaufen und die Freizeit zu gestalten wird sich durch die Digitalisierung verändern. Daraus werden sich veränderte Anforderungen an die baulichen und räumlichen Strukturen von Städten und Stadtteilen sowie von Daseinsgrundfunktionen ergeben, die in stadtplanerischen und Stadtentwicklungs-Prozessen berücksichtigt werden müssen.	MIL
	Die digitale Transformation hilft den Brandenburger Städten dabei, sich nachhaltig, demografiefest, energieeffizient, generationsgerecht und bezahlbar zu entwickeln.		mittel- bis langfristig
	Zielgruppe	Instrumente:	
	Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger	<ul style="list-style-type: none"> • Veranstaltungen (verschiedene Formate) zum Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer, • Pilotvorhaben mit ausgewählten Städten und ggf. Unternehmen, 	

- Weiterentwicklung von Rechtsrahmen,
- Weiterentwicklung der Förderpolitik,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- Fortschrittsberichte.

116 **Partizipation der Bürgergesellschaft beim Planen und Bauen und in der Stadtentwicklung***

Ziel	Der Einsatz digitaler Medien ermöglicht es, auf allen Ebenen des politisch-administrativen Systems die Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Staat/Kommune und Bürgern im Themenfeld der Stadtentwicklung weiterzuentwickeln. Dies muss im Sinn eines integrierten Ansatzes der Planungskultur so erfolgen, dass die partizipative Demokratie gestärkt wird. Neben der Unterstützung von innovativen Projekten v. a. auf lokaler Ebene ist der verstärkte Erfahrungsaustausch unter den Praktikern notwendig, um Wege der Weiterentwicklung partizipativen Handelns zu erörtern.	MIL
Die durch die Digitalisierung erweiterten Handlungsmöglichkeiten der Information und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungs- und Bauvorhaben sollen im Sinne der Entwicklung einer verantwortungsvollen und kritikfähigen Bürgergesellschaft gestärkt und verfestigt werden.	Instrumente:	mittelfristig
Zielgruppe	<ul style="list-style-type: none"> • Internetseite „Bausteine zur Bürgerbeteiligung“ weiterentwickeln (Ergänzung des Fachkapitels „Digitale Bürgerbeteiligung“), • Veranstaltungen (verschiedene Formate) zum Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer, • Öffentlichkeitsarbeit, • ggf. Pilotprojekte. 	
Bürgerinnen und Bürger, Zivilgesellschaft, Verwaltung und politische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger		

Digitalisierung im Gesundheitswesen (medizinische Versorgung und Pflege)

117 **Brandenburger Pflegefachtag***

Ziel	Tagungsthema: Digitalisierung.	MASGF
Sensibilisierung und Information der Akteure der Pflege im Land Brandenburg zum Thema „IT und Pflege“.		kurzfristig
Zielgruppe		
Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen, Trägerverbände, Kommunen		

118 **Digitalisierungspauschale für Krankenhäuser***

Ziel	Die veralteten Netzwerkinfrastrukturen und Systeme können ein erhebliches Sicherheits- und Betriebsrisiko darstellen. Die Erneuerung der IT-Technik in einem Krankenhaus und damit auch des Schutzes vor Cyberangriffen fordern von den Krankenhäusern hohe Investitionskosten, die die Krankenhäuser nicht allein stemmen können. Dazu zählen auch die Kosten zur Einrichtung und Betrieb telemedizinischer Versorgungslösungen. Umsetzung im Rahmen des Verfahrens der Krankenhaus-Investitionspauschale (Umfang: 20 Mio. Euro).	MASGF
Unterstützung der Krankenhäuser zum Aufbau einer funktionierenden IT-Infrastruktur.		kurz- bis mittelfristig
Zielgruppe		
Krankenhäuser		

119	Telematikinfrastruktur und die Einführung elektronischer Patientenakten	<p>Ziel</p> <p>Sektorenübergreifender Informationsaustausch, Optimierung der Gesundheitsversorgung und Erhöhung der Patientensicherheit.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>niedergelassene Haus- und Fachärztinnen und -ärzte, Krankenhäuser und Reha-Einrichtungen</p>	<p>Die Landesregierung setzt sich gegenüber dem Bund für die Einführung der Telematikinfrastruktur und die Schaffung der nötigen gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Einführung elektronischer Patientenakten ein. Die Grundlage für einen sicheren Austausch medizinischer Daten und Informationen im Gesundheitswesen bildet die Telematikinfrastruktur, die alle Akteure des Gesundheitswesens miteinander vernetzen soll. Die Landesregierung unterstützt Initiativen wie die Einführung elektronischer Patientenakten.</p>	<p>MASGF</p> <p>kurz- bis mittelfristig</p>
120	Such- und Vermittlungsportal für freiberuflich tätige Hebammen und freiberuflich tätige Heilmittelerbringer/Praxen von Heilmittelerbringern*	<p>Ziel</p> <p>Einfacher und schneller Informationszugang.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Bürgerinnen und Bürger sowie Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens (unter anderem Arztpraxen, Pflegeheime, ambulante Pflegedienste), die freiberufliche Hebammenhilfe und/oder Heilmittelleistungen von freiberuflich tätigen Heilmittelerbringern suchen oder in Anspruch nehmen möchten.</p>	<p>Entwicklung eines landesweiten Such- und Vermittlungsportals für freiberuflich tätige Hebammen und freiberuflich tätige Heilmittelerbringer/Praxen von Heilmittelerbringern (Physiotherapeuten, Logopäden, Ergotherapeuten, Podologen, Diätassistenten).</p>	<p>MASGF</p> <p>kurz- bis mittelfristig</p>
121	Entwicklung einer Landkarte mit Digitalisierungsprojekten im Gesundheitswesen	<p>Ziel</p> <p>Best-practice-Beispiele und Probleme bei der Umsetzung aufzeigen.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Sämtliche Einrichtungen und Institutionen im Gesundheitswesen bzw. in Forschung und Wissenschaft</p>	<p>In einer (webbasierten) Landkarte sollen vorhandene und geplante Digitalisierungsprojekte im Bereich des Gesundheitswesens verzeichnet und verlinkt werden; Probleme/Hemmnisse bei der Umsetzung könnten ebenso wie best-practice-Beispiele aufgezeigt werden; ggf. Ergänzung durch Auswertungstools.</p>	<p>MASGF</p> <p>mittelfristig</p>
122	Werbeportal für alle Berufe im Gesundheitswesen (für eine Tätigkeit im Land Brandenburg)	<p>Ziel</p> <p>Fachkräftesicherung und Fachkräftegewinnung im Bereich der akademischen und nichtakademischen Heilberufe /</p>	<p>Internetportal, angelehnt an das Portal „Arzt in Brandenburg“ (www.arzt-in-brandenburg.de), ergänzt um weitere Gesundheitsberufe.</p>	<p>MASGF</p> <p>mittelfristig</p>

Gesundheits(fach)berufe.

Zielgruppe

Angehörige der Gesundheits(fach)berufe (akademisch und nicht-akademisch) sowie alle an Ausbildung Interessierte, insbesondere Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Multiplikatoren

123 **Schwerpunktthema in der Arbeitsplanung des Landespflegeausschusses (LPA)**

Ziel
Auseinandersetzung mit dem Thema Digitalisierung in der Pflege und in deren Folge die Ableitung von Handlungsoptionen für den Landespflegeausschuss.

Zielgruppe

Akteure in der Altenpflege, Pflegebedürftige und deren pflegende Angehörige

Der Sektor Pflege wird unter Berücksichtigung der Dimensionen Mensch (Pflegebedürftige und Pflegepersonen) sowie Ökonomie (technische und personelle Ausstattung der Unternehmen) Strategien zur Digitalisierung entwickeln bzw. bereits vorhandene Ansätze weiterentwickeln. Als Zielsetzungen stehen zur Diskussion: Überblick über vorhandene digitale Anwendungen in der Pflege; Schnittstellen zum Bereich Gesundheit; Entwicklung einer Informationsplattform.

MASGF

kurz- bis mittelfristig

124 **Digitalisierung in der neuen generalistischen Berufsausbildung zur Pflegefachfrau/zum Pflegefachmann verankern**

Ziel
Sicherstellung der Einführung und Etablierung einer zukunftsfähigen generalistischen Pflegeausbildung im Hinblick auf strukturelle Rahmenbedingungen, Ausbildungsinhalte, Kooperation, Koordination und Flexibilität in der Ausbildung.

Zielgruppe

Pflegesschulen, Ausbildungsbetriebe, Auszubildende

Implementierung und Nutzung digitaler Strukturen sowie Verfahren u. a. zur Steigerung der Attraktivität der Ausbildung, zur Vermittlung von Aus- und Weiterbildungsinhalten, zur Unterstützung der Ausbildungs-koordination sowie der notwendigen Kooperationen und der Fondsverwaltung.

MASGF

kurz- bis mittelfristig

125 **Chancen der Digitalisierung im Bereich Altenhilfe und Pflege aufzeigen***

Ziel
Chancen der Digitalisierung im Bereich der Altenhilfe und Pflege aufzeigen.

Zielgruppe

Beschäftigte in den

Neues Leitziel für die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege - Fördervereinbarung im Arbeitsfeld III Altenpflege und Altenpflegehilfe des LIGA-Vertrages 2019-2021

Maßnahmenziele:

- Zusammenstellung von Anwendungsmöglichkeiten digitaler Unterstützung von Pflegebedürftigen und Pflegenden,

MASGF

mittelfristig

Digitalisierung im Kulturbereich

126	Sicherung des filmkulturellen Erbes*	<p>Ziel Bestandserhaltung, Digitalisierung und Präsentation des filmkulturellen Erbes, um das filmkulturelle Erbe unseres Landes für die Zukunft zu sichern und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.</p> <p>Zielgruppe Filmarchive, Museen, Mediatheken, Stiftungen, weitere konservatorische Einrichtungen</p>	<p>Umwetzung der Verwaltungsvereinbarung von Bund, Filmförderungsanstalt und Ländern zur Digitalisierung des nationalen Filmerbes.</p> <p>Förderung in drei Linien: nach Auswertungsinteresse, nach kuratorischem Interesse und nach konservatorischer Notwendigkeit.</p>	<p>MWE kurzfristig</p>
127	Kulturelle Bildung	<p>Ziel Vermittlung digitaler Kompetenzen.</p> <p>Zielgruppe Orte der kulturellen Bildung, Plattform kulturelle Bildung</p>	<p>Um Kindern und Jugendlichen, aber auch Erwachsenen digitale Kompetenz zu vermitteln, benötigen die Veranstalter an den Orten der kulturellen Bildung entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen von Experten. Der Einsatz von geschultem Personal, finanzielle Mittel zur Umsetzung und die Berücksichtigung und Anwendung organisatorischer und technischer Standards sind dabei die Voraussetzung.</p>	<p>MWFK kurz- bis langfristig</p>
128	Sicherung und Präsentation des kulturellen Erbes und des Kulturgutes	<p>Ziel Bestandserhaltung, Digitalisierung und Präsentation des kulturellen Erbes, um das Kulturgut unseres Landes einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.</p> <p>Zielgruppe Archive, Bibliotheken, Denkmalämter, Museen, Gedenkstätten</p>	<p>Die digitale Erschließung und die Digitalisierung der Bestände soll stärker gefördert werden. Sie sind die Grundlage, um digitalisiertes Kulturgut recherchier- und präsentierbar zu machen. Beide Maßnahmen sind die Voraussetzung für eine breite öffentliche wie wissenschaftliche Online-Nutzung.</p> <p>Infrastrukturen werden nach internationalen Maßstäben aufgebaut und Bestehendes gestärkt. Diese ermöglichen einen flächendeckenden Ausbau der digitalen Präsentation, um den Zugang zum digitalisierten Kulturgut zu stärken. Für die digitale Archivierung müssen die Institutionen einem bestehenden oder regional zu entwickelnden Verbund beitreten.</p> <p>Zusätzliche finanzielle Mittel und ausgebildetes Fachpersonal sollen den Institutionen die Entwicklung und Umsetzung digitaler Strategien ermöglichen.</p>	<p>MWFK kurz- bis langfristig</p>
129	Entwicklung von Kultureinrichtungen zu modernen Kulturbetrieben	<p>Ziel Zeitgemäße Weiterentwicklung kultureller Einrichtungen,</p>	<p>Die digitale Präsentation der o. g. Inhalte, Angebote und Objekte soll digital vermarktet werden. Gleichzeitig müssen die Kultureinrichtungen untereinander und mit den</p>	<p>MWFK kurz- bis</p>

	<p>Unterstützung des digitalen Strukturwandels, Besucher binden und neues Publikum gewinnen.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Bibliotheken, Museen, Gedenkstätten, Musik- und Kunstschulen, Theater, Kunstsammlungen, Orte der kulturellen Bildung, Veranstalter kulturtouristischer Angebote, Orchester, Musikfestivals, Kulturverbände</p>	<p>Nutzergruppen besser vernetzt werden.</p> <p>Zusätzlich sollen sie auf verändertes Nutzerverhalten (z. B. Mobile Geräte, öffentliches WLAN, Apps) und den Wandel verfügbarer Technologien (z. B. webbasierte Ticketsysteme, Streamingangebote für Veranstaltungen) flexibel reagieren können.</p>	<p>langfristig</p>
130	<p>Digitale Vermittlung kultureller Inhalte und kultureller Angebote</p>		
	<p>Ziel</p> <p>Wahrnehmbarkeit der Kulturinstitutionen erhöhen, Besucher binden und neues Publikum gewinnen.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Bibliotheken, Gedenkstätten, Museen, Musik- und Kunstschulen, Theater, Kunstsammlungen, Orte der kulturellen Bildung, Veranstalter kulturtouristischer Angebote, Orchester, Musikfestivals, Kulturverbände</p>	<p>Die öffentliche Wahrnehmung von Kultureinrichtungen wird durch die digitale Vermittlung kultureller Inhalte und Angebote verbessert. Die digitale Verfügbarkeit dieser Inhalte und Angebote ergänzt bestehende analoge Kulturangebote. Digitale Angebote stellen einen Mehrwert dar und richten sich an alle Bevölkerungsgruppen. Diese Form der Vermittlung ist ein zusätzliches Instrument der kulturellen Teilhabe.</p> <p>Die digitalen Angebote aller Einrichtungen sollen in regionale, landesweite und bundesweite Plattformen eingebunden werden. Die digitale Kommunikation mit den Nutzergruppen verlangt ein hohes Engagement in sozialen Netzwerken.</p>	<p>MWFK</p> <p>kurz- bis langfristig</p>
<p>Umwelt-/Klimaschutz und Energieeffizienz</p>			
131	<p>Wolfsmonitoring</p>		
	<p>Ziel</p> <p>Erhebung von Daten zu Wolfsbeständen.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Jägerinnen und Jäger, Fachkundige</p>	<p>Schaffung einer verlässlichen Basis zum Wolfsmonitoring. Durch die Einbindung der Jägerschaft soll die Akzeptanz für den Wolf erhöht werden.</p>	<p>MLUL</p> <p>kurzfristig</p>
132	<p>Einführung des elektronischen Wasserbuchs*</p>		
	<p>Ziel</p> <p>Einheitliche Darstellung wasserrechtlicher Rechtsverhältnisse.</p> <p>Zielgruppe</p>	<p>Zur Berücksichtigung in Zulassungsverfahren ist eine einheitliche Darstellung wasserrechtlicher Rechtsverhältnisse in elektronischer Form angestrebt. Diese soll zudem mit anderen Fachverfahren (APW, Sonderabgabemanagement) integriert werden.</p>	<p>MLUL</p> <p>kurz- bis mittelfristig</p>

	Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltung			
133	Auskunftsplattform Wasser*			
	Ziel Zeitgemäße Darstellung relevanter Daten.	Darstellung aller für das Politikfeld Wasser relevanten Daten in zeitgemäßer und ansprechender Präsentation im Intranet und Internet für Öffentlichkeit und Verwaltung und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamts für Umwelt (LfU). Damit wird auch eine Erhöhung der Effektivität der Facharbeit innerhalb der Verwaltung, insb. im LfU, durch schnellere, einfachere Zugriffe auf Fachdaten der verschiedenen Bereiche in einer Oberfläche erreicht.	MLUL kurz- mittelfristig	bis
	Zielgruppe Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltung			
134	Hochwassermeldezentrum (HWMZ) BB			
	Ziel Information und Austausch zum aktuellen Hochwassergeschehen und zu hydrologischen Parametern.	Das Hochwassermeldezentrum (HWMZ) setzt sich aus den Teilen Warn- und Alarmsystem (HOWAS) und dem System zur Hydrologischen Lageeinschätzung (HyLaS) (inkl. Vorhersagemodelle) zusammen. Über das Internet soll ein schneller, einfacher Zugriff auf aktuelle Hochwasserinformationen und hydrologische Kennwerte ermöglicht werden. Über das HWMZ soll eine kontinuierliche Aufrechterhaltung der landesweiten Überwachung der hydrologischen Lage, die Sicherung erforderlicher Alarmierungen und Informationen der Akteure und der Öffentlichkeit sowie die kontinuierliche Aufrechterhaltung des täglichen Austausches hydrologischer Daten mit Partnern und deren Veröffentlichung sichergestellt werden.	MLUL mittelfristig	
	Zielgruppe Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung, Partner und Nachbarländer			
135	Verwaltungsverfahren Dauergrünlandumbruch			
	Ziel Erweiterung und Optimierung des Prozesses.	Das Verfahren sollte online zur Verfügung stehen, um die Transparenz nach außen zu erhöhen. Damit einher geht die Digitalisierung, um den Verwaltungsprozess zu optimieren (praktische/kurze Verwaltungswege, klare Bezüge, einheitliche Begriffe, benutzerfreundliche Oberfläche).	MLUL mittelfristig	
	Zielgruppe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter			

Familie

136	ElterngeldDigital	<p>Ziel</p> <p>Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG), Verwaltungsmodernisierung.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>19 kommunale Elterngeldstellen</p>	<p>Das Pilotprojekt des Bundes dient der Einführung des elektronischen Elterngeldantrags in Kooperation mit den für den Verwaltungsvollzug zuständigen Bundesländern. Brandenburg hat seine Teilnahmebereitschaft hieran signalisiert, wobei eine Einführung aufgrund der Aufgabenwahrnehmung auf kommunaler Ebene die Kommunalverwaltung unmittelbar betrifft. Die Landkreise / kreisfreien Städte sowie die Stadt Schwedt/Oder entscheiden jeweils über die Einführung des elektronischen Antrages. Die Umsetzung erfolgt gemäß der OZG-Zielsetzung bis spätestens 2022.</p>	<p>MASGF</p> <p>mittelfristig</p>
137	Weiterentwicklung des Familien- und Kinderpolitischen Programms /Maßnahmenpaktes der Landesregierung	<p>Ziel</p> <p>Brandenburg zu einer besonders familien- und kinderfreundlichen Region in Europa entwickeln.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Familien im Land Brandenburg</p>	<p>Das erstmals 2005 beschlossene familien- und kinderpolitische Programm der Landesregierung umfasst aktuell ein Paket mit 40 Maßnahmen zur Unterstützung von Familien im Land Brandenburg (Landtags-Drucksache 6/6932). Bei einer möglichen Weiterentwicklung des familienpolitischen Maßnahmenpaketes in der nächsten Wahlperiode des Brandenburger Landtags werden die Auswirkungen der Digitalisierung auf Familien ein mögliches neues Schwerpunktthema sein.</p>	<p>MASGF</p> <p>mittelfristig</p>
138	(Modell-)Projekte der Familienbildung (§ 16 SGB VIII)*	<p>Ziel</p> <p>Stärkung der Medienkompetenz von Eltern.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Anbietende von Maßnahmen der Familienbildung</p>	<p>Angebote der Familienbildung zur Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz bezogen auf die Digitalisierung sollen modellhaft entwickelt werden. Damit soll u. a. ein Beitrag zur Umsetzung des Landtagsbeschlusses „Medienkompetenz der Eltern weiter stärken“ (Landtags-Drucksache 6/4288) geleistet werden.</p>	<p>MASGF</p> <p>mittelfristig</p>
139	Stärkung der Medien- und Verbraucherkompetenz von Familien beim Umgang mit digitalen Medien	<p>Ziel</p> <p>Unterstützung von Familien zur Stärkung der Medien- und Verbraucherkompetenz über die Einrichtungen der LIGA-Verbände, so dass sie die daraus erwachsenen Potenziale für ein selbstbestimmtes familiäres Zusammenleben und ihre gesellschaftliche Teilhabe bestmöglich nutzen können.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Einrichtungen der LIGA-Verbände im Bereich der Kinder- und</p>	<p>Im Rahmen der LIGA-Fördervereinbarung 2019 – 2021 ist im Arbeitsfeld IV (Familienhilfe) das entsprechende Leitziel verankert und durch Mittlerziele und Maßnahmen zur Zielerreichung untersetzt. Über die LIGA-Verbände werden die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe befähigt, Familien insbesondere über Angebote der Familienbildung hinsichtlich ihrer Medien- und Verbraucherkompetenz zu stärken.</p>	<p>MASGF</p> <p>mittelfristig</p>

Digitalisierung im Sportbereich

140	Förderung des Sport- und Bewegungsverhaltens von Schülerinnen und Schülern mit Unterstützung digitaler Medien sowie Qualitätssicherung und -entwicklung im Schulschwimmen in der Primarstufe	<p>Ziel</p> <p>Förderung der allgemeinen, schulischen und außerschulischen Bewegung durch Bewegungssequenzen und Qualitätssicherung im Schulschwimmen.</p>	<p>Die Digitalisierung ausgewählter Bewegungssequenzen durch Überarbeitung und Weiterentwicklung des Rahmenlehrplans 1-10 wird unter Verwendung der Augmented Reality Technologie unterstützt. Erstellung eines Bewegungsatlas Brandenburg mit Bewegungsangeboten für Kinder im Grundschulalter. Die Schülerinnen und Schüler erhalten ein visuelles Bewegungsvorbild der ausgewählten Übung, erproben selber die Bewegungsausführung und vergleichen / bewerten ihre Leistungen.</p>	<p>MBJS</p> <p>mittel- bis langfristig</p>
	<p>Zielgruppe</p> <p>Schülerinnen und Schüler, Sportlehrkräfte, organisierte Sportstätten, freie Sport- und Bewegungsstätten</p>	<p>Spezifische Tools zum Schulschwimmen werden entwickelt. Die Digitalisierung der Schuleingangsuntersuchung wird gefördert.</p>		
141	Entwicklung und Betreuung der Social-Media-Kanäle und Weiterentwicklung der Vereinsverwaltung	<p>Ziel</p> <p>Entwicklung und Betreuung der Social-Media-Kanäle und Weiterentwicklung der Vereinsverwaltung.</p>	<p>Die Entwicklung und kontinuierliche Betreuung von Social-Media-Kanälen und Unterstützung der Online-Arbeit für das Sportland Brandenburg durch Bereitstellung eines einheitlichen Baukasten-Systems für moderne Homepages mit individuellen Gestaltungsmöglichkeiten sowie Schulungen für die Erstellung und Einstellung von Content/Inhalten wird vorangebracht.</p>	<p>MBJS</p> <p>kurzfristig</p>
	<p>Zielgruppe</p> <p>Landessportbund, Brandenburgische Sportjugend, Europäische Sportakademie, Sport- und Bildungszentrum Lindow, Olympiastützpunkt, Kreis- und Stadtsportbünde, Landessportbünde, Landesfachverbände</p>	<p>Die Weiterentwicklung und Anwenderoptimierung der Vereinsverwaltung „Verminet“ wird durch digitale Rechnungserstellung und -bereitstellung befördert.</p>		
142	Entwicklung einer Arbeits- und Kommunikationsplattform zum Schulsport, Entwicklung eines webbasierten Verfahrens für die Sportförderung	<p>Ziel</p> <p>Digitalisierung im Schulsport und der Sportförderlandschaft.</p>	<p>Die Digitalisierung, Überarbeitung und Weiterentwicklung des schulsportlichen Wettkampfprogramms wird unterstützt. Die Digitalisierung des Antrags- und Anerkennungsverfahrens, Zahlungsverkehrs und Abrechnung (Verwendungsnachweisverfahren) wird eingeleitet. Die Entwicklung kundenorientierter webbasierter Schulungsprogramme wird angestrebt.</p>	<p>MBJS</p> <p>kurzfristig</p>
	<p>Zielgruppe</p> <p>Lehrkräfte, Eltern, Kinder und Jugendliche; Landessportbund, (Antragstellerinnen und Antragsteller)</p>			
143	Entwicklung einer Arbeits- und Kommunikationsplattform für den Spitzen- und Nachwuchsleistungssport und zum Schulsport			

Ziel	Durch die Digitalisierung der Trainingsplanung, -umsetzung / Protokollierung und -analyse sowie davon abgeleiteter Trainingsempfehlungen wird die Qualitätsentwicklung fortentwickelt.	MBJS
Entwicklung einer Arbeits- und Kommunikationsplattform für den Spitzen- und Nachwuchsleistungssport und zum Schulsport.	Die Einführung der Individuellen Entwicklungsdokumentation (IED) sowie der Test- und Überprüfungsprogramme (TÜP) in digitalisierter Form stellt eine wichtige Maßnahme dar.	mittelfristig
Zielgruppe		
Trainerinnen und Trainer, Übungsleiterinnen Übungsleiter und Sportlerinnen und Sportler, Schülerinnen und Schüler, Sportlehrkräfte		

144 **Förderung der Leistungsbereiche des Olympiastützpunktes Brandenburg mit Unterstützung digitaler Datenbanken und Medien**

Ziel	Die Digitalisierung der grundlegenden Servicebereiche (Trainingswissenschaft, Sportmedizin, Sportpsychologie, Laufbahnberatung etc.) sowie ausgewählter Funktionsbereiche fördert die Leistungsbereiche der Bundesstützpunkte an allen drei Standorten des OSP Brandenburg. Die Digitalisierung der Verfahrensabläufe unter sportfachlichen und betriebswirtschaftlichen Aspekten wird eingeleitet.	MBJS
Förderung der Leistungsbereiche des Olympiastützpunktes (OSP) Brandenburg mit Unterstützung digitaler Datenbanken und Medien.		mittelfristig
Zielgruppe		
Sportschulen, Verbände, Vereine, Trainerinnen und Trainer, Athleteninnen und Athleten		

e. Öffentliche Verwaltung modernisieren / Digitale Justiz

Zugänge zu Verwaltungsdienstleistungen verbessern

145 Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Vereinheitlichung und Standardisierung der E-Government-Anwendungen im Land*

Ziel	Mit dem neu geschaffenen brandenburgischen E-Government-Gesetz (EGovG) wird die Zielerreichung gemäß Onlinezugangsgesetz (OZG) forciert. Damit soll eine Aufwandsersparnis bei gleichzeitiger Erhöhung der IT-Sicherheit unter größtmöglicher Verfügbarkeit aller Systeme erreicht werden.	MIK kurzfristig
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Verwaltung im Rahmen der Binnendigitalisierung	

146 Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Open Data der Vermessungs- und Katasterverwaltung

Ziel	Die Änderung des Brandenburgischen Vermessungsgesetzes und der Brandenburgischen Gutachterausschussverordnung erfolgt zur Einführung von Open Data im Vermessungs- und Geoinformationswesen, d. h. für die grundsätzlich entgeltfreie Bereitstellung und Nutzung von digitalen Geobasisinformationen und Geofachdaten des Landes Brandenburg (Open Data). Die entgeltfreie Bereitstellung und Nutzung von digitalen Geoinformationen und Geofachdaten und hier insbesondere in Form von webbasierten Geodatendiensten hat eine Unterstützungsfunktion zum Aufbau der Geodateninfrastrukturen für Kommunen, Wirtschaft und darüber hinaus auch für die Bürgerinnen und Bürger.	MIK kurzfristig
Zielgruppe	Kommunen, Unternehmen, Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger	

147 Elektronische Normverkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt I und II (EL.Norm)/Landesrechtsdatenbank BRAVORS*

Ziel	Sämtliche Gesetze und Verordnungen des Landes Brandenburg werden elektronisch verkündet. Damit wird Artikel 81 Absatz 4 Verfassung des Landes Brandenburg umgesetzt. Das elektronische Gesetz- und Verordnungsblatt (Teil I und II) steht zum Abruf über das Internet zur Verfügung.	MdJEV kurzfristig
	Mit dem System BRAVORS steht eine vollständige Landesrechtsdatenbank zur Verfügung, über die grundsätzlich alle Rechts- und Verwaltungsvorschriften zugänglich sind. Die Vorschriften werden konsolidiert in der jeweils geltenden Fassung wiedergegeben. Zusätzlich enthält die Datenbank eine Änderungshistorie mit Verlinkung auf die Gesetzblätter. Die Landesrechtsdatenbank wird fortlaufend gepflegt.	

	Zielgruppe Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Verwaltung		
148	Anmeldung (Registrierung) zu den staatlichen Prüfungen in den Gesundheitsberufen		
	Ziel Reduzierung des Aufwandes bei Bürgerinnen und Bürgern und in der Verwaltung und Optimierung des Anmeldeprozesses.	Der Prozess der Prüfungsanmeldung (Medizinstudium, Psychotherapeutenausbildung, Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen, Kenntnis- bzw. Eignungsprüfung für Zugewanderte) soll, soweit bundesrechtlich möglich, digital umgesetzt werden. Nach Bundesrecht müssen bestimmte Unterlagen gegenwärtig noch in Papierform eingereicht werden.	MASGF kurz- bis mittelfristig
	Zielgruppe Antragstellende im Prüfungs- und Anerkennungsverfahren der in Zuständigkeit des Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG) liegenden Gesundheitsberufe		
149	Digitalisierung von Gewerbeanmeldung		
	Ziel Der Prozess der Gewerbeanmeldung (Anmeldung, Abmeldung, Ummeldung) soll exemplarisch vollständig digital umgesetzt werden.	Im Rahmen des Koordinierungsprojektes des IT-Planungsrates und im Zuge der bundesweiten Prioritätenfestsetzung OZG-fähiger Verwaltungsleistungen sollen Gewerbeanmeldungen spätestens bis zur OZG-Zielsetzung 2022 vollständig digitalisiert werden. Die Projektmeilensteine werden zurzeit bundesweit erarbeitet.	MWE kurz- bis mittelfristig
	Zielgruppe Unternehmen, Existenzgründungen		
150	Bewerbung zum Studium bzw. Ausbildung bei der Polizei des Landes Brandenburg (FHPolBB)*		
	Ziel Digitalisierung des Prozesses der Online-Bewerbung.	Schaffung einer barrierefreien Online-Bewerbung zum Studium bzw. Ausbildung bei der Polizei des Landes Brandenburg sowie der medienbruchfreien Überführung der Bewerberdaten in das bestehende Personalverwaltungssystem.	MIK kurz- bis mittelfristig
	Zielgruppe Bewerber und Bewerberinnen für eine Einstellung in den Vorbereitungsdienst des Polizeivollzugsdienstes		
151	Kommunikationsplattform „Wirtschaftsorientiertes E-Government“		
	Ziel Informationsaustausch mit der Wirtschaft im Rahmen des wirtschaftsorientierten E-Government.	Im Rahmen des Vorhabens „Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg“ erfolgt der Aufbau einer Kommunikationsplattform „Wirtschaftsorientiertes E-Government“ als Schnittstelle und Austauschplattform zwischen Landesregierung und Wirtschaft, insbesondere zum Prozess der digitalen Transformation wirtschaftsorientierter Verwaltungsprozesse im Zuge der	MWE kurz- bis mittelfristig

	Zielgruppe Verwaltung und Wirtschaft	Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Neben einem Austausch zum Entwicklungsstand können auch spezifische Anforderungen aus den brandenburgischen Unternehmen bzw. ihren Verbänden und Kammern kommuniziert werden.	
152	Bereitstellungsportal: Transparenz für den Bürger*		
	Ziel Digitalisierung und Bereitstellung der Vermessungsunterlagen.	Mit dem Bereitstellungsportal soll die Zusammenstellung und Aktualisierung der Vermessungsunterlagen in Vorbereitung auf die Durchführung einer Liegenschaftsvermessung zukünftig in einem Portal mit allen erforderlichen Daten durch die Vermessungsstellen eigenständig, in einem Prozessschritt und mit der Möglichkeit einer Aktualisierung der Daten erfolgen können.	MIK kurzfristig,
	Zielgruppe Vermessungsstellen des Landes Brandenburg, Bürgerinnen und Bürger sowie Auftraggeber von Liegenschaftsvermessungen	In einer Weiterentwicklung ist vorgesehen, dass im Portal die Antragsverfolgung in der Bearbeitung für den Antragsteller ermöglicht wird.	Weiterentwicklung mittel- bis langfristig
153	Private Cloud für die Prüfungsdienste		
	Ziel Schaffung zentraler Speicher-, Kontroll- und Anpassungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der hohen Sicherheits- und Datenschutzanforderungen. Ziel ist die Vermeidung von Medienbrüchen in der Datenerhebung und Bereitstellung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie die Schaffung einer landesweit nutzbaren Infrastruktur zum schnellen und sicheren Zugriff auf alle verfügbaren Daten.	Betriebsprüfung, Lohnsteuerausßenprüfung, Umsatzsteuerprüfung, Steuerfahndung. Weitere Modernisierung der Infrastruktur und Schaffung moderner Strukturen zur sicheren (Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung) schnellen und effektiven Datenerhebung, Datenspeicherung und Datenbereitstellung für alle am Prozess der Außenprüfung Beteiligten in den Finanzämtern. Einrichtung einer Private Cloud im Technischen Finanzamt (TFA) Cottbus zur Nutzung durch die Prüfungsdienste der Steuerverwaltung. Schaffung einer skalierbaren lokal im TFA Cottbus gehosteten Infrastruktur mit dem Ziel, zentrale Speicher-, Kontroll- und Anpassungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der hohen Sicherheits- und Datenschutzanforderungen zur Verfügung zu stellen.	MdF mittel- bis langfristig
	Zielgruppe Verwaltung	Die Private Cloud steht nur für ausgewählte Benutzer (Außenprüfer im Bereich Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Betriebsprüfung und ggf. die Steuerfahndung) über das interne Netzwerk der Steuerverwaltung zur Verfügung. Sie bietet auf Grundlage des nach außen abgesicherten Netzes der Steuerverwaltung einen hohen Sicherheits- und Datenschutzgrad.	
154	Digitalisierung von Anträgen, Anzeigen, Ersuchen und Korrespondenz aller Art mit Bürgern und Wirtschaft*		
	Ziel Digitalisierung von Verwaltungsleistungen gemäß Onlinezugangsgesetz (OZG), die das Ministerium des Innern unmittelbar ausgibt.	Digitalisierung von Anträgen, Anzeigen, Ersuchen aller Art sowie die Korrespondenz zwischen Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft und dem Ministerium des Innern insbesondere in den Lebenslagen:	MIK mittelfristig
	Zielgruppe Bürgerinnen und Bürger,	<ul style="list-style-type: none"> • Familie und Kind (z. B. Geburtsurkunde, Adoption, Eheschließung), • Bauen und Wohnen (z. B. Umzug, Meldebestätigung), • Hobby und Engagement (z. B. Bürger- und Volks- 	

Wirtschaft	begehren, Ehrenamt, Mängelmelder, Fischerei und Jagd, Wahlergebnisse, Stiftungswesen),	<ul style="list-style-type: none"> • Steuern und Zoll (z. B. Kurabgaben), • Logistik und Transport (z. B. Halterauskunft), • Umwelt (z. B. Zulassung von Produkten und Stoffen), • Mobilität (z. B. Bußgelder), • Recht und Ordnung (z. B. Anzeigen, Ordnungswidrigkeiten), • Ein- und Auswanderung (z. B. Aufenthalt, Ausländerzentralregister, Flüchtlingshilfe), • Unternehmensführung und -entwicklung (z. B. Statistische Berichte, Betrieb von Spielstätten), • Querschnittsleistungen (z. B. Pass- und Personenstandswesen). 	
155	Antrag auf Auszüge aus dem Liegenschaftskataster*		
<p>Ziel</p> <p>Anträge auf Auszüge aus dem Liegenschaftskataster Online beantragen.</p>	<p>Über ein landesweites Verfahren wird ein einheitlicher elektronischer Antrag auf Auszüge ermöglicht. Die Anforderungen an die Bereitstellung personenbezogener Daten sind zu berücksichtigen.</p>	<p>MIK</p> <p>mittelfristig</p>	
<p>Zielgruppe</p> <p>Bürgerinnen und Bürger Wirtschaft, Verwaltung</p>			
156	Entwicklung der gesetzlichen Verordnungsermächtigungen		
<p>Ziel</p> <p>Präzisierung der gesetzlichen Verpflichtungen im E-Government-Gesetz (EGovG) und Anforderungen an die Verwaltung, insbesondere im Hinblick auf den E-Zugang und den Einsatz von IT-Basiskomponenten u. a. als eine Voraussetzung der OZG-Umsetzung.</p>	<p>Das Gesetz enthält insgesamt zehn Verordnungsermächtigungen, davon</p> <ul style="list-style-type: none"> • vier Regierungsermächtigungen, • drei MIK-Ermächtigungen, • eine MdF-Ermächtigung, • eine MdJEV-Ermächtigung und • eine Fachminister-Ermächtigung. <p>In einem ersten rechtlichen Umsetzungsschritt sollen – nach Möglichkeit zeitgleich – die Verordnungen zu den Ermächtigungen gemäß</p> <ul style="list-style-type: none"> • § 3 Absatz 2 (E-Zugangsmodalitäten/ Verschlüsselungsverfahren) und Absatz 3 (eID), • § 11 Absatz 2 (IT-Basiskomponenten) und • § 13 Absatz 3 (Befugnisse und Aufgabendurchführung IT-Beauftragte/r) <p>entwickelt werden.</p>	<p>MIK</p> <p>mittelfristig</p>	
<p>Zielgruppe</p> <p>Behörden, Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen</p>			

157	Monitoring und Kommunikation zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes im Land Brandenburg	<p>Ziel</p> <p>Auf Grundlage des Onlinezugangsgesetzes (OZG) werden alle Behörden des Landes Brandenburg bis Ende des Jahres 2022 ihre Verwaltungsleistungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft auch digital bereitstellen.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Landes- und Kommunalverwaltung</p>	<p>Die digitale Verwaltung in Brandenburg wird in den nächsten Jahren erhebliche Fortschritte machen. Bis zum Ende des Jahres 2022 müssen gemäß OZG ca. 575 Verwaltungsleistungen der Öffentlichkeit digital angeboten werden – von der Wohnsitzmeldung über die Beantragung des Elterngeldes bis hin zur Anerkennung von Berufsqualifikationen online.</p> <p>Das Hauptziel ist ein bürger- und unternehmensfreundlicher Verwaltungszugang über einen gemeinsamen Portalverbund, der den elektronischen Gang zur Behörde unkompliziert und zugleich sicher gestaltet.</p> <p>Im föderalen Zusammenspiel sind jedoch viele dieser Aufgaben über die unterschiedlichen Ebenen der Verwaltungen in Bund, Ländern und Kommunen verteilt.</p> <p>Für das Land Brandenburg nimmt MIK deshalb nach innen und nach außen den Kommunikationsknotenpunkt zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes wahr und fördert die Abstimmungsprozesse auf Bund-Länder-Ebene im IT-Planungsrat.</p> <p>Die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft erfolgt in den jeweiligen fachlich und politisch zuständigen Ressorts des Landes Brandenburgs.</p>	<p>MIK</p> <p>mittelfristig</p>
158	Digitalisierung von Verwaltungsleistungen in den Bereichen Ein- und Auswanderung im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes	<p>Ziel</p> <p>Im bundesweiten Kontext übernimmt das MIK zusammen mit dem Auswärtigen Amt die Projektfederführung für die Digitalisierung der Ein- und Auswanderung im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Geflüchtete, Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung</p>	<p>Die Ein- und Auswanderung betrifft sehr wichtige gesellschaftliche Themen wie die Fachkräftezuwanderung, Geflüchtete und Integration. Im Rahmen der bundesweiten Projektfederführung für die Digitalisierung der Ein- und Auswanderung geht es zunächst darum, zu prüfen, welche Online-Anwendungen es bundesweit bereits gibt und diese zu bewerten. Anschließend muss eine Art Blaupause erstellt werden, wie die zahlreichen Verwaltungsleistungen in diesem Themenfeld elektronisch angeboten werden können. Danach wird es an die konkrete Umsetzung gehen.</p> <p>Insgesamt werden in diesem Themenfeld ca. 25 Verwaltungsleistungen durch das MIK zusammen mit dem Auswärtigen Amt projektfederführend für die Bundesrepublik Deutschland zu digitalisieren sein.</p>	<p>MIK</p> <p>mittelfristig</p>
159	Offene Daten der Verwaltungen des Landes und der Kommunen identifizieren, in einem Landesportal recherchierbar machen und an Portale des Bundes und der EU weiterreichen*	<p>Ziel</p> <p>Transparenz und freie Nachnutzung von offenen Daten der Verwaltungen in Brandenburg.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Verwaltung</p>	<p>Die Landesregierung hat sich zum Open-Data-Konzept bekannt und die weitere Realisierung des Landtagsbeschlusses 5/9987-B vom 25.09.2013 begonnen. Hierzu zählt insbesondere der Aufbau einer Landesplattform. Dabei übernimmt das MIK den technischen Aufbau gemäß des Metadatenstandards DCAT-AP.de. Das MIK arbeitet aktiv in der Bund-Länder Fachgruppe Govdata mit. In Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam wird eine Handreichung für Kommunen erstellt, die die Rahmenbedingungen von Open Data erläutert und den</p>	<p>MIK</p> <p>mittelfristig</p>

praktischen Einstieg erleichtert.

160	Vertrags- / Beschaffungsmanagement/ Rechnungsprüfung*		
	Ziel	Es ist beabsichtigt, durch die Einführung weiterer Module zum Vergabemanagementsystem auch das Vertragsmanagement zu digitalisieren. Im Bereich Rechnungsprüfung ist die Einführung der E-Rechnung geplant.	MIK mittelfristig
	Zielgruppe	Wirtschaft, Verwaltung	
161	Kampfmittelbeseitigung - Digitalisierung des Auskunftsverfahrens*		
	Ziel	Vollständige Digitalisierung des Auskunftsverfahrens mitsamt der Möglichkeit zur Übersendung von Anhängen.	MIK mittel- bis langfristig
	Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger	
162	Einführung neuer Technologien für die polizeiliche Aufgabenbewältigung*		
	Ziel	Digitalisierungsmaßnahmen im polizeilichen Bereich orientieren sich an den bundesweiten Rahmenfestlegungen zur Neuausrichtung der polizeilichen Informationsarchitektur und den Leitlinien für ein zeitgemäßes Informationsmanagement. Auf Grundlage der „Saarbrücker Agenda“, die auf der Konferenz der Innenminister und -senatoren 2016 beschlossen wurde, sollen alle Landespolizeien sowie das Bundeskriminalamt eine einheitliche Informationsinfrastruktur etablieren, um vernetzte Polizeiarbeit in Zeiten vernetzter Kriminalität zu ermöglichen.	MIK mittel- bis langfristig
	Zielgruppe	Polizeiangehörige	
163	Bundesweit einheitliche Notruf-App*		
	Ziel	Die Herbeiführung einer gemeinsam abgestimmten bundeseinheitlichen Lösung für einen zeitgemäßen und zukunftssicheren Zugang zu Notrufdiensten wird schnellstmöglich angestrebt. Im Rahmen der zuständigen Bund-Länder-Gremien der Innenministerkonferenz wird dazu aktuell ein Konzept für ein Betriebs- und Finanzierungsmodell für den bundesweiten Einsatz der Notruf-App erarbeitet.	MIK mittel- bis langfristig
	Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger	
Digitalisierte Verfahren			
164	Flächendeckende Einführung eines landeseinheitlichen Standardsystems zur elektronischen Aktenführung, Vorgangsbearbeitung und als Kabinettinformationssystem*		
	Ziel	Für die unmittelbare Landesverwaltung wird das im Land eingesetzte Standard-E-Akte-System zentral finanziert und betreut bereitgestellt, mit dem auch verwaltungs-	MIK

	zeitgerechte Bereitstellung eines einheitlichen Systems zur E-Aktenhaltung gem. EGovG.	übergreifende Prozesse abgebildet werden können. Die Bereitstellung zur E-Aktenhaltung und Vorgangsbearbeitung (EL.DOK) erfolgt für alle Behörden, Einrichtungen und Landesbetriebe, gleiches gilt für den Zugriff auf die geplante E-Zusammenarbeitsplattform (EL.ZA). Die Bereitstellung als Kabinettsinformationssystem EL.KIS erfolgt ressortübergreifend für die Kabinetttreferate.	kurz- bis mittelfristig
	Zielgruppe Unmittelbare Landesverwaltung		
165	Nutzung der Datenbank efREporter für die Umsetzung des INTERREG V A -Kooperationsprogramms Brandenburg-Polen 2014-2020*		
	Ziel Einrichtung eines elektronischen Begleitsystems für die Berichterstattung gegenüber der EU-KOM im Rahmen der Umsetzung des INTERREG V A – Kooperationsprogramms Brandenburg-Polen 2014-2020.	Das Begleitsystem soll gem. Art. 125 Abs. 2 d) und e) ESI-VO so eingerichtet werden, dass die für Begleitung, Bewertung, Finanzverwaltung, Überprüfung und Prüfung aller Projekte benötigten Daten, einschließlich Angaben zu einzelnen Teilnehmern, in elektronischer Form aufgezeichnet und gespeichert werden und sichergestellt ist, dass die Daten erhoben und in das System eingegeben bzw. im System gespeichert werden.	MdJEV kurzfristig
	Zielgruppe Verwaltung	Die Verwaltungsbehörde des INTERREG – Programms hat in Umsetzung der EU-Vorgaben beschlossen, hierfür den efREporter anzuwenden. Für die Nutzung des efREporters für INTERREG sind die IT-technischen Voraussetzungen im MdJEV geschaffen worden, um eine EU-konforme und ordnungsgemäße Programmumsetzung sicherzustellen. Diesbezüglich ist eine Servicevereinbarung mit dem ZIT-BB abgeschlossen worden. Die Datenbank muss bis zum Abschluss des Förderprogramms, mindestens aber bis Ende 2023, verfügbar sein.	
166	Pflege und Aktualisierung der Internetseite www.interregva-bb-pl.eu des INTERREG V A - Kooperationsprogramms Brandenburg-Polen 2014-2020*		
	Ziel Pflege und Aktualisierung der zur Umsetzung des INTERREG V A - Kooperationsprogramms eingerichteten Internetseite www.interregva-bb-pl.eu.	Bereits im Jahr 2015 wurde gemäß Artikel 115 Abs. (1) b) der VO (EU) Nr. 1303/2013 die externe Internetseite zur Umsetzung des INTERREG V A - Kooperationsprogramms www.interregva-bb-pl.eu eingerichtet. Diese Internetseite stellt ein wichtiges Instrument zur Erfüllung der von der EU vorgeschriebenen Publizitätspflichten bzgl. der Umsetzung des Kooperationsprogramms dar. Die regelmäßige Aktualisierung und Pflege der Internetseite gewährleistet eine breite Öffentlichkeitswirksamkeit des EU-Förderprogramms. Alle Programminteressierte können über diese Internetseite Informationen zur Programmumsetzung jederzeit aktuell abrufen.	MdJEV kurzfristig
	Zielgruppe Bürgerinnen und Bürger, Antragstellerinnen und Antragsteller		
167	Weiterentwicklung und Pflege der eingesetzten Fachverfahren in der Justiz*		
	Ziel Anpassung an die Erfordernisse des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte.	Derzeit werden insbesondere folgende wichtigste Fachverfahren betrieben und laufend weiterentwickelt: a) forumSTAR (auslaufend Mega) b) MESTA c) GOŞA d) Eureka-Fach e) Basis-Web	MdJEV kurz- bis langfristig
	Zielgruppe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in		

	der Justiz	Diese müssen laufend gepflegt und an veränderte Rahmenbedingungen im Zuge von gesetzlichen oder statistischen Vorgaben angepasst und weiterentwickelt werden, künftig insbesondere auch aufgrund der Erfordernisse des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Aktenführung.	
168	Einführung digitaler Arbeitsverfahren / Digitalisierung von Personalverwaltung*		
	Ziel Vereinfachung des Verwaltungsablaufs und der Bearbeitung, Personaldaten zielgruppengerecht und schnell anzeigen lassen. Flexibilisierung der Arbeit.	Durch die Vereinfachung von Arbeitsverfahren in der Personalverwaltung können Personalangelegenheiten schneller, individueller und mitarbeiterfreundlicher bearbeitet werden, z. B. durch eine Vereinfachung der Anmeldung von Personalmaßnahmen, Führung von E-Akten für Personaldaten oder durch die Möglichkeit, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eigene Geräte für die Arbeit nutzen können.	MLUL kurz- bis mittelfristig
	Zielgruppe Verwaltung	1. Anmeldung Personalmaßnahmen: Anträge über Personalmaßnahmen und Neueinstellungen laufen über ein zentrales Portal mit entsprechender Prozessunterstützung. 2. E-Akte für Personaldaten: Informationen in den Personalakten sind vollständig aufbereitet, nach Zugriffsrechten gesondert einsehbar und verfügen über ein Berechtigungskonzept. Damit sind Personalmanagement und -führung deutlich vereinfacht. 3. Use your own device: Schaffung von Arbeitsumgebungen in denen Mitarbeiter auch mit dem eigenen Gerät arbeitsfähig sind.	
169	Verbesserung der Interoperabilität des VIS Aktensystems: Verknüpfung von E-Akten / Anbindung Zahlssystem an VIS		
	Ziel Prozesse und allgemeine Bearbeitung vereinfachen.	Durch die Verbesserung der technischen Kommunikation mit anderen Systemen kann die Bearbeitung von Vorgängen vereinfacht werden. Dies betrifft unter anderem Erstellung und Versand von Unterlagen für die EU, die Darstellung und Übernahme von Rechnungseingängen sowie die Einführung der E-Rechnung.	MLUL mittelfristig
	Zielgruppe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Verwaltung		
170	Einführung einer zentralen Scanstelle für ersetzendes Scannen*		
	Ziel Senkung der Verwaltungsaufwände und -kosten.	Im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung wird die Einrichtung einer zentralen zertifizierten Scanstelle geprüft, um ein einheitliches Verfahren einzuführen und die Aufwände/Kosten für alle Verwaltungen zu reduzieren.	MIK langfristig
	Zielgruppe Verwaltung		
171	Flächendeckende Ausweitung des elektronischen Rechtsverkehrs und Einführung der elektronischen Verfahrensakte*		
	Ziel Umsetzung des Gesetzes zur	Die Justiz hat bis zum 1. Januar 2026 flächendeckend die elektronische Akte einzuführen. In der Justiz des Landes Brandenburg ist der elektronische Zugang zu den Gerichten	MdJEV

	<p>Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten vom 20. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786) sowie des Gesetzes zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208).</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Justiz, Rechtsanwältinnen und -anwälte, Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Behörden</p>	<p>und Staatsanwaltschaften weitgehend möglich. Klagen, vorbereitende Schriftsätze und deren Anlagen, Anträge und sonstige Dokumente können in elektronischer Form eingereicht werden. Der elektronische Rechtsverkehr zu den Gerichten der Länder und des Bundes in sämtlichen Verfahren der Arbeits-, Finanz-, Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit, im Bereich des Strafverfahrens, der freiwilligen und der Zivilgerichtsbarkeit sowie mit den Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern ist zum 1. Januar 2018 bundesweit eröffnet worden. Diese Digitalisierung – die derzeit in Folge des erforderlichen Medienwandels für die Justiz Brandenburgs mit zusätzlichem Aufwand verbunden ist – gilt es nutzbar zu machen, indem zunächst Fachverfahren angebunden und möglichst frühzeitig e-Akten geführt werden.</p>	<p>mittel- bis langfristig</p>
172	Einführung einer behördenübergreifenden Zusammenarbeitsplattform für die Landesverwaltung Brandenburg*		
	<p>Ziel</p> <p>Bereitstellung einer Plattform auf der behördenübergreifend gemeinsam auf Dokumente zugegriffen werden kann.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Verwaltung</p>	<p>Durch die Zusammenarbeitsplattform sollen neue Formen der Zusammenarbeit ermöglicht werden, so dass zukünftig gemeinsam in Verwaltungsakten, Projektakten und Gremiumsakten gearbeitet werden kann, ohne dass Dokumente versendet/ausgetauscht werden müssen.</p>	<p>MIK</p> <p>langfristig</p>
173	Beihilfe-App		
	<p>Ziel</p> <p>Die Beihilfe-App unterstützt die Beihilfeberechtigten bei der Antragstellung und bei der Übermittlung der Belege. Künftig entfällt in der Beihilfestelle die Aufgabe der Rücksendung der Belege, gleichzeitig ergibt sich die Möglichkeit der elektronischen Archivierung.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Beihilfeberechtigte und ihre Angehörigen</p>	<p>Die App-basierte Erfassung erlaubt den Beihilfeberechtigten mit minimalem Aufwand einen Beihilfeantrag zu stellen. Das Kopieren und versenden von Belegen entfällt vollständig. Zusätzlich erhalten die Antragsteller eine Statusinformation zur erfolgreichen Übermittlung. Die eingereichten Belege müssen nicht versendet werden..</p>	<p>MdF (ZBB)</p> <p>kurzfristig</p>

Digitales Steuer- und Rechnungswesen

174	Die elektronische Rechnungsstellung (e-Rechnung)*		
	<p>Ziel</p> <p>Erzielung von Rationalisierungseffekten insbesondere aufseiten der Wirtschaft durch einen umfassend digitalisierten Vergabe-, Auftrags-</p>	<p>Umsetzung der Richtlinie 2014/55/EU vom 16. April 2014 über die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen.</p>	<p>MdF</p> <p>kurz- bis mittelfristig</p>

und Rechnungslegungsprozess im
Oberschwellenbereich.
Perspektivisch auch
Effizienzgewinne auf der Seite der
Landesverwaltung.

Zielgruppe

Wirtschaft, Landesverwaltung

175

SESAM: „Steuererklärungen scannen, archivieren und maschinell bearbeiten“

Ziel

Digitalisierung von Steuererklärungen und sonstigen Schreiben, die in Papierform in den Finanzämtern eingehen, um somit die Datenbasis für elektronische Weiterverarbeitung bereitzustellen.

Zielgruppe

Bürgerinnen und Bürger sowie Finanzämter

Steuererklärungen scannen, archivieren und maschinell weiterverarbeiten.

Umsetzung des Gesetzes zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab dem Jahr 2020 und zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften.

Die in Papierform eingehenden Steuererklärungen werden digitalisiert und stellen somit eine Datenbasis für die elektronische Weiterverarbeitung bereit.

Der Funktionsumfang einer reinen Datenerfassung wird hierbei um die automatisierte Erzeugung bestimmter „Bearbeiterkennzahlen“ sowie um die Bereitstellung der Ausgangsprodukte für eine elektronische Akte ergänzt und erweitert. Die so gewonnenen Daten werden maschinell überprüft, bevor sie der weiteren Verarbeitung übergeben werden. SESAM unterstützt dadurch die Arbeit der Veranlagungsbereiche in den Finanzämtern hinsichtlich der Qualität (Intensivierung der Sachverhaltsermittlung) und Quantität (d. h. Menge der bearbeiteten Steuerfälle).

Im Idealfall können Erklärungen vollautomatisiert, d. h. ohne jeglichen manuellen Eingriff, veranlagt werden.

Es werden Softwareprodukte eingesetzt, die im Rahmen des KONSENS-Gesetzes einheitlich für alle Bundesländer programmiert oder beschafft werden. Die Verfahrensentwicklung für SESAM wird durch das Land Baden-Württemberg wahrgenommen.

MdF

kurz- bis
mittelfristig

176	InVeKoS-Förderung Digital - Förderstatistiken	<p>Ziel</p> <p>Erweiterung und Optimierung des Prozesses.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Verwaltung</p>	<p>Prozessverbesserung beim Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS) zur Zahlung der Beihilfen an landwirtschaftliche Unternehmen in Berlin und Brandenburg (europäische Förderfonds ELER, EGFL).</p>	<p>MLUL</p> <p>mittelfristig</p>
Digitale Justiz				
177	Weiterer Aufbau des Zentralen IT-Dienstleisters der Justiz des Landes Brandenburg (ZenIT)*	<p>Ziel</p> <p>Aufbau eines Justizrechenzentrums.</p> <p>Ablösung und Vereinheitlichung der bisher betriebenen sieben unterschiedlichen technischen Infrastrukturen durch einheitliche E-Justice-Basiskomponenten für den gesamten Geschäftsbereich der Justiz.</p> <p>Aufbau eines gemeinsamen Service-Desk.</p> <p>Zentraler Betrieb der Fachverfahren der ordentlichen Gerichtsbarkeit, Staatsanwaltschaften und Fachgerichte.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz</p>	<p>Ein leistungsfähiger ZenIT und die Nutzbarkeit des noch aufzubauenden Justizrechenzentrums sind wesentliche Voraussetzung zum Einsatz einheitlicher E-Justice-Basiskomponenten, die von dem ZenIT für den gesamten Geschäftsbereich der Justiz betrieben werden sollen.</p> <p>Die IT-Aufgaben werden so konsolidiert, dass insbesondere die grundlegenden technischen Aufgaben beim Zentralen IT-Dienstleister der Justiz des Landes Brandenburg (ZenIT) konzentriert werden. Der ZenIT ist derzeit für seine landesweiten Aufgaben aufzubauen.</p> <p>Soweit geboten, kann der ZenIT eine Zusammenarbeit mit dem ZIT-BB koordinieren und intensivieren.</p> <p>Dafür sind nötig:</p> <ul style="list-style-type: none"> - personelle Überführungen aus sieben Einzelstellen durch Umsetzung/Versetzung, - interne Schulungen, - Zentralisierung von Verwaltungsaufgaben: u. a. Zentrale Personalverwaltung/Beschaffung. 	<p>MdJEV</p> <p>kurz- bis mittelfristig</p>
178	Modernisierung und Zusammenführung der Fachverfahren AUREG und RegisSTAR zum zukünftigen gemeinsamen Fachverfahren AuRegis*	<p>Ziel</p> <p>bundesweite Vereinheitlichung der Fachverfahren zur Führung der elektronischen Handelsregister.</p> <p>Zielgruppe</p> <p>Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz</p>	<p>Derzeit werden in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Fachverfahren (AUREG und RegisSTAR) zur Führung der elektronischen Handelsregister betrieben. Ziel ist es, diese bundesweit zu vereinheitlichen und zum gemeinsamen Fachverfahren AuRegis weiterzuentwickeln. Auf der Grundlage einer abgestimmten Projektorganisation soll nicht nur eine zukunftsfähige, einheitliche und wirtschaftliche IT-Architektur aufgebaut werden. Zugleich werden Basiskomponenten entwickelt, die modular auch in anderen Fachverfahren genutzt werden können.</p> <p>Hierdurch ergeben sich Synergieeffekte für andere Fachanwendungen der Justiz, da Basiskomponenten nicht nur gemeinsam genutzt, sondern auch betrieben werden können.</p>	<p>MdJEV</p> <p>mittel- bis langfristige</p>
179	Einführung des Datenbankgrundbuchs*			

<p>Ziel</p> <p>Modernisierung der herkömmlichen Verfahren, um eine optimale Leistungsfähigkeit für Anwenderinnen und Anwender und Nutzerinnen und Nutzer des Systems sicherzustellen. Dies gilt insbesondere auch in Bezug auf die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs.</p>	<p>In Brandenburg soll ein Datenbankgrundbuch eingeführt werden. Grundbuchinhalte sollen künftig als recherchierbare Einzelinformationen vorgehalten werden, wodurch die Nutzbarkeit des Datenbestandes wesentlich verbessert wird. Elektronisch eingehende Anträge sollen dann ohne umfängliche Erfassungen einfach verarbeitet und Fortführungen aufgrund von Änderungen im Liegenschaftskataster oder der Bodenordnung effizient (z. T. automatisiert) in das Grundbuch übernommen werden können.</p>	<p>MdJEV</p> <p>langfristig</p>
<p>Zielgruppe</p> <p>Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz, Behörden, Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Unternehmen</p>	<p>Der aktuelle Datenbestand des elektronischen Grundbuchs soll vollständig digitalisiert werden, wobei sich jedoch die Migration der Daten aus dem Vorsystem als sehr aufwändig erweist.</p>	

<p>180</p>	<p>Einführung eines länderübergreifenden Gemeinsamen Fachverfahrens in der Justiz (GeFA)*</p>	<p>MdJEV</p> <p>langfristig</p>
<p>Ziel</p> <p>Entwicklung und Pflege eines bundesweit gemeinsamen Fachverfahrens für die Gerichte und Staatsanwaltschaften.</p> <p>Vereinheitlichung der in der Justiz eingesetzten Informationstechnik.</p> <p>Kostensenkung durch vereinheitlichten Betriebs-, Wartungs- und Pflegeaufwand.</p> <p>Verbesserung der Qualität der Zusammenarbeit innerhalb und mit der Justiz.</p>	<p>Derzeit setzen die Bundesländer in der Justiz zahlreiche unterschiedliche Fachverfahren in den verschiedenen Gerichtsbarkeiten und den Staatsanwaltschaften ein, was mit einem vermehrten Entwicklungs-, Pflege- und Weiterentwicklungsaufwand in allen Bundesländern verbunden ist. Die Bundesländer haben deshalb ein Verwaltungsabkommen geschlossen, wonach ein bundesweit gemeinsames Fachverfahren für die Gerichte und Staatsanwaltschaften entwickelt und gepflegt werden soll. Hierdurch soll auch vor dem Hintergrund der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte die Qualität der Zusammenarbeit innerhalb und mit der Justiz weiter verbessert und das Kostensenkungspotenzial der Digitalisierung genutzt werden. Die Arbeit von Entscheidern und Geschäftsstellen soll optimal unterstützt werden.</p>	
<p>Zielgruppe</p> <p>Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz</p>		

f. Verbraucherschutz und Datensicherheit auf höchstem Niveau

Datenschutz

181 Unterstützung von Schulleitungen und Lehrkräften bei der Einhaltung datenschutzrechtlicher Regelungen

Ziel Einhaltung datenschutzrechtlicher Regelungen.	Die „Digitale Bildung“ bewegt sich nicht in einem rechtsfreien Raum. Insbesondere die datenschutzrechtlichen Regelungen sind zu beachten und bilden teilweise den rechtlichen Rahmen, in der sich die „Digitale Bildung“ bewegen kann. Maßgeblich sind die sich aus der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), dem Brandenburgischen Datenschutzgesetz (BbgDSG) und dem Brandenburgischen Schulgesetz (BbgSchulG) ergebenden Anforderungen an den Datenschutz. Dazu gehört, dass bereits jetzt bestehende Vollzugsdefizite (z. B. Bestellung Datenschutzbeauftragter, Erstellung Verarbeitungsverzeichnis, Beachtung von Betroffenenrechten und Einhaltung von Transparenzpflichten) zeitnah abgestellt werden.	MBJS kurzfristig und fortlaufend
Zielgruppe Schulleitungen und Lehrkräfte		

182 Medienprivileg im Datenschutz sichern

Ziel Sicherung der Freiheit der Recherche und Datenverarbeitung zu journalistischen Zwecken.	Die seit dem 25. Mai 2018 geltende Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) regelt die Verarbeitung, Weitergabe und Speicherung von Daten. Dem Schutzziel der Datensouveränität der Bürger steht im Bereich der Presse entgegen, dass die Funktion als vierte Gewalt zum Teil Recherche und Datenverarbeitung erforderlich macht, ohne dass darüber eine staatliche Aufsicht gewährt werden darf oder umfassende Auskunftspflichten auferlegt werden könnten. Geschützt sind einerseits vor allem die Geheimhaltung der Informationsquellen, das Vertrauensverhältnis zwischen Medien und Informanten sowie die Vertraulichkeit der Redaktionsarbeit. Nach Art. 85 der DSGVO bleibt die Umsetzung des Medienprivilegs den Mitgliedsstaaten vorbehalten, in Deutschland im Zuständigkeitsbereich der Länder. Entsprechend wurde das Medienprivileg in den Regelungen des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes (BbgDSG) und im Pressegesetz des Landes Brandenburg (BbgPG) abgesichert.	Stk kurzfristig
Zielgruppe Journalistinnen und Journalisten		

183 Betrieb des CERT BB

Ziel Zentrale IT-Gefahrenabwehr.	Für das CERT BB wird ein landeseigenes Computersicherheits-Ereignis- und Reaktionsteam (CERT BB) betrieben. Es dient der zentralen Abwehr von Gefahren für die Sicherheit der Informationstechnik.	MIK mittelfristig
Zielgruppe Landesverwaltungen, Kommunen	Diese Abwehr ist zweistufig organisiert. Als erste Stufe fungiert der sogenannte Perimeterschutz (Firewalls, Virens Scanner und Content-Filter an den Netzeingängen der Landesvernetzung). Als zweite Stufe wurde eine Netzüberwachung eingerichtet, die Verdachtsmomente eines Hackerangriffs anhand der Netzkommunikation zum Internet erkennen kann. Zudem sind Virens Scanner auf Servern und Endgeräten installiert. Aus Sicherheitsgründen erfolgt bei Feststellung eines Hackerangriffs als auch bei einem über die Netzüberwachung erkannten Verdachtsmoment eine	

Neuinstallation des betroffenen Rechners.

Als operative Leitstelle für die Bearbeitung von Sicherheitsvorfällen wurde, entsprechend Informations-sicherheitsleitlinie der Landesverwaltung, im ZIT-BB das CERT Brandenburg (Computer-Notfallteam der Landesverwaltung) eingerichtet. Weitere IT-Experten bearbeiten entsprechende Fachaufgaben im Zusammenhang mit der Vorsorge gegen Schadsoftware, aktuell im Rollout Virenschutz (Server und Clients).

Eine Vernetzung des kommunalen Bereichs ist im Aufbau und wird derzeit unter der Begrifflichkeit „Landesverwaltungsnetz (LVN) Kommunal“ subsumiert und durch den ZIT-BB betrieben. Zudem wurde eine entsprechende Passage zur Meldung von Sicherheitsvorfällen durch Kommunen an das Landes-CERT im Brandenburgischen E-Government-Gesetz aufgenommen.

Verbraucherschutz

184 Wegweiser für Verbraucher*

Ziel

Verbraucherkompetenz und Selbstverantwortung stärken unter Berücksichtigung unterschiedlicher Verbrauchergruppen.

Der „Wegweiser für Verbraucher“ wird auf der Webseite des MdJEV weitergeführt und moderner ausgestaltet.

Insbesondere werden auch Verbraucherinformationen zum Thema Finanzdienstleistungen, Versicherungen oder Vertragsrechte mit Kooperationspartnern aus dem Kreis der Verbraucherschutzorganisationen zu aktuellen Themen, insbesondere zu neuen Verbraucherrechten, veröffentlicht.

MdJEV

kurzfristig

Zielgruppe

Bürgerinnen und Bürger

185 Verbraucherberatung 3.0*

Ziel

Verbraucherkompetenz und Selbstverantwortung stärken unter Berücksichtigung unterschiedlicher Verbrauchergruppen.

- Fortführung der Informations- und Beratungsangebote der VZB im Bereich der digitalen Welt,

- Verstärkter Einsatz von Beratungs- und Informationsangeboten per E-Mail sowie Einführung der Online-terminvergabe,

- Durchführung des Projekts „E-Verbraucherschutz im Beratungsmobil vor Ort. Das Verbraucherzentrale-Digimobil“. Modellprojekt zur mobilen Beratung im ländlichen Raum (im Norden Brandenburgs) zu Möglichkeiten der Sicherung der Verbraucherberatung per Videochat unter dem besonderen Blickwinkel der demografischen Entwicklung vor Ort.

MdJEV

kurzfristig

Zielgruppe

Bürgerinnen und Bürger

186 Projekte im Bereich der schulischen Verbraucherbildung für eine Stärkung der digitalen Verbraucherkompetenzen*

Ziel

Verbraucherkompetenz und Selbstverantwortung stärken unter Berücksichtigung unterschiedlicher Verbrauchergruppen.

Die Festlegung und Durchführung von gebündelten Aktionen im Rahmen eines Arbeitsplanes des Arbeitskreises schulische Verbraucherbildung umfasst auch Maßnahmen zur Stärkung der digitalen Verbraucherkompetenzen

In Bezug auf folgende Einzelmaßnahmen der Verbraucherpolitischen Strategie wird geprüft, ob und wie diese zur Stärkung der digitalen Verbraucherkompetenzen genutzt

MdJEV

kurzfristig

Zielgruppe

	Kinder und Jugendliche, Lehrerinnen und Lehrer	werden können: - Durchführung von gezielten Fortbildungsveranstaltungen mit Bezug zur Verbraucherkompetenz in der digitalen Welt für Lehrerinnen und Lehrer bzw. Erstellen von Lehrmaterialien - Durchführung und Evaluierung sowie Planung und Fortsetzung des Projekts „EVeLaB - schulische Ernährungs- und Verbraucherbildung im Land Brandenburg“.	
187	<p>Mitwirkung bei der Gesetzgebung (Landesregierung) für eine kontinuierliche Fortentwicklung der Verbraucherrechte in der digitalen Welt</p> <p>Ziel Verbraucherrechte festigen und weiterentwickeln - aktiver Schutz durch Regulierung und Rechtsdurchsetzung.</p> <p>Zielgruppe Bürgerinnen und Bürger</p>	<p>Anpassung der Rechtsordnung an den digitalen Fortschritt im Verbraucherbereich: insbesondere Präzisierung mietrechtlicher Vorschriften mit Blick auf Cloud-Computing-Verträge, Regelung des Bezahlens mit Daten und Einziehung von Drittanbieterforderungen über die Mobilfunkrechnung.</p> <p>Prüfung und ggf. Anpassung der gesetzlichen Regelungen für einen angemessenen Umgang mit sensiblen Gesundheitsdaten im Kontext zunehmender Kommerzialisierung dieser Daten durch Übermittlung an Versicherungsunternehmen.</p> <p>Schaffung der gesetzlichen Regelungen zur Transparenz bei der Verwendung von Algorithmen im Internet (Einführung eines „Algorithmen-TÜV“).</p>	<p>MdJEV</p> <p>kurzfristig</p>
188	<p>Unterstützung einer Online-Schlichtungsstelle*</p> <p>Ziel Verbraucherrechte festigen und weiterentwickeln - aktiver Schutz durch Regulierung und Rechtsdurchsetzung.</p> <p>Zielgruppe Bürgerinnen und Bürger</p>	<p>Schlichtungsstelle soll für Brandenburger Verbraucherinnen und Verbraucher uneingeschränkt und auch online zugänglich sein.</p>	<p>MdJEV</p> <p>kurzfristig</p>
189	<p>Beobachtung der Märkte auch im Hinblick auf die digitalen Entwicklungen</p> <p>Ziel Verbraucherrechte festigen und weiterentwickeln - aktiver Schutz durch Regulierung und Rechtsdurchsetzung.</p> <p>Zielgruppe Landesregierung, Bürgerinnen und Bürger</p>	<p>Fortlaufende Beobachtung der digitalen Entwicklungen, Bedürfnisse und Erwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher durch das MdJEV.</p> <p>Die VZB wird regelmäßig über die Ergebnisse ihrer Marktchecks zur digitalen Welt und des Projektes „Marktwächter digitale Welt“ sowie die Erfahrungen durch ihre Beratungstätigkeit u. a. auf der Plattform Verbraucherschutz berichten. Mögliche Handlungsoptionen der Landesregierung werden geprüft.</p>	<p>MdJEV</p> <p>kurzfristig</p>

190	Regelmäßige gemeinsame Projekte und Aktivitäten von MdJEV und Landesdatenschutzbeauftragter (LDA)*		
	Ziel	- LDA im Arbeitskreis schulische Verbraucherbildung, - Safer Internet-Day.	MdJEV
	Verbraucherkompetenz und Selbstverantwortung stärken unter Berücksichtigung unterschiedlicher Verbrauchergruppen.		kurzfristig
	Zielgruppe		
	Bürgerinnen und Bürger		
191	Digitale Veröffentlichung von Informationen zum Verbraucherschutz in Brandenburg auf der Webseite des MdJEV		
	Ziel	- Empfehlungen internationaler Verbraucherorganisationen an die G20-Mitgliedstaaten berücksichtigen. - Veröffentlichung der Verbraucherpolitischen Strategie und einer Zusammenfassung ihrer wesentlichen Inhalte. - Übersicht über die Zuständigkeiten und Aktivitäten im Verbraucherschutz in Brandenburg zu den Bereichen, für die das MdJEV zuständig ist. - Nutzung digitaler Informations- und Kommunikationswege, um Verbraucherinnen und Verbrauchern die Erfordernisse der nachhaltigen Entwicklung in den Bereichen des Konsums näher zu bringen.	MdJEV
	Verbraucherpolitik fachübergreifend und nachhaltig voranbringen.		kurz- bis mittelfristig
	Zielgruppe		
	Bürgerinnen und Bürger		
192	Verbraucher- und Jugendschutz bei Telemedien sichern		
	Ziel	Anpassung Medienstaatsvertrag (MStV) und Rundfunkstaatsvertrag (RStV).	Stk
	Das Gebot der Trennung von Werbung und Programm, also das Verbot von Formen der Schleichwerbung, und den Jugendmedienschutz in der konvergenten Medienwelt sichern.		mittelfristig
	Zielgruppe		
	Bürgerinnen und Bürger		
193	Digitale Instrumente für eine bessere Verbraucherinformation		
	Ziel	Einführung digitaler Instrumente im Bereich Marktüberwachung. Umsetzungsmöglichkeiten, wie Behördenlotse, Informationsplattform u. a. werden geprüft und mit verfügbaren Mitteln umgesetzt.	MdJEV
	Marktüberwachung zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher gewährleisten.		mittelfristig
	Zielgruppe	Die Prüfung wird durch einen behörden- und ressortübergreifenden Erfahrungsaustausch vorbereitet.	
	Bürgerinnen und Bürger		

194 **Führerschein für die Digitale Welt**

Ziel
Verbraucherkompetenz und Selbstverantwortung stärken unter Berücksichtigung unterschiedlicher Verbrauchergruppen.

Projekt zur Förderung der Medienkompetenz für ältere Verbraucherinnen und Verbraucher. In dem Projekt sollen älteren Verbraucherinnen und Verbrauchern technische Kompetenzen und Kompetenzen zum Verbraucherschutz in der digitalen Welt vermittelt werden.

MdJEV
mittelfristig

Zielgruppe
Ältere Bürgerinnen und Bürger

g. Demokratie stärken – Medien und Ehrenamt

Medien

195	Smart Village App*	<p>Ziel Zusammenführung verschiedener smarterer Anwendungen auf einem gemeinsamen Portal (Dorf App).</p> <p>Zielgruppe Projektpartner des Smart Village Pilotprojekts Bad Belzig</p>	<p>Förderung der Entwicklung einer Smart Village-App. Die App soll verschiedene digitale Dienste, Leistungen und Angebote bündeln und Nutzern in der digitalen Modellkommune Stadt Bad Belzig zentral zugänglich machen. In diesem Sinne stellt sie das Nutzer-Front-End einer Modellkommune dar, die die Chancen der Digitalisierung im ländlichen Raum exemplarisch entwickeln und erproben will.</p>	<p>Stk kurzfristig</p>
196	Konvergente Medienordnung	<p>Ziel Anpassung des Medienrechts an neue Nutzungs- und Angebotsformen.</p> <p>Zielgruppe Anbieter von Rundfunk und Telemedien</p>	<p>Mit der Digitalisierung haben sich nicht nur die Produktionsprozesse grundlegend verändert. Auch das Mediennutzungsverhalten wandelt sich stark, es sind neue Angebotsformen entstanden und neue Marktteilnehmer hinzugegetreten. Mit einer konvergenten Medienordnung sollen die medienrechtlichen Leitziele (positive Medienordnung) der Sicherung der Medien- und Anbietervielfalt, des freien Zugangs zu Medien und zu Medienmärkten, der Transparenz und Diskriminierungsfreiheit unter den Bedingungen der Medienkonvergenz und der Internationalisierung der Medienmärkte sichergestellt werden.</p>	<p>Stk kurz- bis mittelfristig</p>
197	Steigerung der Medienvielfalt	<p>Ziel Vereinfachung des Lizenzierungs-, Zulassungs- und Aufsichtsrechts.</p> <p>Zielgruppe Kreative, Medienschaffende, Journalistinnen und Journalisten</p>	<p>Zulassungsrecht vereinfachen (Novellierung Rundfunkstaatsvertrag RStV). Immer mehr Medienangebote wachsen durch die Nutzung von digitaler Audio- und Videoproduktion in den Bereich des Rundfunkrechts.</p>	<p>Stk kurz- bis mittelfristig</p>
198	Vielfaltssicherung	<p>Ziel Sicherstellung von Medienvielfalt und Zugang der Anbieter zu den Nutzern.</p> <p>Zielgruppe Anbieter von Medieninhalten</p>	<p>Schaffung klarer Regeln für Medienplattformen (Anpassung Medienstaatsvertrag MStV und Rundfunkstaatsvertrag RStV). Plattformen für Medieninhalte können einen Flaschenhals für die Distribution von Medieninhalten darstellen und damit potenziell vielfaltsgefährdend sein.</p>	<p>Stk kurz- bis mittelfristig</p>

Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe

199	Informations- und Weiterbildungsangebote zu Digitalisierung und Ehrenamt	<p>Ziel Unterstützung bei Nutzung der Potenziale digitaler Hilfsmittel.</p> <p>Zielgruppe Akteure der Zivilgesellschaft, Ehrenamtliche</p>	<p>Es sollen Angebote (Fachtage, Workshops) entwickelt oder gefördert werden, die Akteure der Zivilgesellschaft und Ehrenamtliche dabei unterstützen, digitale Souveränität und Kompetenzen auszubauen und die Potenziale des digitalen Wandels besser nutzen zu können.</p> <p>Anknüpfend an die Kooperationsveranstaltung "Brandenburg Digital Engagiert" im September 2018 werden Kooperationen und ein enger Austausch mit dem Landesnetzwerk für bürgerschaftliches Engagement fortgeführt. Dabei sollen gemeinsam Bedarfe eruiert und Inhalte verbreitet werden.</p> <p>Die Förderungen entsprechender externer Angebote durch Lottomittel und die Organisation von Workshops in der Staatskanzlei werden geprüft.</p>	<p>Stk kurz- bis mittelfristig</p>
200	Planungsportal Brandenburg	<p>Ziel Erhöhung der Transparenz und Übersicht bei formellen Plänen. Einfachere und übersichtlichere Verfahrensführung.</p> <p>Zielgruppe Behörden, Planungsbüros, Öffentlichkeit</p>	<p>Schaffung eines landesweiten Planungsportals für formelle Planungen im Land, welches am besten Bundes-, Landes- und Kommunalplanungen sichtbar macht und die Einsprüche und Hinweise aufnimmt und direkt bearbeitbar macht. Insoweit soll es als „Blaupause“ für Verfahren dienen, die Durchführung von Beteiligungen ermöglichen und vereinfachen sowie einen aktuellen Überblick über vorhandene Pläne oder den Verfahrensstand von Plänen geben.</p>	<p>MIL mittelfristig</p>
201	Digitale Angebote des Landes weiterentwickeln	<p>Ziel Serviceangebot des Landes im Bereich bürgerschaftliches Engagement durch digitale Angebote verbessern.</p> <p>Zielgruppe Akteure der Zivilgesellschaft (Mitglieder Landesnetzwerk für bürgerschaftliches Engagement), Ehrenamtliche</p>	<p>Ausgehend vom bestehenden Online-Portal www.ehrenamt-in-brandenburg.de sollen Online-Angebote und Beteiligungsmöglichkeiten erweitert werden. Zum Beispiel soll ein Online-Antragsformular für die Ehrenamtskarte Berlin-Brandenburg geben. Es sollen Möglichkeiten und Bedarfe ausgelotet werden, das Portal zu einer Plattform für das Landesnetzwerk für bürgerschaftliches Engagement auszubauen und einen Newsletter zu landesspezifischen oder -relevanten Engagementthemen anzubieten.</p>	<p>Stk mittelfristig</p>
202	Digitales Engagement sichtbar machen und stärken	<p>Ziel Anerkennung und Sichtbarmachung digitaler Formen des Engagements und der</p>	<p>Ehrenamtliche, die sich digital engagieren, sollen stärker bei Formaten der Anerkennungskultur berücksichtigt und sichtbar gemacht werden. Fördermöglichkeiten digitaler Projekte über Lottomittel oder einen Ideenwettbewerb</p>	<p>Stk mittel- bis langfristig</p>

Beteiligung.

werden geprüft.

Zielgruppe

Ehrenamtliche, digitale
Engagementprojekte
